

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-
 Verzeichnisse für 1898 unter Nr. 7678.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsseitigen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Verlags- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Anzeigenpreis: 10 Pf. 1000.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. Freitag, den 16. Dezember 1898. Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der Budgetdebatte vierter Tag.

Der vierte Tag und der letzte Tag. Der letzte Tag und ein guter Tag. Und Ende gut, alles gut.

Das Haus war noch schwächer besucht, als tags zuvor: das Reifebeber, das vor den Ferien grassirt, hatte schon manches Opfer gefordert. Doch die Anwesenden wußten, daß je ein Vertreter der zwei stärksten Parteien des Reichstags noch reden würde — ein Vertreter der Sozialdemokratie und des Zentrums: Bebel und Lieber. Von beiden war etwas zu erwarten, und insbesondere von Bebel, der, so schärf er auch in der Kritik, so stürmisch im Angriff ist, trotzdem zu den Lieblichen des Hauses gehört.

Wie der Ton die Musik, so macht er auch die Rede. Der Ernst, die Leidenschaft, die in dem Ton der Rede sich ausdrückt, bilden das Hinreißende. Und diesen Ton hat Bebel wie kaum ein Zweiter. Bebel sprach zwei volle Stunden, und diese ganze Zeit fesselte er die Aufmerksamkeit des Hauses, das sich tags zuvor schon so erschläft gezeigt hatte. Den Militarismus zu kritisieren, behielt er sich für die erste Leistung der neuen Militärbill vor. Er wandte sich dann zunächst zur auswärtigen und zur Kolonialpolitik, und kam auf die Ausweisungen zu sprechen, die er mit der Christlichkeit, welche jetzt bei jeder Gelegenheit salbungsvoll betont werde, in schneidenden Kontrast brachte. Der materielle Schaden, der Schaden an Ruf und Ansehen, der uns durch diese barbarischen Maßregeln erwächst, sei nicht zu ermesen. Im Ausland thue man groß, habe Schiffe bereit für die Rechte der deutschen Staatsbürger — im Inland werden ganze Bevölkerungsklassen entrechtet und unterdrückt — die heutige Justiz zeitigt haarsträubende Urtheile — und kein Beamter wird wegen eines Rechtsirrhums zum Nachtheil von Staatsbürgern in Strafe gezogen, während den Arbeiter Unkenntnis des Gesetzes nicht vor Strafe schützt. Ein Hinweis auf die *W e t h l e h e m e r e d e* brachte die Klingel des Präsidenten in Bewegung, worauf Bebel erwiderte, er appellire an das Volk und die öffentliche Meinung, der er das Urtheil über die im Reich herrschenden Zustände überlasse. Freilich, die Minister und der Reichskanzler, der nicht auf seinem Platz sei. (Großes Gelächter: Er ist auf der Saujagd.) Die Minister freilich finden alles gut. Bebel geht nun über zu dem Rede'schen Schieß- und Hau-Erlaß und zu den zwei Erlassen aus dem Kriegsministerium betreffend das Verfahren bei Kravallen, wobei u. a. die Verhaftung der sozialdemokratischen Führer, sobald ein Aufruhr zu drohen scheint, angeordnet ist. „Was denkt man denn von uns? Unser Handeln liegt offen vor aller Welt. Eine Geheimorganisation haben wir so wenig wie geheime Ziele. Und provokiren lassen wir uns nicht. Wir haben alle Schlingen vermieiden unter dem Sozialistengesetz, wir werden auch jetzt nicht in die Fallen gehen, die man uns stellt.“ Sehr glücklich drehte Bebel die Behauptung des Grafen Limburg-Stürum, die Fortschrittspartei sei verantwortlich für die Sozialdemokratie, gegen die Agrarier um, und stellte unter Hinweis auf die greulichen Zustände in den junkerlichen Landbezirken den Agrariern das Zeugniß aus, durch Erregung von Unzufriedenheit die sozialdemokratische Bewegung mächtig gefördert zu haben. Den Anarchismus schob Bebel der bürgerlichen Gesellschaft zu, aus der er hervorgegangen ist, — und was Attentate angeht, so gab er eine lange Liste der Attentate, die von bürgerlichen Parteien herrührten, wohingegen der Sozialismus seiner Weltanschauung nach jedes Attentat verurtheile. Wer die friedliche Entwicklung der Dinge wünsche, der müsse für eine gründliche Sozialreform sein, die Reichsregierung habe aber die Sozialreform nicht bloß in ein langsameres Tempo gebracht, sondern obendrein vorhandene sozialreformatorische Maßregeln verschlechtert. Statt für die Arbeiter, die Schwachen, trete die Regierung ein für die Kapitalisten, die Starken. Sie fordere das Justizhausgesetz zur Anebelung der Arbeiter. Da rede man von einem Terrorismus der Arbeiter — eine solchen habe es nicht gegeben, könne es bei der Strenge unserer Gesetze und den scharfen Praktiken unserer Polizei nicht geben. Wohl aber gebe es einen Terrorismus des Unternehmertums von beispielloser Brutalität. Optimisten, die der Hoffnung huldigten, die Sozialdemokratie werde zu einer bürgerlichen Partei sich durchkaufen, antwortete Bebel, die sozialdemokratische Partei kann und muß ihr Programm läutern, aber nicht im Sinne bürgerlicher Auffassung; sie muß es läutern von bürgerlichen Schlacken. Es könne ja möglich sein, daß der eine und andere sich bürgerlichen Anschauungen nähere — „gut, dann kann man nicht mehr zusammengehen, dann geht man auseinander“.

Die inhaltreiche und wichtige Rede Bebel's machte einen tiefen Eindruck. Erst gegen den Schluß hin suchten die Herren Junker in bekannter Perfidial-Manier Störungen zu machen, wurden jedoch bald belehrt, daß das Haus solche Ungezogenheiten nicht zu dulden gewillt ist.

Zwei Minister meldeten sich zur Widerlegung: der Kriegsminister v. G o s l e r, der den einen der von Bebel zitierten Militär-Erlasse — betreffend die eventuelle Verhaftung der sozialdemokratischen Führer — weil nicht in seinen Akten befindlich, als nicht in der Welt vorhanden ausgab, und Herr v. P o s a d o w s k y, der in Puttkamer'scher Pose einige Bismarck-Puttkamer'sche Zitate zum besten gab. Ein Spotiarthikel des „Vorwärts“, der im Vertrauen auf die Dummheit junkerlicher Schadel als blutiger Zukunftsstaats-Ernst

aufgetischt war, hatte als *pièces de resistance*, d. h. als Hauptgericht zu dienen.

Die Rede Lieber's war eine große Enttäuschung. Der einzige Satz aus derselben, der Erwähnung verdient, ist der: wir sind ebenso gute Deutsche wie Katholiken — und diesen Satz haben wir schon sehr oft gehört.

Nach Lieber der Liebermann. Herr Liebermann hat nur eine Rede, und diese hört niemand mehr an. Nach ihr war keinhalten mehr. Ein Schlußantrag endete die Budgetdebatte des Jahres 1898 und die Qual der Herren Stöder und Sattler, die sich noch zum Wort gemeldet hatten. Lieber zwei Opfer als hundert — so viele Reichsboten mögen noch anwesend gewesen sein.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Dezember.

Vom Minister der Geistesfreiheit.

Bei der Jubelfeier des Volksschullehrer-Seminars in Adpenia hat Herr V o s s e, der preussische Kultus- (nicht Kultur-) Minister eine längere Rede gehalten, in der er u. a. ausführte:

„Ein mächtiges Ringen auf allen Gebieten menschlicher Thätigkeit ist die Signatur der letzten fünf Jahrzehnte; ein Ringen um größere, gesicherte wirtschaftliche Selbstständigkeit des Einzelnen, nach politischer und — Gott sei Dank! — auch innerer Freiheit, nach einem Ausgleich verschärfter sozialer Gegensätze, nach festen, sittlich begründeten Ordnungen zum Schutze aller edlen Ideale. Auf allen Gebieten des Lebens hat sich dieses Ringen verkündet. ... Zwar hat Gott unser Volk reich gesegnet; aber unter den Sittlichen des starken deutschen Vols wogt der heisse Kampf um die höchsten Friedensgüter, auch der Kampf um die Ehre. Unverzagt und freudig wollen wir ihn aufnehmen. Aber den Sieg behalten wir nur, wenn wir alle, auch die Lehrer aller Grade, ihre volle christliche, ganze Persönlichkeit einbringen für die Mitarbeit an den großen Aufgaben, die vor uns liegen. Nur wenn jeder seine Schuldigkeit thut, wenn alle Lehrer auf dem ewigen Grunde des göttlichen Wortes Ruhe lassen und, tief eingewurzelt im Evangelium, sich durchdringen lassen von dem alten preussischen Pflichtgefühl, dem schönen Erbe unserer Väter, — nur dann wird es uns gelingen, ein Geschlecht zu erziehen, das fähig ist, den Stürmen der Zeit zu trotzen und in freier Liebe zu König und Vaterland ein glückliches und auf erschütterlichen Rechtsgrundlagen gefestigtes Vaterland zu tragen bis in den Tod. — Dazu mitzubelfen, unerfährterlich bis in den Tod da zu stehen, wo uneres Kaisers und Königs Fahnen flattern — das ist auch für die Zukunft die Aufgabe dieses Seminars. Es soll unserm Volke schlichte, treue, verständige, besonnen, gewissenhafte und bescheidene, den Aufgaben ihres Berufes gewachsene und ihres Dienstes freudige Lehrer erziehen, die ihrem Berufe, Gott im Geiste und in der Wahrheit zu dienen, die nicht mit dem Binde der Parteigunst drehen, sondern frei und selbstständig, keusch und züchtig, mäßig und nüchtern, tapfer und siegesbewußt die Wege ihres Berufes gehen und allen Schulen und Gemeinden christliche und Bürger-tugenden nicht bloß predigen, sondern auch vorleben, die überzeugte Christen sind, die alles Schlechte bekämpfen und alles Gute, Gute und Schöne säulen und in die Herzen der Jugend pflanzen. Dazu wolle der gnädige Gott die jetzigen und zukünftigen Leiter und Lehrer der Anstalt segnen und durch seinen Geist tüchtig machen. Er wolle allen Jünglingen Kraft und Lust verleihen. Auch an Sie, meine jungen Freunde, werden die Lockungen und Versuchungen der Welt mit ihrer falschen und betrügerischen Lust herantreten. Aber vergessen Sie nicht diesen Tag und Ihre treuen Lehrer und bleiben Sie fest auf dem Grunde des Evangeliums.“

Der Ton scheint seit der Palästina-Reise für Minister eben noch mehr denn früher obligatorisch zu sein. Der Minister, der einst von der thunlichstesten Freiheit der Wissenschaft zu reden wagte, als ob die Wissenschaft ihre Schranken in der Einsicht eines vergänglichem Beamten hätte, spricht hier fast wie ein mittelalterlicher Buhprediger. Oder meint er vielleicht unter den Lockungen und Versuchungen der Welt mit ihrer falschen und betrügerischen Lust die gleichende, irdische Herrlichkeit der Macht und Gewalt, des Glanzes und des Prunktes, wie sie auf den Höhen der Gesellschaft üppig gedeiht?

Ach, nein! Herr V o s s e versteht sich sehr gut darauf, seine überweltlichen Schwärmereien mit dem loyalen Kultus dieser Welt zu verbinden, seine erdensüchtig segnende Hand ist gediegen gepanzert, neben dem Tempel steht ihm Kaserne, die Friedensstaube wird von dem starken deutschen Kar verpfeift, und die reichs-preussischen Apostel des Evangeliums haben die Willen von Reserverlieutenants. Es ist eine schneidige Frömmigkeit und ein — tabellofes Christenthum!

Herr V o s s e verlangt sehr viel Tugenden von einem Volksschullehrer: sie sollen schlicht, treu, verständig, besonnen, gewissenhaft, bescheiden, frei, selbstständig, keusch, züchtig, mäßig, nüchtern, tapfer und siegesbewußt sein. Nur die beiden Kardinaltugenden, die freilich die revolutionären Tugenden sind, hat er vergessen: *W a h r h a f t i g k e i t* und *G e r e c h t i g k e i t*. Er hat wohl eingesehen, daß unter dem heutigen frommen Regime ein Lehrer nicht wahrhaftig sein darf, und von Gerechtigkeit redet man wohlweislich nicht in einer Zeit, wo schuldlose Lehrerinnen gemahregelt werden, nur weil sie alt-orientalisch dem neuesten aus Palästina importirten *O r i e n t a l i s m u s* nicht gewachsen sind. —

Die Väter des Posadowsky-Erlasses.

Die „fahrlässige“ Tödtung und Körperverletzung der Bauarbeiter wird vielfach zu hart gestraft — natürlich nur, so

weit es sich um die Ausschreitungen wohlbestallter Baugewerksmeister handelt. So behauptet eine Eingabe des Zünungsverbandes an den Reichstag, an deren Spitze der Name desselben Herrn Felisch prangt, der als Vater des Posadowsky-Erlasses stets für schärfere Bestrafung der Ausgebenteten gewählt und gehetzt hat.

Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches, welche der würdige Vertrauensmann des Reichsamtes des Innern geändert wissen will, finden sich in den §§ 222 und 230. Danach wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft, wer „durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen verursacht“ — mit Gefängniß bis zu zwei Jahren, wer „durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung eines anderen verursacht“. Herr Felisch erschein selbst die heutigen deutschen Richter, heute im Jahre der Demuthausener Rede, so unternehmerfeindlich, daß sie Fahrlässigkeit da als erwiesen ansehen, wo sie dem Thäter vollständig fern lag und in der Mehrzahl der Fälle nur ein unglückliches Zusammentreffen verschiedenartiger zufälliger, aber nicht voraussehbarer Ereignisse die Unfallursache abgab, welche zu dem beklagenswerthen Ausgange führte.“ Für die fahrlässigen Todtschläger soll darum mehr F e s t u n g s h a f t wie Gefängniß verhängt werden; der Baugewerksmeister sei dann vor dem Zusammentreffen mit „gewöhnlichen Strafgefangenen“ bewahrt und er erfreue sich einer „mehr behaglichen Einrichtung“.

Um die beispiellose, aufdringliche Dreistigkeit eines solchen Vorschlags von solcher Seite richtig zu würdigen, wolle man sich erinnern, daß dieselben Unternehmer, wie wir vor knapp einem Jahre feststellten, sich auch noch die Aburtheilung durch zünftige Richter verbitten, weil diese kein Verständnis für die Profitbedürfnisse eines Baugewerksmeisters und seine „gewerbebräuchlichen Gepflogenheiten“ hätten und so zu Schuldfeststellungen kämen, die — man verbeisse sich das Vagen! — „das Vertrauen auf eine gerechte Strafrechtspflege erschüttern.“ Nicht einmal die zu Gutachten herangezogenen Sachverständigen taugten etwas; als „theoretisch vorgebildete Baubeamte wußten sie nichts von den „gebräuchlichen Hankirungen“ im Bauwesen. Ueber Baunfälle sollten also Schöffen aus der Zahl der „Baukundigen“ aburtheilen; die Sachverständigen sollten sie sich unter ihres gleichen, unter „praktischen Baugewerksmeistern“ aussuchen.

Verhandlung gegen die des Todtschlages angeklagten Unternehmer vor lauter mitleidenden und bei Gelegenheit auch mitschuldigen Zunftgenossen! Und wenn diese unerwarteter Weise doch noch „Fahrlässigkeit“ feststellen und so zu einer Verurteilung kommen, dann Festungshaft wegen der „mehr behaglichen Einrichtung“!

Wir gratuliren dem Grafen Posadowsky von neuem zu diesen Urthebern seines berühmten Hundschreibens. Mit solchen Schutzheiligen zur Seite ist man immer des Sieges der „guten Sache“ gewiß.

Das ist die Doppelparole der neuesten Sozialreform: Wer einem Arbeitswilligen ein nicht ganz höfliches Wort sagt — marschirt ins Zuchthaus. Wer aber einen Arbeitswilligen gewalttham an der Arbeit hindert, weil er ihm fahrlässig Leben und Gesundheit vernichtet — der soll Gelegenheit erhalten, ein paar vernünftige Festungstage zu verbüßen!

Die Flucht vor der Oeffentlichkeit.

Die Reichstags-Abgeordneten Graf A l i n d o w s t r ö m und Dietrich haben mit Unterstützung der konservativen Fraktion im Reichstage den Antrag gestellt, zur Ergänzung des Strafgesetzbuchs unter den Vergehen die Bestimmung neu aufzunehmen, daß die **Veröffentlichung von Geheimnissen durch die Presse**, namentlich wenn das Bewußtsein vorwaltet, daß deren Kenntniß auf unlauterem Wege erworben ist, mit Strafe belegt werden soll.

Wenn das „namentlich wenn“ den Antrag nicht einschränkt und zugleich elastisch macht, so würden wir glauben, er sei veranlaßt durch die sensationellste Veröffentlichung eines Geheimnisses, die sich in den letzten Jahren ereignete: Die Bekanntgebung des russischen Rückversicherungsvertrags durch den Fürsten Bismarck. Immerhin mag der Antrag durch jenes Geheimnisses angeragt sein. Da solche Preisgebung eines Staatsgeheimnisses durch den Arminparagrafen nicht getroffen werden konnte, so sucht man nun — getreu hentiger Geheimmacherei — eine gelegentlich empfundene Lücke durch eine eigens hergestellte neue Bestimmung zu verstopfen.

Vielleicht hat auch die vorzeitige Veröffentlichung des Etats durch die Bismarck-nationale „Münchener Allgemeine Zeitung“ Anlaß zu dem konservativen Vorschlag gegeben.

Strategie des Bürgerkrieges.

Der gestern von uns nach süddeutschen Blättern veröffentlichte *G e h e i m e r l a s h* wird vielfach kommentirt. Die reaktionären Blätter halten natürlich die Verhaftung der sozialistischen Führer für eine verständige und selbstverständliche Maßregel. Im Sinne entspricht also der Geheim-erlaß den herrschenden Anschauungen, selbst wenn seine Echtheit zweifelhaft sein sollte.

Im Reichstage kam der Erlaß bereits Donnerstag zur Sprache. Nach den bisher vorliegenden Berichten hat der Kriegsminister erklärt, er habe den Geheim-erlaß nicht in seinen Akten vorgefunden. Wenn er nicht auch in den Akten des Militärcabinetts gesucht hat, so würde dieser Mangel an Zunderglück für die Echtheit oder Unechtheit des Erlasses nicht

beweisen. Indessen wollen wir erst den stenographischen Wortlaut der Rede des Kriegsministers, der recht undeutlich sprach, abwarten, ehe wir das „Dementi“ auf seinen Werth prüfen. Wie gesagt, die herrschende Gemüthsstimmung der Ordnungskämpfer ist ja durchaus für derlei Nobilmachungs-Pläne wider den inneren Feind disponirt.

Herrn v. Fochler aber sind wir unersetzlich dankbar für die von ihm gespendete Enthüllung, daß ein Offizier, der bei Tumnitz über die Köpfe hinwegschießt, vor dem Kriegsgericht gehört. Das ist der christliche Staat in voller Glorie! —

Beschwichtigungen.

Der „Hamburger Korrespondent“, in dem die Dämpfer-Offiziere thätig zu sein pflegen, die als Wortführer der nicht ganz verflumten liberaleren Elemente in der Regierung wirken, versichert, daß der Gesandtenwurf „zum Schutze der Arbeitswilligen“ sich keineswegs auf Bestimmungen beschränke, die sich auf den Terrorismus der Arbeiter beziehen.

Es seien vielmehr strenge Strafvorschriften in Aussicht genommen, die etwaigen Angriffen der Arbeitgeber auf die Koalitionsfreiheit der Arbeiter mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten sollen. Dabei wird man insbesondere an schwarze Listen, terroristische Ausperrungen u. s. w. zu denken haben. Es ist nicht zu verkennen, so wird dazu bemerkt, daß die Aussichten des angeklagten Gesetzes sich wesentlich verbessern würden, wenn es keinen Zweifel darüber ließe, daß es Arbeitgeber und Arbeiter mit dem gleichen Maße des Rechtes und der Willigkeit mißt. Endgiltige Beschlüsse sind übrigens bisher noch nach keiner Richtung hin gefaßt.

Es ist nett, daß man es heutzutage noch ausdrücklich versichern muß, ein Gesandtenwurf werde die Rechtsgleichheit wahren. Es ist aber andererseits ziemlich gleichgültig, ob die formale Anstandspflicht gewahrt wird. Für die Rechtspraxis gilt ja doch der bekannte „Rechtsgrundsatz“ des derzeitigen preussischen Justizministers.

Im übrigen hat das Zentrum die Forderung der gleichen Behandlung von Arbeitern und Arbeitgebern als „Kompensationsobjekt“ erhoben. Der verlangte Preis für den Unfall wird anscheinend jetzt bezahlet, und damit rückt die Gefahr ernstlich nahe, daß die Zuchthaus-Vorlage Gesetz wird. Es lebt kein Mallinardot mehr im Zentrum! —

Deutsches Reich.

Der Bundesrath überwiegt in seiner Sitzung vom Donnerstag die Vorlage, betreffend die allgemeine Regelung über den Landeshaushalt von Elsaß-Lothringen für das Etatsjahr 1894/95 den zuständigen Ausschüssen. Dem Ausschuhbericht über die Vorlage vom 5. November 1893, betreffend die Ertheilung der Befugniß zur Vollabfertigung von Wollengarn als harte Kammergarn wurde die Zustimmung erteilt, ebenso dem Ausschuhbericht über die Vorlage, betreffend die anderweite Festsetzung der Gebühren für Postanweisungen und für Sendungen von Waarenproben. —

Das Vorrecht der Säue. Im Reichstag erregte am Donnerstag die Feststellung Webers großes Aufsehen, daß noch während der Etatsberatung der Reichskanzler, der dem Reichstag einzig verantwortliche Beamte, sich am Mittwoch zur Jagd nach Springse begeben hat. — Herr v. Hohenhausen selbst hat eben mehr versprochen, anwesend zu sein, wenn einige Dugend Säue zur Strafe gebracht werden, als sich zu recht fertigen, wenn irgend ein beliebiger Volksvertreter im Reichstage Beschwerden vorbringt. Schließlich mag es auch angenehmer sein, Jäger oder Jagdgast zu sein, als — Wild. —

Protest gegen die Ausweisungen. Aus Kiel, 14. Dezember, wird uns geschrieben:

Mit der Köller'schen Ausweisungspraxis beschäftigte sich am Mittwoch Abend in Kiel eine öffentliche Volksversammlung, in der Genosse Regien als Referent erschienen war. Die trotz des vom Winde gepeitschten Regens von etwa 2000 Personen besuchte Versammlung legte ihre Anschauung in nachfolgender Resolution, die einstimmige Annahme fand, nieder: „Die heute, Mittwoch, den 14. Dezember, stattfindende, von ca. 2000 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung ist der Ansicht, daß die Ausweisungen dänischer Unterthanen aus Nord-schleswig politisch ebenso unklug, wie moralisch verwerflich sind. Wie jeder Zwang, muß auch die zwangsweise Germanisirung dänischer Elemente in Nord-schleswig an dem gerade durch rigorose Gewaltmaßnahmen hervorgerufenen Widerstand täglich scheitern. Weit entfernt davon, die dänisch gesinnten Elemente dem Deutschthum zu gewinnen, schafft die mit rücksichtslosster Härte geübte Gewaltpolitik Köller's die Verfolgten und Drangsalirten zum zähesten Festhalten an ihrer Anschauung auf. Statt dem Deutschthum im Auslande Sympathien, die wahrlich schon gering genug sind, zu erwerben, setzt die unkluge Köller'sche Ausweisungspolitik das Ansehen Deutschlands im Auslande herab, und provoziert Repressalien gegen die zahlreich im Auslande lebenden Deutschen. Besonders verwerflich wird aber die Ausweisungspolitik dadurch, daß man, um deutsche Unterthanen mit dänischer Gesinnung zu züchtigen und wirtschaftlich zu schädigen, deren ganz unerbittliche Diensthöfen und Arbeiter des Landes verweist und dadurch dieselben in ihrer Existenz schwer schädigt.“

Gegen diese ebenso sinnlose wie verdammenswerthe Ausweisungspraxis erhebt die Kieler arbeitende Bevölkerung ganz besonders scharfen Protest.“

Jolkpolitische Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten. Der deutsche Vorkämpfer in Washington, Herr v. Solleben, kehrt in diesen Tagen mit neuen Instruktionen für handelspolitische Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten auf seinen Posten zurück. Dem Vernehmen nach betreffen die deutscherseits gewünschten Zugeständnisse in erster Linie Zucker, Weine und Textilwaaren. Die Verhandlungen werden auch weiterhin in Washington geführt werden.

Allerneuestes vom groben Unfug. Der „Frankfurter Hg.“ zufolge wurde in Wien ein Arbeiter polizeilich wegen groben Unfugs bestraft, weil er in einem Restaurant despektirlich von Bismarck gesprochen hatte.

Im Bismarck-schändlichen Bayern wird man nun wohl gelegentlich einen „Breußen“, der sich einer Bismarck-verhimmelung schuldig gemacht, mittels des groben Unfugparagrafen meucheln! —

Prinzen-Reisen. Demnächst erscheint ein Memoirenwerk über Kaiser Friedrich von Margarethe von Poisinger. Die Münchener „Neuesten Nachrichten“ bringen aus dem Werke schon jetzt einige Mittheilungen aus Niederschriften des Kronprinzen Friedrich Wilhelm. Die eine, die während der Universitätszeit in Bonn geschrieben ist, trägt den Titel: „Warum und wie sollen Prinzen Landesherren ihres Reiches denken? Der Prinz findet es wichtig, daß die Prinzen ihr eigenes Land persönlich kennen, aber sie sollen deswegen nicht unaufhörlich herumreisen, sondern auch in Ruhe und Freude die Annehmlichkeiten des Lebens in engeren und weiteren Familienkreise genießen dürfen.“ —

Krankenkassenwesen. In einer sächsischen Ministerial-Berordnung sind die Aufsichtsbehörden angewiesen worden, den Orts-Krankenkassen den Weisheit zugehen zu lassen, daß sie in Zukunft keine Kassengelder mehr zu Verträgen für „freie Vereinigungen“, Delegationen zu Verbandstagen u. dergleichen verwenden dürfen. Dazu schreibt man uns aus Sachsen: Der Zweck dieses Vorhabens des Ministeriums erscheint

recht unverständlich. Die Betheiligung der Krankenkassen in Verbänden und Vereinigungen hat ohne Zweifel viele Vortheile für das Krankenkassenwesen. Man kann aber den Kassenvorständen zu nicht zumuthen, für ihren guten Willen und die Mehrarbeit auch noch bares Geld drauf zu legen. Speziell die segensreiche Einrichtung der „Vereinigung sächsischer Orts-Krankenkassen“ wird in ihrer Betheiligung gehemmt werden. —

Zur Fleischnoth wird aus Oppeln gemeldet: Der Regierungspräsident hat auf Anordnung des Landwirtschaftsministers das unter dem 28. Dezember 1893 erlassene Verbot der Einfuhr von lebendem Rindvieh aus der Bukowina zurückgezogen.

Das bedeutet eine durchaus ungenügende Maßnahme, denn die jetzt 200 000 ober-schlesischen Berg- und Hüttenarbeiter begehren festen vollen Speck, den das russische Schweln liefert. Der letzte Viehmarkt in Genthin mußte abermals ausfallen, weil kein Vieh aufgetrieben war. —

Militärisches aus Elsaß-Lothringen. Man berichtet aus: Am Dienstag Mittag fand auf dem Militärchieftand zu Saarburg (Lothringen) ein Pfostenabend zwischen zwei Offizieren der dortigen Garnison, dem Rittmeister Schade vom 11. Infanterie-Regiment und dem Hauptmann v. d. Planitz vom 15. Feld-Artillerie-Regiment, statt, bei welchem ersterer eine schwere Verletzung erlitt.

Trotz der strengsten Vorsichtsmaßregeln, die von Seiten der Militärbehörden getroffen worden sind, nimmt die im 15. Infanterie-Regiment zu Saarburg ausgebrochene Typhus-Epidemie von Tag zu Tag einen ebhartigeren Charakter an. Bisher sollen bereits über 20 Mannschaften der Krankheit zum Opfer gefallen sein, während sich die Zahl der Erkrankten auf über 100 beläuft. Vergangene Woche sind wieder zwei Infanterie- und ein Sergeant, der bereits im 10. Jahre dient, von der Seuche weggerafft worden. —

Ueber einen Zwischenfall an der deutsch-französischen Grenze wird uns geschrieben: Am verfloffenen Montag, zwischen 4 und 5 Uhr abends, fand an der Grenze, in unmittelbarer Nähe der Stelle, wo Deutschland, Frankreich und Luxemburg zusammenstoßen, ein blutiges Rencontre zwischen zwei französischen Gendarmen und neun Arbeitern, theils deutscher, theils luxemburgischer Staatsangehörigkeit, statt. Die Gendarmen wollten in einer auf französischem Boden, aber nahe an der Grenze gelegenen „Aneipe“ einen gewissen Krachten verhaften. Dieser und seine Begleitigen, die oben genannten Arbeiter, leisteten den Gendarmen solchen Widerstand, daß diese genöthigt waren, zu ihrer eigenen Sicherheit von der Waffe Gebrauch zu machen. Nach bestiger Gegenwehr gelang es ihnen, ihren Mann, der aus mehreren Wunden blutete, abzuführen. Vier Arbeiter blieben, mehr oder weniger verletzt, auf dem Schauplatz des Kampfes zurück. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Majestätsbeleidigungs-Prozesse zu stande kommen. Der Zimmermann Wilhelm Kabisch aus Neu-Weißensee war vor der 4. Strafkammer am Landgericht II wegen Majestätsbeleidigung angeklagt. Der Angeklagte wohnte mit der Arbeiterfrau Schmidts in einem Hause. Wie das unter „guten Nachbarn“ zuwellen vorlomme, kam es im März d. J. zu einem Wortgefecht zwischen den beiden Parteien, in dessen Verlauf Frau Schmidts erklärte: „Sie haben den Kaiser beleidigt! Ich werde Sie anzeigen!“ Der Angeklagte erwiderte darauf empört: „Was, den Kaiser habe ich beleidigt?“, und knisterte darauf eine Bemerkung, die in gewissen Kreisen sehr gebräuchlich, aber nicht salonsfähig ist. Er glaubte damit die böse Nachbarin zu treffen, diese aber lehnte den Spieß um und bezog den Nachschlag auf die Person des Kaisers. Die Staatsanwaltschaft neigte sich ebenfalls dieser Auffassung zu, der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Herzog vermochte jedoch den Gerichtshof zu überzeugen, daß die beleidigende Aeußerung sich nicht auf die Person des Kaisers, sondern auf die Frau Schmidts bezog. Das Urtheil lautete daher auf Freisprechung.

„Simplicissimus“-Prozess. Der Zeichner Th. Heine wird sich am 10. Dezember wegen zweier Majestätsbeleidigungen in Leipzig zu verantworten haben, während die Drucker des „Simplicissimus“ wegen Vergehens gegen § 21 des Preßgesetzes angeklagt sind. Die Vertheidigung wird Rechtsanwalt Dr. Felix Lehme führen, die Anklage Ober-Staatsanwalt Hänzel vertreten.

Der schon 40 Mal vorbestrafte Schmid Herrmann Eisner sah im Herbst in der Magdeburger Speisekammer zu Erfurt, wofür er eine majestätsbeleidigende Bemerkung über die Palastinatreise des Kaisers fallen ließ. Eisner war noch nicht lange aus dem Gefängnis entlassen und es schien ihm ein Winterquartier zu ihm zu sein. Er erhielt für die Majestätsbeleidigung 1 1/2 Jahr Gefängnis. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

An der schönen blauen Donau.

Aus der bereits erwähnten Geschäftsordnungs-Debatte im Wiener Gemeinderathe vom 13. Dezember geben wir nach der „N. Fr. Pr.“ ein paar erbauliche Momentaufnahmen wieder.

Referent Graba: Ich habe immer große Freude, wenn der Kollega Schleier so recht in die Lage kommt.

Dr. Fochler: Frotzeln Sie nicht!

Dr. Fochler: Blähen Sie sich nicht so auf, weil Sie einen Orden bekommen haben! (Lärm.)

Dr. Lueger: Ich bitte um Ruhe! Benehmen Sie sich anständig! Herr Dr. Fochler, halten Sie sich an die Geschäftsordnung; brüllen Sie nicht immer hinein, das ist nicht anständig! Ich rufe Sie vorläufig zur Ordnung! Das ganze Haus hält Ruhe, nur die beiden Herren stören fortwährend den Frieden. Ich werde Sie schon zu händigen wissen! (Weifall links, stürmischer Widerspruch rechts.)

Dr. Fochler und Dr. Fochler rufen: Pfui Teufel! Seien Sie doch nicht so ungebildet!

Dr. Fochler, welcher wiederholt Pfui! Pfui! ruft, wird zur Ordnung gerufen. (Lärm.)

Dr. Fochler: Herr Schriftführer, ich will das Wort! Schriftführer Leitner: Kommen Sie herher!

Ein einstimmiges Nein der Fortschrittlichen ist die Antwort hierauf.

Tomola referirt in unaußerlichem Lärm weiter. Die Gemeinderäthe Dr. Fochler und Dr. Fochler rufen fortwährend: Bitte um das Wort zur Geschäftsordnung!

Dr. Fochler: Sind wir ausgeschlossen oder sind wir noch herein? Sie werden das nicht lange fortmachen!

Dr. Fochler geht schließlich zum Schriftführer und meldet sich als Redner. Sämmtliche fortschrittlichen Gemeinderäthe verlassen ihre Plätze und folgen diesem Beispiel.

Dr. Fochler verlangt das Wort zur Geschäftsordnung.

Dr. Lueger: Wenn Dr. Fochler das Wort will, muß er hierher kommen.

Dr. Fochler: Sie haben gar nichts zu reden, sondern die Redlung des Schriftführers entgegenzunehmen.

Hierhammer: Und Sie haben das Maul zu halten! (Erneuter Lärm.)

Fochler und Fochler machen in dem Lärm unverständliche, gegen den Bürgermeister gerichtete Zwischenrufe.

Dr. Lueger: Ich muß die beiden Gemeinderäthe Dr. Fochler und Dr. Fochler ermahnen, sich anständig zu benehmen. Sie sollten als Doctores dieses unqualifizirbare Benehmen unterlassen. (Stürmischer Weifall links; ironische Bemerkungen und lauter Widerspruch rechts, welche im tosenden Lärm unverständlich bleiben.)

Sonntag: Durch dieses Vorgehen wird das elementarste Recht der Gemeinderäthe beschnitten und jede Debatte nahezu unmöglich gemacht. . . .

Dr. Lueger: Sprechen Sie zur Geschäftsordnung! Meine Worte gehen Sie gar nichts an. (Stürmische Oho-Rufe rechts, neuerliches Lärmen.)

Dr. Fochler: Ich nehme zur Kenntniß, daß mich Ihre Worte nichts angehen.

Dr. Lueger: Benehmen Sie sich anständig, Herr Dr. Fochler und Herr Dr. Fochler.

Sonntag: Es ist ja bekannt, daß Oesterreich das China von Europa, insbesondere in bezug auf die Wiener Gemeindegemeinschaft ist. (Stürmischer Widerspruch links, Weifall rechts. Der Lärm auf der linken Seite steigt sich und von allen Seiten werden gegen Gemeinderath Sonntag erregte Zurufe gemacht.)

Stern: Ich muß einige Daten aus vergangener Zeit in Erinnerung . . . (tosender Lärm links, Rufe: Hals! Maul, Jud! Entlassung rechts.)

Schlechter bittet um eine Sekunde Pause. Er müsse erst Athem schöpfen, weil er sehr eilen mußte, um sich beim Schriftführer zum Worte zu melden. (Weiterkeit.)

Dr. Lueger: Sie scheinen sehr krank zu sein, Herr Kollega, weil Sie nicht einmal die paar Stufen betreten können (Weiterkeit links, Widerspruch rechts.)

Dr. Fochler: Ein sehr feines Benehmen das!

Dr. Lueger: Herr Dr. Fochler, ich erkläre Ihnen nochmals, Sie haben nicht das Wort. Benehmen Sie sich doch anständig! Sie erschöpfen doch noch meine Geduld!

Dr. Fochler: Ich verzichte auf Ihre Geduld!

Dr. Lueger: Wenn Sie auf meine Geduld verzichten, dann schließe ich Sie von dieser und den drei nächsten Sitzungen aus. (Weifall links.)

Dr. Fochler, der zwischen den Bankreihen gestanden, setzt sich lächelnd auf seinen Platz.

Dr. Lueger (nach einer Pause): Herr Dr. Fochler, Sie sind verpflichtet, den Saal zu verlassen!

Dr. Fochler sßt gleichmüthig auf seinem Platz, während die Mitglieder der Majorität nun auf ihn einströmen und ihn mit Beschimpfungen überhäufen. Man hört Rufe: „Schmeiß ihn hinaus!“ „Aus! mit ihm!“ Jankel ruft: „Für Sie gehört ein Hausrecht mit einem Oefenziemer!“ Die Unruhe steigert sich zum ohrenbetäubenden Lärm.

Magistratsrath Rosner entfernt sich aus dem Saale, um nach einigen Minuten, während welcher im Saale wilde Gährung herrscht, in Begleitung zweier stämmiger, uniformirter Magistratsdiener zurückzukehren. Bei dem Eintritt der Diener brechen die Majorität und die Gallerie in Weifallrufe und Applaus aus. Magistratsrath Rosner begiebt sich mit der Eskorte zur Bank des Dr. Fochler.

Dr. Lueger: Herr Dr. Fochler, Sie sind nach der Geschäftsordnung verpflichtet, der Weisung des Vorsitzenden zu gehorchen. Ich bitte, sich zu entfernen. (Rufe links: Aus!)

Dr. Fochler macht eine abwehrende Handbewegung.

Dr. Lueger: Dann ersuche ich, des Amtes zu walten.

Es entsteht große Unruhe. Die Magistratsdiener machen sich an Dr. Fochler heran, fassen ihn unter den Armen und zerrn ihn aus der Sitzreihe heraus. Während im Saal heben und buchstäblich aus dem Saale tragen, jubelt die Majorität und die Gallerie vor Freude, worauf stürmische Weifallrufe der Opposition antworten.

Dr. Fochler wird langsam aus dem Saale getragen. Er setzt sich nicht zur Wehr.

Während man Stimmen: Dr. Fochler habe den Dr. Fochler zu befreien gesucht.

Leitner (zum Bürgermeister): Er hat Gewalt angewendet, ich bin Zeuge.

Dr. Lueger: Herr Dr. Fochler, ich schließe Sie von dieser und den drei folgenden Sitzungen aus. (Erneuter Lärm rechts, Weifall links. Rufe auf der Gallerie: hinaus mit den Juden! Andauernder Lärm.)

Dr. Lueger: Herr Dr. Fochler, ich schließe auch Sie von der heutigen und den drei folgenden Sitzungen aus.

Magistratsrath Rosner erscheint mit acht Dienern im Saale und begiebt sich zu Dr. Fochler, um ihn zum Verlassen des Saales zu bewegen. Der Lärm hält an.

Dr. Fochler (den Magistratsrath Rosner abwehrend und auf das Volk schlagend): Nein! Ich gehe nicht! Es ist eine Lüge, was man sagt. (Zu Dr. Lueger, heiser schreiend) Sie lügen, Sie lügen, Sie lügen! (Es herrscht inzwischen ein ohrenbetäubender Lärm.)

Dr. Lueger: Herr Dr. Fochler, verlassen Sie den Saal und danken Sie Gott dem Herrn, wenn ich keine Anzeile mache!

Dr. Fochler verläßt zögernd den Saal.

Dr. Fochler ruft fortwährend: Ich lasse mich nicht ausschließen wegen einer Lüge. Ich weiche nicht brutaler Gewalt!

Endlich wird er von zwei Dienern aus dem Saale getragen. Pfui-Rufe rechts, Weifall links begleiten diesen Akt. Eine Anzahl oppositioneller Gemeinderäthe begeben sich aus dem Saale. Dr. Fochler macht gegen das Präsidium eine Geberde, welche die tiefste Verachtung ausdrückt, und entfernt sich gleichfalls.

Frankreich.

Zur Picquart'schen Dastellung wird am Donnerstag aus Paris gemeldet:

Die verlaute, willigte Picquart auf bringlichen Wunsch seiner Freunde ein Freilassungsgesuch zu unterzeichnen. Labouri überreichte dasselbe dem Kriegsminister Freycinet. Wie es heißt, wird der Kriegsminister das Freilassungsgesuch dem General Jurin den zustellen mit dem Ersuchen, das Kriegsgericht zusammen zu berufen, damit dieses sich über die Frage schlüssig mache. —

Paris, 13. Dezember. (Fig. Ver.) In der Kammer hat das nationalistische Pöbeln gestern wieder einmal die Kadaver eigenen veranstaltet. Die Déroulède und Konjorten wissen den französischen Nationalgeist, für dessen einzig echte Vertreter sie ausgeben, nicht anders kundzutun als durch tolles Niederheulen des G. ners. Wenn sie wenigstens aufrichtig wären! Aber nein, es sind Leute, die sich aus „patriotischen“ Krampfanfällen ein Gewerbe gemacht haben. Wie kam das so deutlich zum Vorschein, wie in der gestrigen Kammerung.

Der sozialistische Abg. P. Groussier interpellirte über die „verbrecherischen Umtriebe“ einiger kriegsmilitärischer Beamten in der Presse anlässlich der Affäre Dreyfus-Esterhazy-Picquart. Es war hohe Zeit, endlich einmal die freche Preßkampagne des Generalstabes zu beleuchten, die nicht nur das Land systematisch belogen hat und noch zu belügen sucht, sondern auch eine der empörendsten Erziehungformen des prätorianischen Geistes bildet. P. Groussier stellte sich zur Aufgabe, diese Preßkampagne vom Anbeginn der Dreyfus-Affäre bis zu den letzten Tagen zu schildern, und zwar auf Grund der Dokumente, d. h. der Mittheilungen in den belamten Generalstabs-Zeitungen. Seine Rede war im wesentlichen eine Zusammenstellung von Auszügen aus den bezeichneten Blättern.

Das genügt, um die patriotischen Handwärter gegen den Interpellanten zu entseffeln. Sie heulten — man denke! — im Namen des Patriotismus, im Namen der Landesverteidigung gegen die Verleumdung der Auszüge aus ihren eigenen Zeitblättern! Die seit Monaten oder seit Wochen in alle Welt hinausgeschickten Fabeln der Generalstabspresse über die samojen Briefe Wilhelms II., über die angeblichen Verichte des österreichischen, des italienischen, des russischen Militärattachés u. s. w., all die Erfindungen, die in der ganzen Welt mit einem Hohnschlächter aufgetommen waren, wurden auf einmal zu landesgefährlichen, kriegsgefährlichen Enthüllungen, die ein patriotisches Ohr nicht extragen konnte! . . .

Indes die nationalstischen Schreibhölle übten wenigstens ihr Gewerbe aus. Aber was soll man zur Haltung des Ministerpräsidenten Dupuy sagen, der es für nöthig hielt, „als Regierungschef mit der äußersten Energie zu protestiren“ gegen die Gewöhnung der Fabel

von den Briefen Wilhelm's II. Ober zur Haltung des Kriegsministeriums Freigeiz, der es bedauerte, die Vertagung der landesgesetzlichen Interpellation nicht verlangt zu haben? Die beiden Minister vervollständigten damit das Akitat der nationalpolitischen Wunde gegen die Redefreiheit des Interpellanten, das Signal zu einem verstärkten und allgemeinen Geheul gebend. Die große Heerde der Abgeordneten verfiel von neuem in jene erhebende Stimmung, aus welcher heraus der Maueranschlag der Fälschungen Geny's resultiert worden war.

Baschal Groussier's Stimme verhallte zuletzt im entsetzlichen Geschrei und im Geklappere der Wulstdecken. Er mußte seine Rede abbrechen. Unter diesen Bedingungen hatte Freigeiz in seiner Antwort leichtes Spiel. Er leugnete schamlos die dokumentarisch erwiesenen Freimachungsarbeiten der kriegsministeriellen Bureau's, gab eine vage Versicherung „zu machen“ über etwaigen disziplinwidrigen Vorkommnissen, lobte natürlich die „Armee“ und erklärte sich förmlich selbst mit — Jurinden, dem Militärminister von Paris, der seit dem Abgang Boisdeffre's und seiner Kreaturen die Stimmungsmache in der Presse leitete, und zwar mitunter gegen den Kriegsminister Freigeiz.

Die Kammer ging über ihr schändliches Geheul zur „einfachen Tagesordnung“ über mit der bewährten kompakten Mehrheit von 463 gegen bloß 78 Stimmen.

Dupuy's Doppelspiel in den Parteikämpfen gestaltet sich immer schwieriger. Aus Furcht vor den antisemitischen-nationalistischen Madamachern hat der „starkäufige“ Regierungschef das gesetzwidrige Treiben des antisemitischen Bürgermeisters von Algier, Raz Régis, mit vieler Gebuld ertragen. Der algerische Lieutenant Drumont's, noch vor kurzem Anführer der antisemitischen Ränder- und Lobfälscherbanden, handelte nicht viel anders auch als Bürgermeister. Aus eigener Machtvollkommenheit verbot er den jüdischen Kaffeehaus-Wirthen, auf den Trottoirs Tische aufzustellen, entzog er den jüdischen Zeitungserläufern die kommunale Bewilligung und befahl den jüdischen Kutschern, auf einem besonderen und abgeordneten Platze zu stationieren. Es war die amtliche Fortsetzung der von der antisemitischen Liga gegen die jüdischen Proletarier und Kleinbürger betriebenen Pogroms. Dupuy fand an alledem nichts auszusetzen, während sozialistische Bürgermeister für den bloßen Schein einer ungesetzlichen Maßnahme unverzüglich suspendiert werden. Der Geduldsfaden ging Dupuy aus, erst nachdem der bürgermeisterliche Diktator in einer öffentlichen Versammlung die Drohung aussprach, er werde den Generalgouverneur von Algerien, Laferrière, falls dieser nicht durchweg den Antisemiten gehorche, ebenso verjagen, wie dessen Vorgänger, Lépine. Daher die zeitweilige Amtsenthebung des Raz Régis. Unter diesen Bedingungen braucht der tapfere Dupuy nicht mehr eine antisemitische Interpellation zu fürchten. Aber er hat gleichwohl die Gunft der Antisemiten verfehlt.

Uebrigens ist Dupuy's Langathmigkeit im gegebenen Falle erklärlich genug. Hatte sich doch kein Parlamentarier gefunden, um die Regierung wegen der willkürlichen Verfolgungen der Juden zur Rede zu stellen, trotzdem es sich um jüdische Proletarier handelte. Die Nachwirkungen des antisemitischen hawinischen Terrorismus sind offenbar noch nicht abgewunden.

Spanien.

Vom spanisch-amerikanischen Frieden. Madrid, 15. Dezbr. Der Vizekönig nahm von dem Wortlaut des Friedensvertrages Kenntnis. Er wird Montero Rios über die Form befragen, welche man gewählt hat, um den Vertrag gleichzeitig in Spanien und den Vereinigten Staaten zu veröffentlichen. Der Minister der Kolonien theilte mit, daß zahlreiche Bewohner der Philippinen aus Furcht über die Verzögerung der Freilassung der spanischen Gefangenen die Rückkehr in die Heimath erbitten.

Rußland.

Russischer Petroleum-Export nach Deutschland. In einer heute im Finanzministerium abgehaltenen Sitzung des Tarifkomitees wurde befaßt die Hebung des Petroleum-Exportes nach Deutschland beschloffen, auf der kaiserlichen Bahn vom 1. Februar 1899 ab per Rub Petroleum an Fracht 12 Kopeken, anstatt wie bisher 19 Kopeken zu erheben, sofern das Petroleum nicht weniger als 28 pCt. Heizöl enthält und ihm nicht weniger als 15 pCt. schwerer Oel beigemischt sind.

Parlamentarisches.

Im Centorenkonvent des Reichstages wurde dem Präsidenten der Wunsch nahe gelegt, die Weihnachtsferien bis zu 10. Januar auszudehnen. Hierauf wurden der Vorsitz und die Vertagung nach Fraktionen in den Sachkommissionen besprochen. In der Budgetkommission wird der Abg. v. Kardorff den Vorsitz führen, in der Geschäftsordnungs-Kommission Singer, in der Wahlprüfungs-Kommission Dr. Spahn, in der Petitionskommission Dr. Kiese.

Die Zentrumsfraktion hat an den früheren Reichstagspräsidenten Fern. v. S. u. o. l. ein Dankschreiben gerichtet, in welchem ihm der Dank der Fraktion sowohl für die jahrelange Mitarbeit in schwersten Zeiten, als insbesondere für die unermüdete und erfolgreiche Führung des Präsidiums im Reichstage ausgesprochen wird.

Der Innungsverband deutscher Vagantgewerksmeister überreicht vier Petitionen, unter welchen eine die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ohne Inanspruchnahme der Arbeitgeber fordert.

Partei-Nachrichten.

Ueber die Stadtverordnetenwahl in Offenbach a. M., deren erfreuliches Ergebnis im Depeschenheft der gestrigen Nummer noch gemeldet werden konnte, wird uns geschrieben:

Nachdem wir im Jahre 1890 den Nationalliberalen das Mandat zum Reichstag und später auch jenes zum Landtag abgenommen hatten, handelte es sich jetzt darum, ihre Herrschaft auf dem Stadthaus zu brechen. Die Grundlage der städtischen Verwaltung ist in Offenbach wesentlich anders, als in preussischen St. Städten. Die Mitglieder des Magistrats werden von den Stadtverordneten gewählt und beide beraten gemeinsam sowohl im Plenum wie in den Kommissionen und das Plenum heißt „Stadtverordneten-Versammlung“. Nach dem Gesetz führt der Oberbürgermeister den Vorsitz. Er und drei Abgeordnete, wovon zwei unbedeutete, haben gleiches Stimmrecht. Bei der Frage nach der Beschlußfähigkeit der Sitzungen zählen aber die Magistratspersonen nicht mit; vielmehr ist dazu die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Stadtverordneten erforderlich. Es ist also ohne weiteres einsehend, daß die Stadtverordneten hier einen viel größeren Einfluß ausüben können, als z. B. in preussischen Städten. Das gilt übrigens für ganz Hessen. Dazu kommt dann noch ein weitgehendes Selbstverwaltungsrecht. Diese Umstände verleihen an sich schon der Stadtverordnetenwahl erhöhte Bedeutung. Aller drei Jahre soll ein Drittel der Stadtverordneten neu gewählt werden, das wären für Offenbach 12. Infolge besonderer Umstände waren diesmal aber 16 Sitze frei geworden. Das Wahlrecht ist so beschaffen, daß die ganze Stadt einen Wahlbezirk bildet und daß jeder Stimmberechtigte sämtliche Stadtverordnete wählt. Im Jahre 1889 hatten unsere Kandidaten 259 bis 855 Stimmen erhalten, im Jahre 1892: 656 bis 1000 und im Jahre 1895: 1689 bis 2192 Stimmen. Mit letzterer Zahl wurde Genosse Ulrich gewählt, auf den viele Stimmen unjuridischer bürgerlicher Wähler gefallen waren. Im übrigen aber trugen damals die Kandidaten des bürgerlichen Wahlkreises unter nationalliberaler Führung mit 2047 bis 2293 Stimmen den Sieg davon. Unser Kandidat mit der nächstgrößten Stimmenzahl erhielt 1835 Stimmen. Inzwischen hat das Kaiserregiment der nationalliberalen Kommerzienräthe die Klassenverteilung der Arbeiter mächtig geändert. Wie es um dieses Regiment bestellt ist, dafür ein paar Beispiele. Eine Haupt-Einkaufsstelle der Stadt bildet das Litro, die städtische Thorsteier auf Rohrzucker und Nöhlen. Das Litro belohnt jeden Familienwater durchschnittlich mit 40 M. jährlich den Armen wie den Reichen. Zur

selben Zeit, als die Stadtverordneten gegen die durch die Grenzsperrverordnungen Fleischvertheuerung petitionirten, lehnten sie es ab, die städtische Fleischsteuer zeitweise zu suspendiren. Weiter wird den städtischen Arbeitern ein sehr niedriger Lohn, meist 2.20 M. pro Tag, gezahlt und derselbe zum Theil als Almosen verrechnet, so daß die betreffenden städtischen Arbeiter ihr Wahlrecht verlieren. Ferner verliert jeder das Wahlrecht, der mit der Zahlung der Krankenkassenkosten für sich oder ein erkranktes Kind im Rückstande ist. Das zeitliche unter den Arbeitern eine gewaltige Erbitterung. Die Kleinbürgerlichen Kreise wieder sind ungenügend über willkürliche Aenderungen des Bauabzugsplanes, Bewilligung von Geldern im Interesse der Großfabrikanten und Grundbesitzer etc. Sie leisten deswegen dem Nationalliberalismus nur noch widerstrebend Heeresfolge und am Abend vor der Wahl ersahen gar eine anonyme Wahlliste nebst Flugblatt, hinter denen die Künstler und das Zentrum standen, welche sich mit sechs neuen Kandidaten in Gegensatz zu den Vereinigten Bürgerpartei stellten. Das bewirkte eine Zerplitterung der bürgerlichen Stimmen und kam uns somit zu gute. Das Wahlergebnis ist: alle unsere 16 Kandidaten, die sämtlich Parteigenossen sind, wurden gewählt. Mit dem Genossen Ulrich haben wir nun 17 Mandate inne und damit fast die Majorität.

In Magdeburg haben bei der Stichwahl zur Stadtverordneten-Versammlung die beiden Kandidaten der freisinnigen liberalen Vereinigung, die Kaufleute Max Gornemann und Jacobi-Scherbening, mit Hilfe der sozialdemokratischen Stimmen gesiegt. Sie erhielten 2163 und 2008 Stimmen, die beiden Kandidaten des konservativ-antisemitischen-nationalliberalen Kartells 1693 und 1909. Bekanntlich hatten unsere Parteigenossen beschloffen, bei der Stichwahl für die freisinnigen zu stimmen. Ueber das Wahlergebnis schreibt die „Volkstimme“:

An der Wahl für die Kandidaten der liberalen Vereinigung haben sich unseres Erachtens nach nur die Sozialdemokraten und die Anhänger der freisinnigen Volkspartei betheiligt, dieselben Männer, die auch das bei der letzten Reichstagswahl angestrebte Kartell aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zerstörten. Damit haben sich, ganz wie wir es gewünscht haben, die Parteiverhältnisse in Magdeburg wesentlich geändert. Was wir mit hoher Freude begrüßen, ist, daß die Sozialdemokratie aus ihrer bislang bewährten reservirten Stellung heraus- und kräftig in den Parteikampf eingetreten ist. Die in den Versammlungen der bürgerlichen Parteien betriebene Agitation hat Nahrung gefunden, manches gegen die Sozialdemokratie gehegte Vorurtheil ist zerstört, auch hat die „Volkstimme“ durch den Wahlkampf Eingang in bürgerlichen Kreisen gefunden und sich Achtung und Anerkennung erworben. Wir hoffen, auf diesem Wege Fortschreiten zu können. Die uns (von den Gegnern) nachgegebene „Verbrüderung“ (mit den freisinnigen) findet bei uns taube Ohren. Wir werden unsere angeblichen „volksparteilichen Brüder“ bekämpfen, da wo wir sie zu bekämpfen haben, und mit ihnen gemeinsame Sache machen da, wo die Reaktion, wo Interessenpolitik abzuschlagen sind. Dies thun wir, ohne auf Gegenleistung zu rechnen. Der Ausgang der Stadtverordnetenwahlen ist eine Etappe zur Gesundung unserer Parteiverhältnisse. Wir haben wochenlang die Bürger in Kithem gehalten und bewiesen, daß mit der Sozialdemokratie Magdeburgs gerechnet werden muß auch in kommunalen Angelegenheiten und ihr Organ nicht mehr so achtlos und wegwerfend behandelt werden kann. Dies erfüllt uns mit Stolz, mit Genugthuung.

In Waltershausen in Thüringen wurde der sozialdemokratische Landtags-Abgeordnete Denner in das Stadtverordneten-Kollegium gewählt. Das Wahlrecht ist von der Zahlung eines Bürgergeldes von 20 M. abhängig, also recht erswerlich; dennoch ergeltesten auch unsere übrigen Kandidaten eine sehr bedeutende Stimmenzahl.

Nach dem dritten oberheinischen Provinzial-Parteitage, der kürzlich in Kreuznach abgehalten wurde, waren 17 Wahlkreise durch insgesamt 27 Delegirte vertreten. Die Behörde verließ der friedlichen Zusammenkunft ein ungewöhnliches Gepräge durch ein übergroßes Beamtenaufgebot. Mehrere Beamtinnen hielten sich vor dem Lokale auf. Städtische Polizei schwirrte, abgesehen von den beiden den Verhandlungen betheiligenden Beamten, ebenfalls umher, und damit von den staatsunwürdigen Worten ja keines verloren gehe, hatte der Landrath drei — antliche Stenographen gelaunt, die sich, wie man zu sagen pflegt, die Finger wund schrieben.

Genosse Horiäter aus Köln wies beim Bericht des Agitationskomitees darauf hin, daß der Kampf der Gegner gegen uns immer rücksichtsloser wird. Im Rheinland komme zur polizeilichen die geistliche Verfolgung und zum wirtschaftlichen der kirchlichen Zwang, der vor der Vernichtung der Erziehung nicht zurückschrecke. Diesen verwerflichen Mitteln gegenüber sei es doppelte Pflicht der Parteigenossen, zusammenzuhalten und die Reihen zu stärken.

Der Delegirte aus Koblenz schilderte, wie auf dem Lande die ultramontanen Gegner die Massen fanatisiren, sodas die Flugblatt-Verbreitung mit Lebensgefahr verbunden sei. Em mel erklärte, der Widung der Stimmen bei der Wahl im Saarrevier sei auf die Neuerrichtung der Bergarbeiter-Organisation zurückzuführen. Das Zentrum habe, als es sah, daß es die Leitung des ehemaligen Rechtschuppereins nicht in die Hände bekommen konnte, diesen auf alle Weise bekämpft; es trage mit Schuld daran, daß diese Organisation zu Grunde ging. Die Thätigkeit der Ultramontanen beschränkte sich jetzt darauf, für den katholischen Volksverein Propaganda zu machen. Dann beständen noch lokal organisierte Knappschaftsvereine, deren Vorsitzender ein Geistlicher sei, der an diesen Vereinen schon ein materielles Interesse habe, weil sie für die Begräbniskosten ihrer verstorbenen Mitglieder aufkommen.

Gilsbach aus Köln berichtete über die Presse. Die „Rheinische Zeitung“, die früher bedeutende Zusätze erforderte, stehe heute so, daß sie sich mit eigenen Mitteln halten könne. Der Wunsch der Koblenzer Genossen, daß ihnen die „Rheinische Ztg.“ zugänglich gemacht werde, habe sich leider noch nicht erfüllen lassen. Die Wochenausgabe der „Rheinischen Zeitung“ sei eingegangen, da sie Zusatz erforderte, den der Verlag heute nicht leisten könne, weil sonst das finanzielle Gleichgewicht gestört werde. Der agitatorische Werth eines Wochenblattes für das Land und die kleinen Orte werde von keinem bestritten.

Horiäter und mehrere andere Delegirte traten für die Wiedererrichtung der Wochenausgabe ein. Sie sei eine Geldfrage. Der Verlag und das Agitationskomitee seien nicht im Stande, den wem auch geringen Zuschuß zu decken. So bleibe nur der Parteivorstand, und man dürfe annehmen, daß dieser die wenigen hundert Mark, wozum es sich nur handeln könne, nicht verweigern werde.

Es wurde einstimmig beschloffen, eine Umfrage in den einzelnen Orten zu veranstalten, wie viel Abonnenten auf die Wochenausgabe zu erwarten seien. Hiernach soll eine Berechnung aufgestellt und das weitere befohlen werden.

Der nächste oberheinische Parteitag wird zu Ostern 1900 abgehalten. Als Sitz des Agitationskomitees ist wieder Köln bestimmt.

In Rostock haben, wie zu der Notiz in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ berichtet, mitgetheilt sei, unsere Parteigenossen beschloffen, um Herabsetzung des jetzt für alle 8 Wählerklassen gleichen Bürgergeldes nach der Richtung hin zu petitioniren, daß die 1. Wählerklasse den jetzigen Satz von 20 M. auch ferner zu zahlen hat, während er für die 2. Klasse auf 10 und für die 3. Klasse auf 1 M. vermindert werden soll. Vorgelegt wurde die Petition u. a. noch damit, daß eine grundsätzliche Aenderung des Dreiklassen-Wahl Systems vorderhand nicht zu erwarten sei.

Volkstheoretisches, Gerichtliches etc.

— Aus B e u t h e n O./S. wird uns mitgetheilt: Das hiesige Landgericht hat den Antrag des polnischen Parteigenossen D y l o n g auf Entlassung aus der Haft abgelehnt. Das ist uns so auffälliger, als nach der Kritik, die das Reichsgericht an dem Erkenntnis des Landgerichts, wonach Dylong zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt worden war, geübt hatte, und angesichts der Thatsache, daß Dylong verdächtig bei Dylong nicht im geringsten vorlag, die Annahme seines

Antrages mit Bestimmtheit erwartet wurde. Indes, je länger Dylong im Gefängnis zubringen muß, auf desto größere Erfolge darf er rechnen, wenn er endlich wieder in der obersten „Freiheit“ agitiren wird.

— Das Urtheil, das vom Magdeburger Landgericht in dem sogenannten Sonnendach's-Prozesse gegen den verantwortlichen Redakteur der „Volkstimme“ gefällt worden war und das auf 20 M. Geldstrafe gelaunt hatte, war vom Reichsgericht aufgehoben und an dieselbe Instanz zurückverwiesen worden. In seiner abermaligen Verhandlung hat nun das Landgericht wieder auf 20 M. Strafe erkannt.

— Bei der Verfolgung eines Wahlfugblatts, das unter den Arbeitern Ostpreußens verbreitet worden war und worin angeblich das Vergehen der Aufreizung enthalten sein soll, hatte sich die Staatsanwaltschaft in Insterburg besonders herborgethan, indem sie das Flugblatt liberal beschlagnahmte und die Verbreiter anklagte. Bisher sind aber diese durchweg freigesprochen worden, ebenso der verantwortliche Verleger. Wegen desselben Flugblatts hatte sich vorige Woche der Guttsberger Hoyer aus Groß-Schnitzren mit noch sieben Parteigenossen aus dem Kreise Ragnt-Billfallen vor der Strafkammer in Stallupönen zu verantworten. Der Erste Staatsanwalt aus Insterburg, der die Anklage persönlich vertrat, beantragte Strafen von 6 Wochen bis 4 Monaten, wobei er die Richter ermahnte, milde Umstände nicht etwa deshalb zu bewilligen, weil der konservative Kandidat trotz der „verheerenden“ sozialdemokratischen Agitation einen glänzenden Sieg davongetragen habe. Denn immerhin habe sie in „erschreckender Weise die Geister und Herzen verwirrt“.

Das Plaidoyer machte aber auf die Richter nicht den gewünschten Eindruck. Den Ausführungen des Vertheidigers Haase aus Königsberg folgend, sprach das Gericht die Angeklagten frei und hob die Beschlagnahme des Flugblattes als unbegründet auf. — In derselben Sitzung wurde gegen Hoyer noch über eine Anklage wegen Beleidigung der Mitglieder der Staatsanwaltschaft zu Insterburg verhandelt, weil er in einem privaten Schreiben an einen Genossen auf dem Lande, das in unrechte Hände gekommen war, die Beschlagnahme des Flugblattes als eine willkürliche Handlung bezeichnet hatte. Der Staatsanwalt erblickte darin den schwersten Vorwurf, der einem Beamten gemacht werden könne und hielt deshalb eine Geldstrafe für ausgeschlossen. Er beantragte einen Monat Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 80 M. Geldstrafe.

— Aus Baden. Wie die Mannheimer „Volkstimme“ zuverlässig erfährt, soll der Prozeß, der wegen Beleidigung des Kommerzienraths Scipio gegen ihre Redakteure Herzberg und Jäch anhängig ist, nicht vor das in Baden bei Pörschproffen zuständige Schwurgericht, sondern vor die Strafkammer verwiesen werden. Die „Volkstimme“ erklärt, daß kein Rechtsmittel unverzucht bleiben werde, um zu verhindern, daß durch die Verweisung des Prozesses vor die Strafkammer ein Präzedenzfall geschaffen wird, der für die ganze badische Presse von weittragender Bedeutung wäre.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

An die Musikinstrumenten-Arbeiter Berlin! Den Vertrauensmännern zur Nachricht, daß am Sonnabend, den 24. Dezember, die freiwilligen Beiträge zu unserer Schubentilgung nicht laßt werden. Wir bitten deshalb am Sonnabend, den 17. d. M., auch für die nächste Woche den Beitrag zu leisten. Die Kommission.

Deutsches Reich.

Achtung, Goldarbeiter! Die Firma A. Guttenischer in Eßlingen sucht in Berlin Goldarbeiter anzuwerben. Wir machen darauf aufmerksam, daß sich sämtliche Arbeiter genannter Firma im Auslande befinden. Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

An die Banarbeiter! In bezug auf die Nichtstellung des Banarbeiters Schulz in Nr. 291 des „Vorwärts“ entgegennen wir folgendes: Es ist Thatsache, daß sich ein Verein der Steinträger in dem Lokale Brizgenerstr. 18 konstituirte hat. Es ist ferner Thatsache, daß diejenigen Kollegen, welche Mitglieder dieses Vereins werden wollten, aber dem Verband der Banarbeiter angehörten, verpflichtet wurden, ihre Verbandsbücher nebst Sammelkarten zu vernichten. Es ist festgestellt, daß mehrere zerrissene Bücher dort auf einem Tisch aufgeschüttet lagen. Hiernit ist der Beweis erbracht, daß eine Schädigung der jetzt bestehenden Organisation beabsichtigt war. Unserer Meinung nach bestehen hier in Berlin nur zwei maßgebende Organisationen. Diese sind der Verband und die Freie Vereinigung. Alle übrigen erkennen wir nicht an, da sie nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. Was die Wahregung der beiden Kollegen anbelangt, so war diese nicht von Schulz, wie irrthümlich angenommen wurde, sondern von einem gewissen Franz Schmidt, in Banarbeiterkreisen gut bekannt, angegangen. Schmidt ist Mitglied dieses Vereins. Die Lohnkommission. J. K.: Road.

Die Arbeit niedergelegt haben in Hannover die in der Ehr. Sprögel'schen Lederfabrik beschäftigten Lederarbeiter, weil ihnen eine Lohnerhöhung von 19,50 Mark auf 21 Mark rundweg abgelehnt und geantwortet wurde, es gäbe auch nicht einen Pfennig mehr.

Ausland.

Ueber die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Dänemark giebt ein gewöhnlicher Jahresbericht des Maurerverbandes Belege. Der dänische Maurerverband wurde vor 11 Jahren errichtet. Etwa 1 Jahr später hielt er seinen ersten Kongress ab. Er zählte damals 9 Lokalverbände mit 1557 Mitgliedern. Der Lohn betrug zu jener Zeit 2,50 bis 3 Kronen pro Tag in der Provinz, die Arbeitszeit 11 Stunden. Jetzt zählt der Verband 76 Lokalverbände mit 4706 Mitgliedern. Noch im Frühjahr dieses Jahres zählte er nur 60 Lokalverbände mit 4465 Mitgliedern. Da es in Dänemark nur 4800 Maurergesellen giebt, so stehen mithin nur 100 außerhalb der Organisation. Die Arbeitszeit ist jetzt meist 10 Stunden. Der Lohn 3,70 bis 4 Kronen, je nach den Orten.

Soziales.

Das Reichs-Versicherungsamt hat an die Vorstände der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten ein Rundschreiben, betreffend die Berechnung der Parteigeit für Altersrenten der gesetzlich versicherten Personen, sowie der Hausgewerbetreibenden der Tabakfabrikation und der Textilindustrie aus dem Geburtsjahrgange 1829, gerichtet.

Einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Fabrik-Inspektion hat der Landtag von Neuh. L. gethan, indem er auf Antrag unserer Parteigenossen beschloß, die Regierung um eine Vorlage betreffend Anstellung eines weiblichen Assistenten der Fabrikinspektion zu ersuchen.

Ostpreussische Schulpaläste. Aus dem Kreise Osterode wird der „Darung'schen Zeitung“ berichtet: „In einzelnen Ostpreussischen Kreisen herrschen in den Schulen bauliche Verhältnisse, die wirklich verwerflich sind, in weiteren Kreisen bekannt zu werden. In den Dörfern Marwalde und Ruhwalde hat man vergessen oder es unterlassen, die Schulen mit Bedürfnisanstalten zu versehen, so daß hier die ganze Umgebung des Schulhauses verunreinigt wird. Selbst die Lehrer mußten fast ein ganzes Jahr warten, bis man endlich für ihre Familien eine Abortzelle aufstellte; für die Schuljugend wird es aber auch jetzt noch immer für unnötig erachtet. Wie ungesund die Schulräume z. B. in Marwalde sind, geht aus der Bemerkung eines Arztes hervor, der einem Marwalder Familienwater, dessen Kind kränkelte, erklärte: „Ihr Kind laßt nie und nimmer gesund werden, so lange es die Schule zu R. besucht.“ Zeitungen brachten die Nachricht, daß in Taulense

Schule und Gasthaus sich unter einem Dache befinden. Es steht aber noch schlummer! Es sind da unter einem Dache friedlich vereinigt: Das Gasthaus, ein Gaststall, in welchem der Gastwirth auch noch seine Bedienungsaufschlagung hat, ein Viehstall, ein Schweinestall, die Lehrerwohnung, der Klassenraum und die Gastkammer-Wohnung.

Der Kreis Osterode ist eine Domäne der Konserbativen. Wo diese herrschen, wird in der Regel den Viehställen mehr Sorgfalt gewidmet als den Schulhäusern.

Die General-Intendant des Hoftheaters in Weimar war von der Gewerkschaftskommission ersucht worden, Vorkosten vorstellungen an Sonntagnachmittagen zu einem für alle Plätze einheitlichen Preise einzuführen, wie solches bei den Hoftheatern in Koburg und Gotha geschehen. Das Gesuch ist abgelehnt worden. Die General-Intendant beruft sich in ihrer Antwort darauf, daß bereits seit einem Jahre Sonntagnachmittags-Vorstellungen zu einem durchschnittlich um die Hälfte ermäßigten Preise gegeben würden, so daß der theuerste Platz 2 M., der billigste 40 Pf. koste; eine Vermehrung dieser Vorstellungen und eine weitere Herabsetzung der ermäßigten Preise erscheine „aus vielfachen Gründen unmöglich“.

Wie die Erfurter „Tribüne“ mittheilt, ist während der jetzigen Spielzeit eine solche Nachmittags-Vorstellung noch kein einziges Mal gegeben worden.

Danach scheint die General-Intendant der Popularisierung der Kunst überhaupt kein besonderes Interesse entgegen zu bringen. Oder sollte die Kasse der Schiller- und Goethe-Stadt sich durch den Gedanken gehort fühlen, nach Einführung eines Einheitspreises auf Volkern sitzen zu müssen, die Sonntag nachmittags vom arbeitenden Volk eingenommen worden sind?

Der Ausbeutung der Kinderarbeit in England ist nach der dort bestehenden Fabrikgesetzgebung leider ein recht weites Spielraum gelassen. Dürfen doch Knaben von über zwölf Jahren in Erdbergwerken bis zu 64 Stunden pro Woche beschäftigt werden und in Fabriken und Werkstätten dürfen die „Half-Timers“ (Halbzeitler), so genannt, weil sie entweder nur am Vormittag oder am Nachmittag beschäftigt werden dürfen, sogar schon von elf Jahren an beschäftigt werden. Für verschiedene Gewerbe (z. B. die Weberei) sind noch Ausnahmegestimmungen getroffen. Die sozialistischen Gruppen, vor allem die „Sozialdemokratische Föderation“, einige Gewerkschaften und die organisierten Schullehrer, kämpfen schon lange gegen das Halbzeiter-System. In nächster Zeit wird, wie die „Justice“ mittheilt, in Manchester das „Half Time Komitee“ zusammenzutreten, um über das fernere Vorgehen zu beraten; demselben gehören auch eine Anzahl Fabrikanten an. Es soll dahin gearbeitet werden, eine sofortige Herabsetzung des Alters auf 12 Jahre und in drei Jahren auf 13 Jahre für die Zulassung von Half-Timers zu erreichen. Der Chef-Fabrikinspektor spricht sich in seinem letzten Bericht in entscheidender Weise gegen die Kinderarbeit aus.

Von den 120 000 „Half-Timers“, die in England und Wales jetzt beschäftigt werden, stehen etwa 65 000 außerhalb der Fabrikgesetze, der Rest unter der Fabrikinspektion. Der größte Theil beider Kategorien wird in der Textilindustrie von Lancashire beschäftigt. Im Jahre 1898 betrug die Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder noch 173 000; bis dahin war es sogar gestiegen, Kinder schon vom 10. Lebensjahre an als „Half-Timer“ zu beschäftigen.

Ein anderes Arbeiterblatt, der „Labour Leader“ erinnert daran, daß auf der internationalen Arbeiterschutz-Konferenz zu Berlin festgelegt wurde, daß Kinder unter zwölf Jahren zur Arbeit in den Fabriken nicht zugelassen seien; nur für die südlichen Länder wurde eine Ausnahme gemacht und das Alter auf zehn Jahre festgesetzt. Das genannte Blatt sagt, es sei eine Schande für England, allen andern europäischen Staaten in dieser Beziehung nachzuhinken.

Geriichts-Zeitung.

Eine neue Niederlage des Amtsvorstehers von Oppen. Die Parteigenossen Engel und Lindenhahn aus Grünau waren von dem bekannten Sozialistenführer in eine Geldstrafe von 10 und 15 M. genommen worden, weil sie am 28. Mai d. J. eine nicht rechtzeitig angemeldete Versammlung abgehalten haben sollten. Sie erhoben Widerspruch; das Schöffengericht in Köpenick bestätigte aber die Strafe. In der Berufungsverhandlung vor der IV. Strafkammer am Landgericht II. bekundeten die Entlassungszeugen, daß an dem in betracht kommenden Tage nichts, was einer strafbaren Versammlung ähnlich sehen konnte, bei Herrn Lindenhahn stattgefunden habe. Die Anklage des Gemeindeführers Hamemann, der die Straftat entdeckt haben sollte, lautete durchaus widerspruchsvoll. Die Strafkammer hob darauf das Urteil des Schöffengerichts auf und sprach beide Angeklagte frei. Dem Antrag, auch die persönlichen Kosten der Angeklagten der Staatskasse zu überweisen, wurde leider nicht stattgegeben.

Unter der Anklage der vorsätzlichen Brandstiftung stand gestern der 21jährige Zigarrenhändler Billy Hartwig vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Der Angeklagte hat am 1. Juli d. J. im Hause Dalldorferstr. 30 ein kleines Zigarrengeschäft eröffnet. Am Abend des 16. Oktober, einem Sonntage, brach gegen 8 1/2 Uhr in seinem Laden Feuer aus, welches die sämtlichen Vorräthe zerstörte. Von der Ladeneinrichtung konnten nur noch halb verrostete Lieber-Nichsel den Geschworenen gezeigt werden. Eine Menge Anzeigen sprechen dafür, daß der Angeklagte das Feuer in gewinnstüchtiger Absicht angelegt hat. Er hatte seine Ladeneinrichtung mit 500 und die Waarenvorräthe mit 1000 M. verschätzt. Die Police trat er stets bei sich. Er will seinen Laden vorschriftsmäßig um 8 Uhr nachmittags an dem betreffenden Tage verschlossen und sich auf dem Fahrrad nach der Abendlebenserfrische zu seiner Braut begeben haben. Er hat mit derselben ein Vergnügen befaßt, welches bis 8 Uhr nachts gedauert hat, dann ist er nach Hause gefahren. Vor seiner Thür stand ein Schürmann, der ihm mittheilte, daß sein Laden ausgebrannt sei. Der Angeklagte geberdete sich darauf wie unzufrieden, machte aber dabei den Eindruck, als ob er heulend. Die Feuerwehr hatte Mühe gehabt, den Brand auf den Laden zu beschränken. Es wurde angenommen, daß der Brandstifter an zwei Stellen Kampen unter die Regale gestellt hatte, welche nach und nach das Holzwerk entzündeten. Am Vormittage des betreffenden Tages hatte der Angeklagte den Besuch von seiner Braut gehabt. Sie hatte in seinem Auftrag 2 Liter Petroleum holen müssen. Wie sie angiebt, hat sie die gefüllte Kanne an den gewöhnlichen Ort in der Küche gestellt. Hier wurde sie auch nach dem Brande gefunden, aber leer. Die gesammelten Waarenmittel führte der Angeklagte bei sich. Sein Vorrath beschränkte sich auf 6—7000 Zigarren, die auch nicht annähernd den verdichteten Werth hatten. Das Geschäft soll stets sehr schlecht gegangen sein.

Trotz aller dieser belastenden Umstände legte der Angeklagte sich auf's Euzugne, er gab dem Verdachte Ausdruck, daß irgend ein ihm feindselig gesinnter Hausbewohner sich mittels nachschlüsslicher Zutritt zu seinem Laden verschafft und das Feuer angelegt habe. Der Vorsitzende, Landgerichtsrath Wundel, wies den Angeklagten darauf hin, daß für seine Annahme auch nicht der geringste Anhaltspunkt vorliege.

Während der Staatsanwalt ausführte, daß an der Schuld des Angeklagten kein Zweifel sein könne, suchte der Verteidiger, Rechtsanwalt Leonhard Friedmann, nachzuweisen, daß die vorliegenden Verdachtsumstände zu einem Schuldspruch nicht ausreichten. Die Möglichkeit, daß ein Eindrehen seine Spuren durch die Brandstiftung habe verdecken wollen, sei immerhin nicht ausgeschlossen, zumal der Brand viel früher hätte auskommen müssen, wenn der Angeklagte schon um 8 Uhr das Petroleum ausgegossen hätte. Da die Geschworenen sämtliche Schuldfragen verneinten, mußte der Angeklagte freigesprochen werden.

Der seit dem 11. März in Untersuchungshaft sitzende Kaufmann und Konjul Leopold Auerbach sowie der gleichzeitig mit ihm verhaftete Kaufmann Weinert von der vor Jahresfrist in Konkurs gerathenen Tuch-Engros-Firma Weinert u. Sohn sind gestern aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Nachdem im Oktober d. J. Weinert wegen Betruges zu neun Monaten, Auerbach wegen verachteten Betruges in einem Falle zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden ist, scheint der noch nicht erledigte

Rest der gegen sie erhobenen Beschuldigungen nicht mehr so schwerwiegend zu sein, um eine Fortdauer der Haft zu rechtfertigen.

Das vor einigen Tagen unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftete Ehepaar Wölfe aus der Waldstr. 87 leugnet beharrlich jede Schuld, obwohl die Verdachtsmomente recht schwerwiegend sind. Das Feuer war in dem auf den Namen der Frau geschriebenen Kolonialgeschäft ausgebrochen. Die Vermuthung, daß es sich um Brandstiftung handelt, gründet sich auf die Thatsache, daß mehrere Petroleumlampen, die in verdächtiger Weise durch Schüre mit einander verbunden waren, auf der Feuerstätte angezündet worden waren; daß ein Bett auffallend mit Petroleum roch und daß Geschäftsentwürfe und Mobilien überverfälscht waren. Die beschuldigten Eheleute haben dem Rechtsanwalt Dr. Schwindt ihre Vertheidigung übertragen und hoffen, ihre Unschuld beweisen zu können.

Verurtheilung zweier Berliner Falschmünzer. Der frühere Bildhauer und Kupferstecher Reh aus Berlin hatte sich gestern mit seiner Mutter wegen Falschmünzerei und Veräußerung der Falschstücke in Kachen vor dem dortigen Schwurgericht zu verantworten. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß Reh zu vier und seine Mutter zu zwei Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde.

Kein Trödel. Der Goldarbeiter Fischer sollte sich gegen die Gewerbeordnung und gegen die Berliner Polizeiverordnung vom 18. März 1895 dadurch verhalten haben, daß er alte Goldwaaren angekauft und wieder verkauft hatte, ohne im Besitze eines Trödelbuches zu sein. Schöffengericht und Landgericht sprachen den Beschuldigten jedoch frei, nachdem sie festgestellt hatten, daß Fischer nur einmal ganz gelegentlich und nicht gewerbsmäßig mit alten Goldwaaren gehandelt hatte. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Das Kammergericht verworfen indessen das Rechtsmittel als unbegründet und führte aus, das Landgericht habe ohne Rechtsirrtum angenommen, daß F. ein Trödelbuch nur dann hätte führen brauchen, wenn er gewerbsmäßig den Handel mit alten Goldwaaren betrieben hätte. Auch sei mit Recht in dem einmaligen An- und Verkauf alter Gegenstände ein gewerbsmäßiger Handel mit solchen nicht gesehen worden.

Versammlungen.

Ueber die in der Thronrede dem Reichstag angekündigten Gesezsvorlagen sprach am Mittwoch Reichstags-Abgeordneter A. Kuer in einer gut besuchten Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den zweiten Wahlkreis. In seiner Einleitung legte der Redner dar, daß die Sozialdemokratie ohne alle Ueberhebung, aber auch ohne zu große Bescheidenheit sagen könne, die letzten Reichstagswahlen seien für sie im allgemeinen günstig ausgefallen. Wer mehr erhoffte, habe keine Ursache, einzelnen die Nichterfüllung seiner Hoffnungen als Schuld vorzuwerfen. Auf die Ankündigungen der Thronrede eingehend, berührte Redner zunächst die Novelle zum Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgeze. Das Geze habe niemand befriedigt und insbesondere den Arbeitermassen nicht die Einsicht verschafft, daß der Staat in fremdlicher Weise für sie Sorge. Schuld daran seien die bekannten groben Mängel, nicht die Idee des Gesetzes, denn so lange die heutige Eigentumsordnung herrsche, müsse den Arbeitern der Gedanke sympathisch sein, daß bei Invalidität und im Alter ihnen eine geschickte gewährleistete Rente zustehe. Was bisher über die neue Novelle verlautete, sei nicht derart, daß man auf einschneidende Änderungen zu Gunsten der Arbeiter, etwa mit bezug auf die hohe Altersgrenze, die Höhe der Rente und dergleichen mehr, rechnen könnte.

Dann solle gewissen Uebelständen in dem kaufmännischen Gewerbe und in der Konfektion durch die Gesezgebung abgeholfen werden. Seien nun auch die geplanten Vorschriften nicht bekannt, so brandsche man sich nach den bisherigen Erfahrungen demnach von vornherein keinen ausschweifenden Hoffnungen hinzugeben. An einer anderen Stelle spreche die Thronrede vom Terrorismus gegen Arbeitswillige, der gemeinschädlich geworden sei, und davon, daß die persönliche Freiheit und Selbstbestimmung der Arbeitswilligen nachdrücklich geschützt werden müsse. Von seltenen Fällen abgesehen, wisse die Arbeiterschaft, die es doch wissen möchte, gar nichts von einem derartigen Terrorismus. Das Gezelei darüber sei eine Erfindung der Reuzzeit, die recht vorsichtig aufzunehmen sei. Es habe Regelmäßigkeit mit dem Sturm, der losbrach, als zwischen 1874 und 1877 die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs beantragt wurde. Damals habe man prophezeit, daß im Falle der Ablehnung die Industrie dem Ruin verfallen würde. Nun, die strafrechtliche Sühne für Kontraktbruch sei abgelehnt worden, niemand denke mehr daran, sie für die Industrie einzuführen zu wollen, und doch hätten wir einen industriellen Aufschwung erlebt, von dem Minister behaupten, nie zuvor sei ein gleicher dagewesen. Dasselbe Geheul und Gejohle wie damals broche trotzdem wieder los. Das Koalitionsrecht solle unangefast bleiben. Und das sage man zu einer Zeit, wo die Dinge so lägen, daß ein Prof. Schmöller ausruhen könne: Die Arbeiter haben das Koalitionsrecht, wenn sie sich aber seiner bedienen, setzen sie sich der Bestrafung aus. Selbst Blätter, die sonst nicht Herrn v. Stumm Heerfolge leisteten, hätten eine ganz falsche und verkehrte Auffassung von der Koalitionsfreiheit und vom Terrorismus gegen Arbeitswillige. „Völkische Zeitung“ und „Märkische Volksstimme“ erklärten es für Terrorismus, daß angeblich Maurer in Charlottenburg ihrem Arbeitgeber die Niederlegung der Arbeit anfügten, weil sie nicht mit unorganisierten Kollegen zusammen arbeiten wollten. In England würde kein Mensch hierin Terrorismus finden, es gehöre eben zum Rechte der Koalition. Dies Recht bliebe ein Ding ohne Inhalt, wenn die Arbeiter nicht versuchen dürften, auf diese Weise ihre Organisation zu stärken und auf ihre Kollegen in der gebrauchlichen Umgangssprache friedlich einzuwirken. Sollte das nicht gestattet sein, dann wäre es schon besser, daß ein Strich durch den ganzen § 182 gemacht würde. Die Arbeiter wüßten dann wenigstens, woran sie seien. Nicht der Schuß Arbeitswilliger, sondern eine harte Bestrafung der jeweilig Streikenden sei von der Vorlage der Regierung zu erwarten. Die sozialdemokratische Fraktion werde alles thun, die Gefahr abzuwenden. — Nach einigen kritischen Glossen zu der Militärvorlage, dem Kräftigungsvorschlag, der Anti-Anarchisten-Konferenz und dem immer noch nicht eingeführten Verbot des Reichsanwalters, betreffend das Verbindungsverbot politischer Vereine, schloß Redner unter lebhaftem Beifall seinen anderthalbstündigen Vortrag.

Im fortschrittlichen Verein Waldeck wurden Mittwoch Abend die Anstellungsverhältnisse der jüdischen Lehrer und Lehrerinnen eingehend behandelt. Stadtverordneter Justizrath Friedmann hob in seinem Referate hervor, daß man die durch das vielbesprochene Ministerial-Reskript in Sachen der jüdischen Lehrer geschaffene Lage falsch beurtheile, sobald man sie als eine rein kommunale betrachte. Die Vorgänge, die sich zwischen der Stadtverwaltung und der Schulbehörde abgespielt hätten, seien lediglich Zeichen der Wandlung, die auf dem Gebiete der Selbstverwaltung vorginge. Es handle sich hier um einen Eingriff in die Selbstverwaltung, und zwar in ein Gebiet, das das bedeutendste für die freiwillige Entwicklung sei. Umso mehr hätte der Magistrat die Pflicht gehabt, den von oben geführten Stieb energisch zu parieren, zumal er die Einwohnerschaft Berlins hinter sich gehabt hätte. (Lebhafter Beifall.)

In einem kurzen Ueberblick beleuchtete sodann der Vortragende die historischen Vorgänge auf dem Schulgebiete seit dem Jahre 1878 und bemerkte dann zum Schluß: Die ganze Behandlung, die der Magistrat in der Schulfrage hingenommen habe, sei unerhört. Statt offen zu sagen, wir haben keine konfessionelle Schule, statt es auf einen Konflikt ankommen zu lassen, führe Schulrath Vertram die Reskripte aus, um zu beweisen, — daß sie unhaltbar seien. Durch die Rücksichtigkeit habe der Magistrat die Sache nur verschleudert. Man hätte es sollen auf einen Konflikt ankommen lassen, um dadurch für alle Zukunft festzulegen, daß man nur der Gewalt weiche (Lebhafter Beifall.) Nach einer sehr scharfen Debatte, in der die

Galtung des Magistrats verschiedentlich in den schärfsten Ausdrücken geäußert wurde, gelangte folgender Beschlus Antrag zur einstimmigen Annahme:

Die Versammlung protestirt auf das entschiedenste gegen die Maßnahmen der Regierung, die auf die Entfernung der jüdischen Lehrerinnen aus dem Ordinariat der Gemeindefschulen abzielen. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung diesen der Selbstverwaltung und der Befassung gleichermäßen widersprechenden Maßnahmen den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen werden. Auch erwartet die Versammlung, daß die Vertreter der freisinnigen Volkspartei im Parlament diese Handlungsweise der Regierung zum Anlaß nehmen werden, für Aufrechterhaltung der Befassung und Wahrung der Rechte aller Staatsbürger einzutreten.

Diese Resolution soll den städtischen und parlamentarischen Körperschaften übermitteln werden.

Die Lederarbeiter (Vorsteher) tagten am 10. Dezember im Luisenpark. Paul Jahn hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Bekämpfung“. Hierauf gab Duff den Jahresbericht. Danach haben zwei Versammlungen stattgefunden, sechs Delegirten-Sitzungen, vier Zusammenkünfte der Hausarbeiter des Nordens und drei in Rigdorf. Außerdem 54 Versäntigungen. Durch die Agitation ist es gelungen, einen Theil der Kollegen dem Verbanne zuzuführen, auch sind in einzelnen Werkstätten einige Vorklässe für die Arbeiter erreicht worden. Die dem Bericht sich anschließende Diskussion war sehr reger und kamen hierbei die Wünsche mehrerer Werkstätten sowie das vom Unternehmerverein gegebene Schwarze-Listen-System zur Sprache. Als Vertrauenspersonen wurden Scholz, Brückner und H. Weinschild einstimmig gewählt. Letzterer ermahnt die Anwesenden, so bald wie möglich die Wahlen der Werkstätten-Delegirten vorzunehmen zu wollen und das Ergebnis an seine Adresse, Doppelnerstr. 39, gelangen zu lassen.

Die Textilarbeiter tagten am 13. Dezember im Englischen Garten. Der Reichstags-Abgeordnete Aug. Haubert hielt einen recht interessanten Vortrag über „Die Entwicklung der Textilindustrie in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung“. Er wies nach, daß die technischen Verbesserungen in der Textilindustrie die Arbeiter proletarisirt haben und daß die Arbeiter nur auf dem Wege der Organisation ein menschenwürdiges Dasein erringen können. Nach dem beifällig aufgenommenen lehrreichen Vortrag wurden Kuehne und Kreuze zu Delegirten in das Gewerkschaftsrath gewählt. Der Antrag, der Anstellung eines zweiten Beamten im Gewerkschaftsbureau die Zustimmung zu ertheilen, wurde angenommen. Kogke erstattete den Bericht über die Thätigkeit der Agitationskommission. Die Situation sei etwas besser als früher, doch sei das Arbeiten in den zerstreuten Betrieben der Provinz und bei den entsetzlich niedrigen Löhnen sehr erschwert. In Landeberg bekommen die Arbeiterinnen nur 40 Pf. pro Tag. So ähnlich ist es überall. Darauf wurden Sander, Kogke, Alshner, Raack und Hofmeier in die Agitationskommission und Jucht, Depler und Schein zu Revisoren gewählt.

Der Heilbronner Wahlkrawall.

Wettere Urtheile.

Heilbronn, 15. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Geschworenen blieben trotz aller Einwirkung seitens des Staatsanwalts und auch des Vorsitzenden konsequent, indem sie Landfriedensbruch und Aufruhr prinzipiell verneinten. Zwei Angeklagte mußten freigesprochen werden, einer erhielt wegen groben Unfugs 4 Wochen Haft, zwei Angeklagte wurden wegen Widerstandes zu 2 bzw. 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Strafen wurden theils völlig, zum theil theilweise durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet. Die Haftbefehle sämtlicher Abgeurtheilten wurden aufgehoben.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Aiel, 15. Dezember. Der Dampfer „Adele“, der Rhederei Sartorius Berger, der am 9. Dezember von Holtenua nach Königsberg abgegangen ist, ist allem Anschein nach mit der gesamten Besatzung verloren gegangen. Die Rhederei erhielt jedoch ein Telegramm aus Rügen, daß dort eine Floßpost vom Kapitän angetrieben sei, daß der Untergang nahe bevorstehe. Die Besatzung bestand aus neun Personen, Kapitän Krühfeld. Vor drei Tagen ist erst der Dampfer „Heinrich“ verloren gegangen, der derselben Rhederei gehörte, doch konnte die Besatzung gerettet werden.

Krefeld, 15. Dezember. (W. T. B.) Die heutige Versammlung der Weber verlief sehr stürmisch. Da ein Theil derselben die Wiederaufnahme der Arbeit von weiteren Bedingungen — darunter befindet sich die Forderung der Rehnstunden — abhängig machen, ruht die Arbeit noch, doch ist Hoffnung auf baldige Beilegung des Ausstandes vorhanden.

Bayreuth, 15. Dezember. (W. T. B.) Wegen Vertheilung an den bei Gelegenheit der Reichstagswahl in Helmbrechts vorgelommenen Ruhestörungen wurden vom hiesigen Schwurgericht einer der Angeklagten zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, zwei zu je 1 1/2 Jahren Gefängniß und fünfzehn zu Gefängniß von 1 bis 9 Monaten verurtheilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Wien, 15. Dezember. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Vor Uebergang zur Tagesordnung beantwortet der Justizminister mehrere Interpellationen. (Während der Interpellationsbeantwortung entsteht Lärm.) Wolf und mehrere Abgeordnete der deutschen Volkspartei begeben sich mit Exemplaren der rufen konfiszierten „Osidenischen Rundschau“ zur Ministerbank und rufen den Ministern zu: „Diese Konfiskation ist eine Schufterei!“ (Großer Lärm.) Ministerpräsident Graf Thun erklärt: Nachdem heute die Verlesung von Interpellationsbeantwortungen beeinträchtigt worden sei, bitte er das Präsidium, die Interpellationsbeantwortungen, welche er hier habe, dem stenographischen Protokoll beizufügen. (Lärm links, Beifall rechts.) Die Abg. Groß (deutsche Fortschrittspartei), Hofmann-Bellendorf (deutsche Volkspartei), Zeller (Sozialist) und Dielshawed (christlich-sozial) protestiren gegen dieses Verlangen des Ministerpräsidenten und erklären, der Ministerpräsident sei nicht Mitglied des Hauses und habe daher nicht das Recht, zu verlangen, daß etwas dem stenographischen Protokoll einverleibt werde. Es sei eine Protokollation des Parlaments, welche der Präsident des Hauses zurückerweisen müsse. Der Präsident fußt erklärt, er werde die Interpellationsbeantwortungen des Ministerpräsidenten nicht in das stenographische Protokoll aufnehmen lassen, bevor sie in dem Hause verlesen seien, sondern den Ministerpräsidenten eruchen, im Laufe der Sitzung die bezüglichen Interpellationen zu beantworten. Das Haus seht sodann die Debatte über das Deuenergeze fort.

Paris, 15. Dezember. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Zur Beratung steht die Anleihe von 300 Mill. Francs zum Bau von Eisenbahnen in Indo-China. Die Anleihe wird von der Regierung von Indo-China garantiert. Die Vorlage ist als dringlich erklärt. Der Deputirte Blison (Rechte) bekämpft die Vorlage, weil die projektirten Arbeiten kein Interesse für Frankreich hätten. (Cosignatur unterbricht den Redner: „Wir wollen unser Geld zur Herstellung von Kanonen und zum Bau von Schiffen behalten.“) Der Gouverneur von Indo-China Doumer erklärt, Indo-China verlange von Frankreich kein Opfer, es verlange lediglich, eine Anleihe von 300 Millionen mit seinen eigenen Hülfsmitteln aufzunehmen. Der erste Artikel, der die Ermächtigung zur Aufnahme der Anleihe ertheilt, wird angenommen.

Bologna, 15. Dezbr. (W. T. B.) Die Strafkammer verurtheilt den früheren Banddirektor Savilla wegen Betruges zu 2 1/2 Jahre Zuchthaus.

Konstantinopel, 15. Dezember. (W. T. B.) Wie verlautet, hat England der Pforte notifizirt, daß es die zur Zeit okkupirten Punkte Areta's für unbestimmte Zeit besetzt halte.

Reichstag.

6. Sitzung, Donnerstag, 15. Dezember 1898, 1 Uhr. Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky, v. Sälow, Schr. v. Thielmann, v. Söller u. a. Zunächst wird auf Antrag des Abgeordneten Egger und Genossen (Soz.) das schwebende Strafverfahren gegen die folgenden Abgeordneten für die Dauer der Session eingestellt: Stadt- hagen, Thiele, Wollenbuhr, Schmidt-Frankfurt, Dueb und Schmidt-Wischerleben (alle Sozialdemokraten).

Die Denkschrift über die Ausführung der seit 1875 erlassenen Antikriegsgesetze wird durch Beantwortung für erledigt erklärt. Die Uebersichten über die Ausgaben und Einnahmen für die Jahre 1896/97 und 1897/98 werden der Rechnungs- Kommission überwiesen; ebenso die über die Einnahmen und Ausgaben der Schauplätze für diese Jahre und die Rechnung der Kasse der Ober-Rechnungskammer für 1896/97.

Beim Bericht der Reichsschulden-Kommission sagt Abg. Gamp (Soz.) an, die disponiblen Mittel des Reichs nicht bei Privat-Bankhäusern wie Parisbanc und andere anzulegen. Die Anlage dort sei zwar sicher, es empfehle sich aber doch, die Reichs- mittel nur bei staatlichen Instituten, wenn auch zu sehr mäßigem Zinsfuß anzulegen.

Unterstaatssekretär Aschenborn erwidert, daß nur der Reichs- Invalidenfonds, auf den die Reichs-Finanzverwaltung seinen direkten Einfluß habe, zum Theil bei Privatbankhäusern angelegt sei. Ueber die Anlegung der Fonds liege eine Instruktion des Reichszanlers vor, die für die Verwaltungen der einzelnen Fonds maßgebend sei. Der Bericht der Reichsschulden-Kommission wird hierauf für erledigt erklärt.

Hierauf wird die erste Beratung des Etats fortgesetzt. Abg. Bebel (Soz.): Ich möchte meinem Vortrag eine kurze Bemerkung vorausschicken: Ich werde auf den Etat, soweit er mit der neuen Militärvorlage zusammenhängt, nicht eingehen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ich die Absicht habe, bei Gelegenheit der ersten Lesung der neuen Militärvorlage namens meiner Fraktion über dieselbe zu sprechen. Ich will nur dem Herrn Abgeordneten Richter gegenüber bemerken, daß wir unfererseits über die neue Militärvorlage nicht überreicht waren. Wir haben bisher es niemals erlebt, daß eine Gelegenheit, wie sie die Neu-Ordnung der militärischen Verhältnisse bedeutet, vorübergegangen wäre, ohne daß die Reichsregierung die Gelegenheit benutzt hätte, in ausgiebigster Weise neue Mehrforderungen und Lasten vom Volke zu verlangen, die auch der Reichstag stets bewilligt hat.

Aus dem gleichen Grunde, aus dem ich nicht näher auf die Militärvorlage eingehe, will ich auch nicht die Bemerkungen des näheren einer Kritik unterziehen, die gestern der Herr Abg. Richter gegen meine Partei in Bezug auf unseren Standpunkt betreffs des Militärsystems angeführt hat. Den Inhalt der zitierten Schrift kenne ich sehr gut, will aber jetzt schon konstatieren, daß ich aus derselben etwas ganz anderes herausgelesen habe, wie es bei dem Herrn Abg. Richter der Fall war.

Da nun aber auch weiter die Frage der auswärtigen Politik und der ganzen europäischen Lage nach meiner Meinung im innigen Zusammenhang mit der neuen Militärvorlage steht, so werde ich auch dieses Gebiet in meinem heutigen Vortrag nicht näher berühren.

Nur zwei Bemerkungen: Herr v. Sälow hat mitgeteilt, daß Deutschland sich veranlaßt gesehen habe, von der Antheilnahme in der kretischen Frage zurückzutreten, weil die Dinge dort einen Gang nehmen, die der deutschen Politik nicht begehren. Meine Herren, ich möchte hier konstatieren, daß die gesamten europäischen Großmächte in der Kretisfrage sich eine große Blamage zugezogen haben. Sie haben es nicht vermocht, das greulichste Blutvergießen und den Krieg zwischen Griechenland und der Türkei zu verhindern, während der in diesem Kriege unterlegene Theil doch schließlich das bekommen hat, was er bisher in der Hauptsache erstrebt hatte und dessenwegen gerade der Krieg entbrannte. Dasselbe Resultat hätte bei richtigem politischen Vorgehen der Mächte also von vorn herein ohne Blutvergießen, ohne Kanonenschuß erreicht werden können.

Dagegen hat es mich gefreut, aus den Erklärungen des Herrn Staatssekretärs zu hören, daß unser Verhältnis zu Eng- land sich wesentlich gebessert hat. Wir Sozialdemokraten haben von vornherein betont, daß es gar keinen größeren Fehler für die deutsche Politik geben konnte, als jenen Haß gegen England zu sähen, wie dies in den letzten Jahren in der Presse fast aller bürgerlichen Parteien der Fall war. Ich erinnere an meinen Standpunkt vor zwei Jahren der bekannten Depesche an den Präsi- denten Krüger gegenüber, jener Depesche, die jetzt aus demselben Munde, der sie damals veranlaßte, als die unglückselige Depesche bezeichnet worden sein soll. Heute steht also die deutsche Politik genau auf unserem damaligen Standpunkt.

Zu den Ausführungen des Herrn Schatzsekretärs zum Etat werde ich mich sehr kurz fassen. Den Herrn Schatz- sekretär hat es mit großer Genehmigung erfüllt, daß die wirtschaftlichen Einnahmen des Reiches für 1898 sich auf 904 Millionen belaufen. Aber die Gegenrechnung hat er nicht aufgemacht. Den wirtschaftlichen Einnahmen stehen 907 000 000 M. Ausgaben gegenüber, die ausschließlich für Militär und Marine ausgegeben werden, das heißt, die gesamten wirtschaftlichen Einnahmen des Reiches werden um mehr als 3/4 Millionen Mark von diesen Ausgaben übertroffen. Das sehen wir denn doch vor der Frage, ob unsere Zukunft so rosig ausfallen wird, wie der Herr Schatzsekretär meint. Wirtschaftliche Vorgänge lassen sich ja schwer voraussagen, aber bereits im vorigen Jahre hat Herr Dr. Hammarq. davon gewarnt, allzu illusionistisch der Zukunft entgegenzusehen. Wenn nicht im nächsten, so wird die Depression sicher im übernächsten Jahre kommen und mit ihr ein bedeutender Ausfall an Einnahmen. Dagegen haben wir sichere Mehrausgaben für die nächsten Jahre zu erwarten. Für die neue Militärvorlage sind bis zum Jahre 1902 noch 21 Millionen Mark auszu- geben, die Flottenvorlage bringt an regelmäßigen jährlichen Aus- gaben mindestens 5 bis 6 Millionen Mark mehr, der Pensionsfonds steigt von Jahr zu Jahr, bei ihm haben wir bis zum Jahre 1903 eine Mehrausgabe von 12—15 Millionen Mark in Rechnung zu stellen. Der Kolonialetat ist in den letzten Jahren kolossal gestiegen und er wird weiterwachsen. Dazu kommen die Mehrausgaben für Kiautschou. Sachverständige haben bereits vor Jahr und Tag die notwendigen Ausgaben, die Deutschland in die Hafenumschreibungen von Kiautschou hineinzusetzen hat, auf mindestens 13 Millionen Mark geschätzt. Ebenso steigen alljährlich die Beiträge des Reiches zur Alters- und Invaliditätsversicherung. Angesichts dieser Mehrausgaben müssen Sie sich fragen: kann man denn in der That glauben, in den nächsten Jahren ohne Erhöhung der Steuern, selbst wenn die gegenwärtige wirtschaftliche Lage bestehen bleibt, ankommen zu können?

Aber noch weitere Pläne stehen im Hintergrunde, die mit erheblichen Mehrausgaben verbunden sind. Mit den sogenannten kirchlichen Flottenplänen ist es nicht abgethan. Die „Kreuz-Zeitung“ macht bereits für eigene Kohlenstationen Propaganda und, wie es heißt, hat man an einer sehr einflußreichen Stelle bereits Andeutungen fallen lassen. Schon jetzt mit einem neuen der- artigen Plan an den Reichstag heranzugehen, die betreffende ver- antwortliche Stelle aber habe sich entschieden geweigert, nach allen Erklärungen, die man im vorigen Jahre dem Reichstage gegeben hat, jetzt mit einem solchen Plan vor ihn zu treten. (Hört! Hört!) bei den Sozialdemokraten.) Daß aber ein solcher Plan kommen wird, steht für mich felsenfest. Herr v. Nordoff hat gestern etwas Rechnliches angedeutet und auch die „Kölnische Zeitung“, ein Organ, das lange Ohren hat nach Berlin, hat darauf hingewiesen, daß bei der

gegenwärtigen Gestaltung der Weltverhältnisse, bei der Nothwendigkeit, fortgesetzt eine größere Anzahl von Kreuzern in allen Weltmeeren stationiert zu haben, Deutschland eine Anzahl Kohlenstationen in verschiedenen Theilen der Welt zu erwerben suchen müsse. Es hat mich gefreut, daß der Staatssekretär von Sälow uns darüber beruhigt hat, daß uns die bekannte Wallfahrtsreise nach Jerusalem wenigstens vorläufig nicht im Mittelmeere eine Kohlenstation bringen werde. Jedenfalls steht ein neuer Flottenplan am Horizont und die Herren, die die erste Flottenvorlage bewilligt haben, müssen auch die zweite bewilligen.

Genau so ging ja auch mit den Militärbewilligungen. In den Jahren 1879/80—1888 haben wir für das Reichsheer an fortdauernden Ausgaben 3412 Millionen bezahlt und an einmaligen Ausgaben 896 Millionen, in Summa 4308 Millionen. In den folgenden 10 Jahren aber unter dem neuen Herrn sind die Aus- gaben für die gleichen Zwecke auf 5976 Millionen gestiegen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Wir haben also in den 10 Jahren eine Mehrausgabe von 1668 Millionen für Militär und Marine, durchschnittlich jährlich 169 Millionen mehr! (Hört! hört! b. d. Soz.) Wenn der Reichstag in den nächsten zehn Jahren so bewilligungslustig bleibt, dann müssen wir uns auf weitere gewaltige Mehrausgaben gefaßt machen. Dabei war bis 1893 das Zentrum in Militär- und Marinefragen oppositionell, während es heute genau so militär- und marinesomm geworden ist, wie die Nationalliberalen. Nur ein Unterschied ist da: die Nationalliberalen suchten bei der ersten Lesung wenigstens den Schein zu erwecken, als ob sie sich in der Opposition befänden; aber die Herren vom Zentrum fallen jetzt gleich bei der ersten Lesung der Regierung in die Arme. (Weiterleit.) Herr Freytag will bei der neuen Militärvorlage erst die besonderen, für die Oeffentlichkeit nicht geeigneten Mittheilungen der Re- gierung in der Kommission abwarten. Ich protestire schon gegenwärtig gegen diese, als eine Art von zur Gewohnheit einreichender Methode, daß man unter dem Vorwand, man habe uns ganz besonders wichtige Staats- geheimnisse mitgetheilt, denjenigen Leuten, die gern bewilligen möchten, es aber vor ihren Wählern nicht zu thun wagen, die Ausrufe geben kann: Ja, wir haben in der Kommission so wichtige, so bedenkliche Nachrichten erhalten, daß unsere Opposition wie Butter in der Sonne dahin schmelzen mußte. Wir haben dieses Spiel schon bei der Flottenvorlage kennen gelernt, und werden es uns diesmal nicht gefallen lassen. In der jetzigen Militärvorlage sind im Prinzip alle neuen Militärvorlagen enthalten, die künftig dem Reichs- gemaht werden. Herr von Nordoff hat bestritten, daß die Schulden- last des Deutschen Reiches sehr hoch wäre, und hat auf Frankreich verwiesen. Dieser Vergleich hinkt außerordentlich. Deutschland ist ein junges, Frankreich ein altes Staatswesen, das an 5000 Millionen französische Kriegskosten zu zahlen hatte. Wir haben keine Krise, uns in die Brust zu werfen. Das besiegte Frankreich hatte außer der Kriegsentwädigung auch noch die Schäden im eigenen Lande zu reparieren. Das deutsche Bürgerthum ist, wie Herr Postemann mit Recht hervorhebt, zu seinem Widerstand gegen Militärvorlagen zu haben; die Opposition dagegen, soweit sie das Bürgerthum repräsentirt, ist bis auf einen kleinen Rest ver- schwunden.

In der Kolonialpolitik stehen die steigenden Ausgaben in einem starken Mißverhältnis zu dem, was die Kolonien leisten und einbringen. Wir haben für die Kolonien im nächsten Etats- jahre eine Summe von 19 1/2 Millionen Mark. Diesen Ver- waltungskosten steht ein Reichseinkauf von rund 15 1/2 Millionen gegenüber. Rechnen wir nun noch, was die Stationierung der Schiffe, der Depeeschverkehr mit den Kolonien kostet, so können wir die Ausgaben auf mindestens 16 1/2 Millionen besetzen, die Gesamtausgaben der Kolonien in das Jolgebiet beträgt aber im Jahre 1898 nur 4743 000 M., die Einfuhr nach den Kolonien 9502 000 M., die Einfuhr in die Kolonien aber hätte diese Höhe gar nicht erreicht, wenn wir nicht unseren eigenen Verbrauch für die Beamten der Schauplätze am Eingang zu verpöhlen hätten. Das Reich giebt also 1 1/2 Millionen mehr aus, als die gesamte Ein- und Ausfuhr der Kolonien mit Deutschland im Jahre 1897 be- tragen hat. Kann der deutsche Reichstag es auf die Dauer verant- worten, daß er solche Summen fortsetzt und in steigendem Maße für Zwecke ausgiebt, denen sich für absehbare Zeit auch nicht das geringste Äquivalent entgegenstellen läßt? Auch die großen Hoffnungen auf Westafrika sind nicht in Erfüllung gegangen.

Ich verstehe eine Politik nicht, die auf der einen Seite mit immensen Opfern künstlich und treibhausmäßig ohne ent- sprechende Erfolge Handel und Verkehr in den Kolonien zu heben sucht, und auf der anderen Seite gesicherte Abfahrverhält- nisse für den deutschen Handel durch die Behand- lung der Angehörigen fremder Staaten in Frage stellt. Was bedeutet denn der ganze Handel nach den Kolonien allein dem Verkehr mit dem kleinen Danemark gegenüber? Dorthin haben wir eine Ausfuhr von rund 100 Millionen, eine Einfuhr von 65 Millionen. Was hat sich die preussische Regierung darum zu kümmern, ob die Angehörigen eines nichtdeutschen Staates, die sich in Deutschland aufhalten, ihrer Militärpflicht genügt haben oder nicht? Das geht uns gar nichts an. Aber den Holländern in Deutschland wird gesagt, daß ihr ewer Militärpflicht in Holland genügt hat, sonst müßt ihr entweder als preussische Staatsangehörige der preussischen Militärpflicht genügen, oder ihr werdet herausgeschmissen. Was ist denn das für eine Politik? Die Aufregung über diese Ausweisungen hat sich über den ganzen Norden Europas erstreckt, Versammlungen von Deutschen im Auslande protestiren dagegen, daß die Deutschen im Auslande fürchten müssen, daß sie die Repressalien in erster Linie treffen werden. Da wird, weil ein Deutscher angeblich unrecht- mäßig in Haiti im Gefängnis sitzen soll, ein Kriegsschiff hinaus- geschickt, da werden impertinente Noten geschickt, da wird der Haiti-Republik eingeschrieben, daß die Haitianer glauben, ihre Stadt werde morgen niedergebrannt, und hier werden mit kaltem Blute, ohne daß man sich die geringste Rechnung macht, Tausende und Abertausende deutscher Gesandten in der Fremde geschädigt, weil die Ausweisungen den Argwohn über die Behandlung der Fremden in Deutschland wecken. Wenn wir das, was wir Haiti gethan haben, auch hier thun wollten, dann müßten wir ein paar Armeekorps nach Danemark schicken, um die dänische Bevölkerung zur Nation zu bringen. Nach den Niederlanden beträgt unsere Ein- fuhr 100, die Ausfuhr 162 Millionen und da beobachtet Deutschland eine Politik, welche Holland reizen muß! Genau so ist es mit Schweden, Norwegen und der Schweiz.

Und wie geht es mit den Ausweisungen? Die Handlungs- weise des Herrn v. Köller, unschuldige Dienst- boten auszuweisen, ist geradezu barbarisch, aber sie ist in ihrer Brutalität fürchterlich einleuchtend. Die Leute muß ich quälen und mißhandeln, weil der Wirth, der Unternehmer, der Bauer eine Gesinnung hat, die mir, dem Ober- präsidenten Köller, nicht behagt.

Wir wissen ja vom Sozialistengesetz, wie es bei den Aus- weisungen zugeht. Eine böswillige Demütigung, der Haß eines niedrigen Vorgesetzten genügt, um die Ausweisung zu veranlassen. Wir haben nach dieser Richtung in Deutschland noch so manches andere erlebt. Es ist weiter nichts Neues, daß Reichsdeutsche von einem Bundes- staat in den andern wie Verbrecher abgeschoben werden. Noch heute besteht in Sachsen eine Bestimmung, wonach auch ein politisch thätiger Mann, der wegen eines Vergehens die Minimalstrafe von 6 Wochen be- kommen hat, in einen bestimmten Bezirk gebannt werden kann. Unser gegenwärtiger Kollege Rosenow hat zwei Jahre lang das Gebiet von Chemnitz nicht verlassen dürfen, weil er aus dem um- liegenden Bezirk ausgewiesen war. (Weiterleit links.) Selbst bei den Herren Nationalliberalen erweckt dies Vorkommniß Kopfschütteln, aber wissen Sie denn nicht, daß vor einigen Wochen der neue

Präsident in Erfurt den Arbeiter Hafert, der Weimarerer ist, aus dem preussischen Staatsgebiet ausgewiesen hat, weil er einige Tage Gefängnis bekommen hatte? Dieser Haß hat unangenehmes Aufsehen gemacht, und die Ausweisung ist bis auf weiteres zurückgenommen worden. Dem sozialdemokratischen Re- dakteur Schulz in Erfurt, der aus Bremen stammt, wird die Aufnahme in den preussischen Staatsverband vom Regierungs- präsidenten verweigert, weil er das und das politische Vergehen be- gangen hat. Dafür ist auch nicht ein Schein von gesetzlichem Recht vorhanden. Wenn ein einfacher Arbeiter etwas thut, dann geht das Gericht regelmäßig von der felsenfesten Ueberzeugung aus, der Mann kennt das Gesetz genau und hat das Vergehen mit Vorbedacht begangen. Wenn aber die Herren Beamten, die Jahre lang Jura studirt haben, um sich für die Verwaltung auszubilden, gegen die Klassen gesetzlichen Vorschriften die allergrößten Verstöße machen, so findet sich kein Staatsanwalt, der solche Herren zur Verantwortung zieht. Ich suchte einmal den Witweidaer Bürgermeister, der sich die offenbarste Gesetzesverletzung zu schulden kommen ließ, fassen zu lassen. Es wurde auch zugegeben, jedoch die Handlungsweise ist ungeschickt, aber der Bürgermeister der Stadt Witweida war sich dieser Un- gefährlichkeit nicht bewußt. (Weiterleit links.)

Und wenn wir dabei lesen, welche schöne Worte auf der Wallfahrtsreise in das Morgenland gefallen sind! In dem Altentheil, das der deutsche Kaiser bei der Einweihung der Grottekirche vorlas, kommt folgender Satz vor: ... daß die Welt erneuernde Kraft des von hier ausgegangenen Evangeliums uns an- treiben soll zu christlicher Duldung und zur Bethätigung selbstloser Nächstenliebe zu allen Menschen“. (Weiterleit links.) Kann es da einen bitteren und größeren Hohn geben, als diese Behandlung der eigenen Reichs-Angehörigen gegen die Gesetze, während hier gesprochen wird von Bruder- und Nächstenliebe an allen Menschen? Was sollen die Leute in der Schweiz, in Holland, in Oesterreich denken, wenn sie diese Phrasen lesen, denn Phrasen sind es. (Sehr richtig! links; Oh und Unruhe rechts; Glode des Präsidenten.)

Präf. Graf Ballesström: Der Abg. Bebel ist nicht in der Lage und handelt gegen die Ordnung des Hauses, wenn er ein feierliches Attestat, das Seine Majestät verlesen hat, als Phrasen bezeichnet. Ich rufe ihn daher zur Ordnung. (Weil recht.)

Abg. Bebel (fortfahrend): Ich überlasse hierüber das Urtheil ruhig der öffentlichen Meinung, sie wird wissen, ob diese Bezeichnung von mir recht war oder nicht. Keine Woche vergeht, wo nicht Klagen eingeweiht werden mit einem Krant, wie man ihn früher niemals gekannt hat. Ueberall wird offiziell das Christenthum im Munde geführt. Ja, meine Herren, angesichts dieses Vorkommnisses muß ich sagen, wir Sozialdemokraten, soweit wir Christen sind, leben mehr nach christlichen Grundfäden, als jene, die sie tagtäglich im Munde führen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte über diesen Widerspruch in Worten und Thaten gern einmal die Aeußerung des Herrn Reichszanlers hören. Leider sehe ich ihn heute nicht auf seinem Platz, auch gestern nicht, weil, wie ich schon habe, er die Nothwendigkeit hat, zur Sanjad zu gehen. (Weiterleit.) Reichstagsgehörungen sind Nebenache, das Bergnügen ist die Hauptache. (Bezwagn.) Auch die vielen, die bisher treue Reichs- schule waren, schütteln die Köpfe, wenn sie dieses beständige Predigen von schönen und herrlichen Grundfäden mit den graulanten, zum Theil unmenslichen Thatfachen vergleichen.

Und man, meine Herren, weiter. Man sollte in der That glauben, wir wären in Deutschland in einem Lande, wo fortwährend die Gefahr vorhanden ist, daß unter unseren Fäden die Revolte und Revolution emporwächst. Unmittelbar nach der Wahl ist in Erfurt ein Kravall ausgebrochen und da der Zufall wollte, daß ich ungefähr 8 Tage zuvor in einer außerordentlich stark besuchten Ver- sammlung dort eine Wahlrede gehalten hatte, so hatte man die Frechheit, mich mit jenem Kravall in Verbindung zu bringen. (Weiterleit bei den Sozialdemokraten.) Hätte ich in jener Versammlung so gesprochen, wie mir das damals von einem Theil der Presse unterstellt wurde, die überwachenden Polizeibeamten hätten mich nicht frei aus dem Saale gehen lassen. Nichts davon ist passiert. Troyden hat der Herr Ober- bürgermeister von Erfurt die Mithüte geholt, in der Stadtverordneten- Versammlung zu erklären, an dem Kravall sei die Sozialdemo- kratie Schuld. In zwei Prozessen ist auch nicht der Schein für diese Behauptung beigebracht, obwohl der Oberbürger- meister Zeuge war. Gerade unsere Partei war mit einer Proklamation an die Einwohnerschaft, Ruhe zu halten, noch früher als der Oberbürgermeister auf dem Platz. Freilich hat man das Plakat des Bürgermeisters zuerst ankleben lassen, um nicht den Anschein zu erwecken, daß die Sozialdemokratie früher für Ruhe und Ordnung eingetreten sei, als das Oberhaupt der Stadt. (Weiter- leit und Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Troyden hat Herr v. d. Hede am 28. Juni dieses Jahres mit Hinweisung auf jenen Erfurter Kravall der Polizei die Weisung ge- geben, wie sie künftig zu verfahren habe. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie soll nicht über die Köpfe der Masse hinwegsehen. Kann man barbarischer handeln wie hier? Schredschüße sind eine alte, gute Gewohnheit, hier aber wird das Gegenstück vorgeföhrien. Immer in den Haufen hinein, mögen da so viele fallen, wie wollen! Das Gesetz schreibt bei solchen Gelegenheiten die Verlesung des Aufruhrparagrapheu vor, aber hat denn die Menge eine Ahnung von dem, was ein Mann im Tumult mit schwacher Stimme liest? Die Hinteren hören es sicher nicht und die Vorderen können nicht zurück. So kommen in 99 Fällen von 100 die Unschuldigen am übelsten davon. Herr v. d. Hede schreibt weiter vor, daß gleich mit der scharfen Klinge dreingehalten werden soll. In der That eine sehr menschliche, sehr humane, sehr christliche Ordre, die der Minister des allerchristlichsten Königs, des Königs von Preußen hier an die Polizei erläßt. Vor vier Jahren hat die Berliner Polizei beim Ausgang einer Versammlung die Menge in brutalster Weise attackirt und provoziert. Mit Gummischläuchen wurde unter die Menge gehauen; jetzt begnügt man sich auch damit nicht, jetzt soll gleich scharf dreingehalten werden, es muß Blut fließen, denn Blut ist ein ganz besonderer Saft. So wird die Ordnung aufrecht erhalten in einem christlichen Staate. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und als Ergänzung gewissermaßen zu diesem Erlaß ist ein anderer Erlaß in die Oeffentlichkeit gedrungen, aber die Verwendung von Militär bei Unruhen, der von der Militär- behörde ausgeht und den die „Frankfurter Zeitung“ ver- öffentlicht hat.

Wann erläßt man solche Erlasse nur immer geheim, die Oeffentlichkeit erfährt ja doch davon. Diese Erlasse führen fast zu dem Glauben, als befänden wir uns, ohne es zu ahnen, im großen Belagerungszustand. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Deutschland liegt doch aber, das wird unser ärgster Feind nicht be- haupten wollen, nicht das geringste Anzeichen vor, daß die Sozial- demokratie zu Putzsch, zu Revolten oder gar zu Revolutionen ge- neigt wäre. Das stärkste aber ist der letzte Erlaß, der in die Oeffentlich- keit gedrungen ist, und der von dem Vorgänger des Herrn von Söller und dem General Dahne unter- zeichnet ist. Danach sollen im Falle des Ausbruchs von Unruhen, die einer revolutionären Charakter annehmen drohen, ohne weiteres die als sozialistische Führer bekannten Persönlichkeiten fest-

genommen werden. (Lachen und Jurahe bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts.) Meine Parteigenossen rufen, das gleiche offenbar zu unserer eigenen Sicherheit. (Weiterkeit.) Es scheint bald so, denn der Erlaß ist unterzeichnet: Wronart v. Scheffendorff, Kriegsminister. — v. Hahnke, Chef des Militärkabinetts. (Mh!) und Heisterkeit bei den Soz.) Die letzte Unterzeichnung zeigt, woher der Wind weht. Es scheint bald, diese Leute können keine Nacht mehr ruhig schlafen aus Angst vor der Sozialdemokratie (Sehr richtig! bei den Soz.); glaubt die Polizei etwa, daß neben unserer öffentlichen Tätigkeit noch eine geheime bestände? (Sehr gut! bei den Soz.) daß wir eine große Verschwörungsgesellschaft bilden, um eine Revolution vorzubereiten? Wir kommen in der öffentlichen Tätigkeit am allerweitesten und verlangen nichts weiter, als daß man uns da freie Bahn läßt. Aber freilich: mit Gründen kämpft man heute nicht mehr gegen uns, nur mit gemeinen Verdächtigungen. (Sehr richtig!)

Kun heißt es in dem Erlaß, man solle sofort vorgehen, sobald die betreffenden Bewegungen einen revolutionären Charakter anzunehmen drohen. Dehnbare kann in der That das Wort nicht gemacht werden. Soll denn darüber ein einfacher Offizier, der vom politischen Leben keine Ahnung hat, entscheiden? Es ist ein wahres Glück, daß ein derartiger Erlaß in die Öffentlichkeit gekommen ist. Es scheint, daß Herr von Wronart in seine Feuerspritze doch kein richtiges Vertrauen gesetzt hat. (Sehr gut!)

Also der innere Feind ist die Sozialdemokratie, und sie hat ja auch wieder in den letzten Tagen stark herhalten müssen. Den Reigen eröffnete der Herr Abgeordnete Bassermann. Aber die Nationalliberalen haben endlich durch Erfahrung etwas gelernt. Sie haben eingeschaut, daß Polizeimahregeln gegen uns nichts nützen. Man hat in den letzten Tagen wieder einmal sehr darüber gestritten, wer eigentlich die Nährväter der Sozialdemokratie seien. Herr von Limburg-Sittum hat das bekannte Wort des Fürsten Bismarck wiederholt: die Fortschrittspartei ist die Vorstufe der Sozialdemokratie. Diese Behauptung wird allmählich langweilig. Der Nährvater der Sozialdemokratie ist niemand anders als die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, zu der Sie (nach rechts) genau so gehören, wie unsere Nachbarn. Gewiß hat die Bewegung in den Städten angefangen, weil in den Städten die kapitalistische Wirtschaftsordnung weiter entwickelt ist. Aber mittlerweile ist auch das ländliche Land nicht stehen geblieben: Ostpreußen und Posen sind nicht mehr sozialistenfrei. Und gerade die Partei des Herrn Grafen Limburg-Sittum hat uns in den letzten Jahren am allermeisten das Wasser auf die Mühle getrieben. Graf Stolberg's Erklärung unserer Erfolge in Ostpreußen ist nicht richtig. So liegen die Dinge nicht. Diejenigen, die früher in den östlichen Provinzen die fortschrittlichen Wahlen gemacht haben, sind im Laufe der Jahre alle in Ihr Lager (nach rechts) übergegangen. Unsere Leute wenden sich in ihrer Agitation an das Proletariat, die Tagelöhner, die Instleute, an die kleine, niedergedrückte Klasse, die ein Leben führt, wie die Hunde. (Große Unruhe rechts; sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die sind es, an deren Interessen, an deren Leiden und Qualen wir anknüpfen und da finden wir das Agitationsmaterial und die Stimmen haben darauf geantwortet. Polnische und russische Arbeiter, Leute, die selbst auf außerordentlich tiefer Kultur stehen, sind bereits in Scharen von Ihren Vätern (nach rechts) davongelaufen, weil die Löhne, die Wohnung und die Kost zu schlecht waren! Das können Sie nicht leugnen, in zahlreichen Prozessen ist nachgewiesen worden, in wieweit traurigen Wohnungen die Erntearbeiter zum Beispiel leben müssen. Im Letzter landwirtschaftlichen Verein hat kürzlich Oberamtmann King selbst mitgeteilt, nirgends wohnen die ländlichen Arbeiter schlechter, als auf den Domänen und Hoffamngütern! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Staat giebt also selber das allerschlechtesten Beispiel.

Und wie erht sich es mit den Schulverhältnissen aus! Man könnte hier von dem Kulturstaate Preußen reden, daß die ganze Welt starr sein würde. Ich meine also: Sie (rechts) führen eine Wirtschaft, ein Regiment, daß, wenn eines Tages Ihre Arbeiter zur Erkenntnis kommen, sie Ihnen allerdings sehr unangenehm und unbequem werden können und deshalb werden auch alle Mittel angewandt, um die Arbeiter möglichst in geistiger Verrohung zu erhalten. Kein Koalitionsrecht, kein Vereins- und Versammlungsgesetz, keine Möglichkeit zu sprechen, keine Möglichkeit ein Blatt zu lesen, das irgendwie dem Gutsherrn oder dem reichen Bauern nicht behagt!

Dann kommt man ja auch und wirft uns vor, wie seien die Väter des Anarchismus. Herr Bassermann, der offenbar von Zeit zu Zeit zu seiner Information sozialistische Blätter liest (Weiterkeit), hat uns in leidlicher Objektivität mit den Anarchisten nicht in einen Topf geworfen. Aber er meint, unsere maßlose Kritik züchte Anarchisten. Ja, wie kann man denn in Deutschland maßlose Kritik üben, ohne daß der Staatsanwalt eingreift! Graf Posadowsky hat in bewunderungsvoller Unterwürfigkeit des Auslandes patriotisch erklärt, solch freiheitliche Rechtszustände wie bei uns gebe es sonst nirgends. Nun, in der Schweiz, in Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen-Schweden und England besteht zweifellos ein unendlich größeres Maß von Freiheiten, als in Deutschland! (Sehr richtig!) Das deutsche Reichs-Vergesetz ist ein schlechteres Vergesetz, als das vor 1874 in einzelnen deutschen Ländern geltende Recht. Und nun gar das Vereins- und Versammlungsgesetz! Freilich, wenn sich die Unternehmerverbände zu politischen Zwecken verbinden, dann kräftet kein Dahn danach. Macht eine Gewerkschaft aber auch nur im allergeringsten Maße wider das Gesetz zu läden, so wird mit den allerhöchsten Strafen vorgegangen! Wer so wie Sie in der Macht sitzt und wenn auch nicht gezeichnet, doch tatsächliche Vorrechte hat, der kann leicht sagen: die Rechtszustände in deutschen Reiches lassen nichts zu wünschen übrig! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist schwer den Satten zu predigen, wie den Dungen zu Mütze ist! . . .

Anarchismus und Sozialismus haben zwar eine gemeinsame Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft, aber damit hört ihre Gemeinsamkeit auf. Was wir in Deutschland vom gefährlichen Anarchismus gehabt haben, das ist durch die Polizei groß gegogen worden. (Sehr wahr.)

Bei der vorgerückten Zeit will ich von den vielen Vorgängen zur Zeit des Sozialistengesetzes nur erwähnen, daß der Versuch, das Niederwald-Denkmal in die Luft zu sprengen, mit Kenntnis eines Polizeibeamten unternommen wurde (Hört! hört!), der Mitglied des Anarchistenklubs war und der nichts davon gehindert hat. Wenn Herr von Hehl bei den von hier vorgebrachten Vorgängen den Kopf schüttelt, so kommen wir die Dinge aus nächster Nähe. Wenn ich einmal alles aussprechen wollte, würden Sie Ihr Kopfschütteln sehr bald einstellen. Wenn Herr Bassermann die Vereitigung des Kpilsrechts anstrebt, so hat mich das bei ihm einigermaßen äberraßt. Bevor Anarchisten und Sozialisten überhaupt auf der Bühne erschienen, gab es Attentate in Hülle und Fülle, und ihre Anstifter gehörten den bürgerlichen Parteien an. Leute, die von der Geschichtsschreibung als die besten Patrioten bezeichnet werden, haben in früheren Zeiten Attentate und Morde selbst gegen hochgeachtete Persönlichkeiten angezettelt. Redner erinnern an das Urtheil des Theologieprofessors de Witt, das dieser in einem Brief an die Mutter des Mörders Kogebue's über derartige Vergehen ausgesprochen hat; und diese That verdient in Wirklichkeit genau dieselbe Verurtheilung wie die eines Caserio, Lucchini u. s. w. Angeht's dieser Thatfache sollte man die allzu-große Entrüstung, als wenn das Dinge und Thatfachen wären, die es noch niemals früher in der Welt gegeben hätte, bei Seite schieben. Leider giebt es in erregten Zeiten, wie allgemein bekannt, immer einzelne Individuen, die sich von der Leidenschaft hinreißen lassen, sogar aus solch verstandenen Idealismus — wozu ich, wie ausdrücklich bemerkt sei. Lucheni nicht rechne — glauben, durch eine derartige heroische That, wie sie es nennen, der Welt Befreiendienste zu leisten, während in den meisten Fällen genau das Gegenteil eintritt.

Berner hat Herr Bassermann behauptet, der Abg. Schippel habe

in Stuttgart einen sehr schützollfreundlichen Standpunkt eingenommen, womit die Sozialdemokratie eine Schwärzung gemacht haben soll. Männer mit schützollnerischen Neigungen haben wir in unserer Partei auch schon 1878 gehabt, als es sich hier um den ersten großen Schützoll-Gesetzentwurf handelte. Die Abgg. Kritische und Marx stahier waren damals ziemlich in der Welle gefärbte Schützollner, bei der Majorität der Fraktion haben sie indeß keinerlei Gegenliebe gefunden. Die Partei als solche hat niemals einen solchen Standpunkt vertreten, am wenigsten in Stuttgart. Die falsche der Abgeordnete Bassermann die Sachlage aufstellt, zeigen schon ein paar Sätze der dort gefassten Resolution. Also der Standpunkt der Partei in bezug auf Agrarzölle und Industriezölle steht unzweideutig fest. Herr Bassermann meinte ferner, wir machten neuerdings manche Schwärzung (Sehr richtig! rechts), eine ganze Reihe von Zeitfragen hätten wir aus unserem Programm preisgegeben. Im Laufe der Jahrzehnte haben wir drei, vier Programme gemacht, aber wenn Sie glauben, daß wir uns durch ein neues Programm auch nur um ein Schrittchen Ihrem Standpunkt nähern, dann sind Sie jedenfalls auf dem Holzwege. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir studiren eben die tatsächlichen Verhältnisse und sind nicht so blöde, daß wir meinten, wir hätten den Stein der Weisen gefunden. Nein, wir glauben alle, daß wir noch jeden Tag lernen können, daß die Entwicklung der Dinge jeden Tag neue Erscheinungen zeitigt, die wir genau zu beobachten verpflichtet sind, denn die sozialdemokratische Partei ist keine dogmatische, sondern eine kritische Partei, die, wie die Handlungen ihrer Gegner, so ihre eigenen Grundzüge fortgesetzt kritisiert. So steht also die Sache in Wirklichkeit aus, und wenn es dabei vielleicht für Sie so scheint, daß der eine oder der andere von uns auf einen etwas weiteren Standpunkt hinausgeht, daß der eine oder andere etwas zur bürgerlichen Gesellschaft neigt, dann werden wir uns auch mit diesem auseinandersetzen, und wenn keine Verständigung möglich ist, gehen wir einfach auseinander. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Bassermann's Ideal ist vor allem eine gemeinsame Vertretung für Arbeiter und Unternehmer. Aber mit diesem Trumpf gegen die Sozialdemokratie sind Sie wieder gewaltig auf dem Holzwege: die Arbeitsämter, die Arbeitskammern, ein Reichs-Arbeitsamt, das ist bereits in dem großen Arbeiter-Schutz-Gesetzentwurf enthalten, den wir 1885 hier im Reichstage eingebracht hatten. Was also heute die Nationalliberalen wollen, was das Zentrum auf diesem Gebiete vorzuschlagen will, das haben wir vor Jahren bereits vorgeschlagen, und Sie haben damals unsere Vorträge abgelehnt.

Wir haben ferner nichts dagegen, daß die Gelder der Invaliditäts- und Altersversicherung für die Schaffung von Arbeiterwohnungen zugänglich gemacht werden, wenn Arbeiter und kleine Leute diese Sache selbständig in die Hand nehmen. Aber daß man diese Schaffung den großen Unternehmern überweist, dagegen protestiren wir, weil wir in dieser Art Gründung von Arbeiterwohnungen ein großes Abhängigkeitsverhältnis der Arbeiter erblicken.

Sympathisch waren mir die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bassermann, als er sagte, das Tempo in der Sozialreform sei zu langsam. Belanulich hat der Herr Staatssekretär des Innern das Gegentheil behauptet. Unsere Sozialreform ist in der That nicht nur ins Stocken gekommen, sondern zum Theil durch eigenhändige Verordnungen verschleppt. In der vorvorigen Session ist die Unfallversicherungs-Reform im Reichstage nicht zu stande gekommen, weil der Zentralverein der Großindustriellen die entschiedenste Opposition dagegen gemacht hat. Man thut jetzt so groß mit der bedrohenden Invaliditäts- und Altersversicherungs-Reform; was wir gehört haben, da kommt für die Arbeiter nichts weiter heraus, wohl aber für die Herren Agrarier, für die die Reform im wesentlichen gemacht werden soll. Wir haben eine ganze Reihe von Verordnungen, die die Sonntagsruhe für die Arbeiter beschränken. Sie wissen selber ganz gut, daß in den meisten Städten die unter unendlichen Schmerzen erlassene Wäckerordnung nur auf dem Papier steht. Bis heute haben die Regierungen noch keinen Schritt gegen die mehr als bedenklichen Zustände im Miltärerwerb gemacht. Der Achnur-Schluf ist bis heute ein frommer Wunsch geblieben. Wir sehen auf der andern Seite, wie der Staat selber in Verbindung mit den Unternehmern die Arbeiterorganisationen als seine Feinde betrachtet, wie er seine Arbeiter in der Post, in der Telegraphie, in den Militärverhältnissen, den Marineverhältnissen, den Eisenbahnverhältnissen sofort auf die Strafe wirft, wenn ein solcher Arbeiter es wagt, einer Organisation anzugehören. Der Staat selber tritt dem Unternehmervorstande bei mit schwarzen Listen und dergleichen. Der Bergarbeiter-Schutz befindet sich in der traurigsten Lage, die Zahl der in den letzten zehn Jahren in den preussischen Bergwerken Verunglückten beläuft sich auf circa 1000 für die Getödteten, auf circa 300 für die Schwerverwundeten. Und bis heute hat die preussische Regierung sich noch nicht zu den geringsten Schutzmaßnahmen verstanden! Warum? Weil fortgesetzt die Unternehmer klagen, daß alle derartigen Schutzmaßnahmen ihnen schweres Geld kosten, dieselben Unternehmer, die in den letzten Jahren Dividenden gehabt haben, wie sie niemals im Laufe der Entwicklung vorgekommen sind.

Der Bauarbeiterschutz ist wiederholt in nachdrücklichster Weise Gegenstand der Verhandlung gewesen. Der Staatssekretär selbst hat im Laufe der vorigen Session erklärt, die Regierung werde sich der Sache annehmen. Bis heute aber warten wir gänzlich vergeblich.

Wenn so überall die Arbeiterfeindschaft zum Tag hinaus-schaut, konnte man uns nicht mit Reden von Sozialreformen.

Es ist geradezu unfassbar, wie man beständig von Arbeiter-terrorismus reden kann, wo man doch lediglich von Unter-nehmerterrorismus etwas hört. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Behandlung der Arbeiter ist ja geradezu himmelschreiend. Wir haben vor kurzer Zeit den ersten Fall gehabt, daß seit § 153 G.-O. existirt, auch einmal ein Unternehmer verurtheilt wurde. Und warum? Weil ihm von seinem Mitkollegen in Eisenach die schärfsten Vorwürfe gemacht und Drohungen ausgesprochen wurden, daß er die Forderungen seiner Arbeiter bewilligt habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und doch entschloß sich die Staatsanwaltschaft erst auf höhere Reklamation einzuschreiten. Und was kam heraus? Beim Schöffengericht wurde der Mann mit zwei Tagen Gefängnis beim Landgericht mit einem Tage Gefängnis bestraft. In derselben Zeit passirte es in Dresden, daß ein Arbeiter in Unterhandlungen mit seinem Unternehmer wegen eines Ausstandes trat. Als der Unternehmer sagte: ich werde die Forderung nicht bewilligen, ich kann meinen Bau ruhig ein paar Monate liegen lassen, — da sagt der Arbeiter: Wir werden dafür sorgen, daß in den nächsten 4-6 Wochen kein Arbeiter auf Ihren Bau kommt! Wegen dieser Behauptung wird der Mann zu sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurtheilt. (Hört, hört! Allgemeine Bezeugung.) Es ist geradezu unerhört, wenn man derartige Gerichtsurtheile vergleicht. (Anderer große Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten.)

Präsident bittet um Ruhe.

Abg. Bebel (fortfahrend): Meine Herren, wenn Ihnen meine Rede nicht paßt, dann geben Sie zur Thür hinaus. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) So könnten wir die Beispiele hausenweise vordringen. Seit den Reden in Bielefeld und Dehnhausen urtheilt ein großer Theil unserer Richter geradezu auf Kommando. Bei der Reduzirung der Klagen spielt § 153 gar keine Rolle mehr; da werden nach dem Verlesungsparagraphen, den Bedrohungs-, Erpressungs-, Nötigungs-, Körperverletzungsparagraphen von den Richtern, die sich als Klassen-gerichte herausgestellt haben, unerhörte Urtheile gefällt. Da haben Sie es nicht nötig, noch an neue Strafbestimmungen zu denken. So lange solche Zustände existiren, werden wir stets diesem Etat unser Nein entgegenstellen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister von Goltz: Wir ist die Sitte, über die Köpfe der Empörer hinwegzuschauen, vollständig unbekannt. Wir handeln streng nach dem Gesetz: es ist genau vorgeschrieben, in welcher Weise bei einer Empörung einzuschreiten ist. Wenn jemand aber

sich auf eigene Verantwortung dazu entschließt, über die Köpfe der Empörer hinwegzuschauen, dann geht er vor ein Kriegsgericht. (Bravol rechts!)

Der Abg. Bebel hat sich eingehend über einen Erlaß verbreitet, der in Breslau, glaube ich, zu seiner Kenntnis gelangt ist. Der Landrath in Grünberg hat am 17. Juni 1888 an das nächste Kommando geschrieben und wegen einer Aufseherung eine Eskadron requirirt, darauf ist ihm geantwortet worden, er möge sich an das Generalkommando wenden. Das hat zu einer Korrespondenz geführt. Das Generalkommando hat in anbeacht einer Rabinetsordre vom Jahre 1822 zugegeben, daß in Fällen unmittelbarer Gefahr eine Requisition an die nächste Militärbehörde gerichtet werden dürfe. Was den vor zwei Jahren ergangenen von meinem Vorgänger und dem Chef des Militärkabinetts unterzeichneten angeblichen Erlaß betrifft, so habe ich mich in der Erwartung, daß er hier zur Sprache kommen würde, aus meinen Akten unterrichtet. Ich bin außer stande gewesen, darin einen derartigen Erlaß zu finden. (Weiterkeit.)

In welcher Weise Herr Bebel zur Kenntnis dieses angeblichen Erlasses gekommen ist, weiß ich nicht. Jedenfalls sind seine Ausführungen deshalb hinfällig, weil sie ohne jede Veranlassung gemacht worden sind. Bebel hat versichert, daß seine Partei an Unruhen oder Revolutionen nicht denke. Vielleicht liest er die Stuttgarter Protokolle noch einmal durch. Ein großer Theil seiner Parteigenossen und Genoffinnen hat sich dahin ausgesprochen, daß die Wege der Sozialdemokratie revolutionär sein müßten. (Unruhe links, Ruhe: Wer denn?) Schonmal sagte z. B.: für die Proletarier bleibt die revolutionäre Taktik die einzige Taktik! (Abg. Singer: Sehr richtig!) Der Schluß der Rede nannte als Endziel: die Niederwerfung der kapitalistischen Gesellschaft. (Ruhe bei den Sozialdemokraten: Alles sehr richtig!) Am, der Abgeordnete v. Bollmar hat sich dort anders ausgedrückt und so, daß ich ausnahmsweise mit ihm einverstanden sein kann. Er meinte, von den beiden ersten Verhandlungstagen habe man schwere Träume bekommen und sei dann heute früh mit einem kolossalen Augen-jammer aufgewacht. (Weiterkeit, Beifall.)

Staatssekretär im Reichsamt des Innern Graf Posadowsky: Der Abgeordnete Bebel fährt Beschwerde über die Aus-weisungen eines Reichsangehörigen von einem Bundesstaat in einen anderen. Dieser Fall zeigt, wie bedenklich es ist, im Reichstage Angelegenheiten zu erörtern, die Landesangelegenheiten sind. Weder der Reichsanzler, noch sein Stellvertreter ist in der Lage, von jeder Einzelhandlung eines Beamten eines Einzelstaates Kenntnis zu nehmen. Diese Angelegenheit hätte vor das preussische Abgeordnetenhaus, wohin sie gehört, gebracht werden müssen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens ist im Freizügigkeits-gesetz von 1867 allerdings der Fall vorgesehen, daß ein Reichs-angehöriger aus einem Bundesstaat in den anderen ausgewiesen werden kann. (Abg. Singer: Dieser sollte aber in den Staats-verband nicht aufgenommen werden!)

In der Sozialpolitik werden nun dieselben Vorwürfe gegen uns wiederholt. Wir sollen gegen das Interesse der Arbeiter handeln. Das ist unrichtig: Die Invalidenwelle wird Ihnen zeigen, daß wir diesen Interessen sehr weit entgegenkommen. Ebenso sind alle Anforderungen an den Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter weitgehend erfüllt. Wir haben neue Vorschriften über die Beschäftigung in den Thonfabriken ausgearbeitet, ebenso in den Akkumulatorenfabriken. Den Forderungen der Bauarbeiter in Bezug auf Sittlichkeit werden wir durch Verfügungen so weit als möglich Rechnung tragen. Wir aber können keine Bundesratsverfassung er-laffen, weil die Verhältnisse des Baugewerbes in den verschiedenen Bundesstaaten so grundverschieden sind, daß sie sich nicht generali-siren lassen. Es sind Vorschriften vorbereitet für Thonmaschin-fabriken, für Kohlenbergwerke, Zinkhütten und es werden solche für das Miltärerwerb kommen, sobald die Berichte fertig gestellt sind. Wir können aber nicht alles auf einmal erfüllen, was Sie hier fordern. Das kann kein Staat. Ich bin wiederholt auf die Verhältnisse anderer Staaten hingewiesen worden. Ich habe mir das berühmte Buch des Chepaars Weib durchgesehen. Für gute Rathschläge bin ich empfänglich, in dem Buche habe ich aber eine Stelle gefunden, auf die mich Herr Bebel gewiß nicht hat verweisen wollen. Es ist darin gesagt worden, die Sozialdemo-kraten politikern nicht mit den übrigen Parteien, und dann sagt das sehr arbeiterfreundliche Chepaar, die sozialistischen Kandidaten versprechen den Gewerksvereintern freiwillig eine systematische und vollständige Regelung aller Arbeitsverhältnisse, zeigen aber einen belagungs-werthen Mangel an Verständnis für die praktischen Bedürfnisse. (Hört! hört!) Daß Sie auf dem Stuttgarter Parteitag Ihre Grund-annehmungen geändert haben, glaube ich auch nicht, aber Sie ändern Ihre Taktik. Deshalb Sie das thun und Ihre Anhänger nicht hinter den Vorhang ziehen lassen wollen, dafür giebt es nur zwei Möglichkeiten: entweder glauben Sie, Ihre Genossen werden von dem Reduzenhaupt des Zukunftsstaates erjährt, sobald Sie den Vorhang lästern oder aber es steht überhaupt nichts dahinter. (Große Heisterkeit.)

Es wird bestritten, daß wir in Deutschland einen vollkommen befriedigenden freiheitlichen Zustand und vollkommen ausreichende Rechtsgarantien haben. Wie wollen die Herren aber, die sich hier so über die Ausweisungen äußerten, ihrerseits vorgehen, wenn sie die Macht in den Fingern haben? In einem Artikel des „Vorwärts“ wird von der Organisation der Arbeit in der Zukunft gesprochen. (Unruhe links.) Meine Herren, das ist doch Ihr offizielles Blatt — da wird ausgeführt:

„Die ungehörte Tätigkeit aller Volksgenossen zu sichern, ist es notwendig, zur Zeit alle anarchischen Elemente (Hört, hört! rechts) . . . ja, dazu gehören Sie, meine Herren (nach rechts), auch (Weiterkeit), welche den Gehorsam verweigern, an jeder ruhe-störerischen Tätigkeit zu verhindern. Unter solche Anstifter werden außer den Unternehmern auch die sogenannten Staats-männer gerechnet, die sich für den Ausfluß aller Weisheit, aber das Volk für unmündig und blöde halten. (Weiterkeit.) Alle diese Elemente sollen in einem abgelegenen Lande, wo sie nicht schaden können, ihren Wohnsitz angewiesen er-halten und unter dem Schutz humaner Gesetze der geistigen Bildung und humanen Entwicklung zugeführt werden. (Erneute Weiterkeit.) Jeder, der Gutes leisten will, soll in den Staatsverband zurücktreten, vorausgesetzt, daß kein Mißfall zu befürchten ist, soll er mit vollem Recht zurücktreten dürfen; er wird von allen Vätern und Schweltern mit Jubel empfangen werden.“ Das sind dieselben Herren, die die Ausweisung kritisiren. In Deutschland sind fremde Staatsangehörige ausgewiesen, Sie aber (zu den Sozialdemokraten) wollen in Ihrem Zukunftsstaat deutsche Angehörige nach fremden Ländern schieben, als wenn die Unternehmer und Staatsmänner. Ich fürchte, Sie haben wohl damit etwas kolonial-politik getrieben. (Große Heisterkeit.) Für die Nichtigkeit und Zu-lässigkeit der Ausweisungen geben Sie uns selbst die besten Belege an die Hand.

Bei den letzten Wahlen hat einer Ihrer Kandidaten ausgeführt, es werde erst besser werden, wenn Sie, die Sozialdemokraten, die Macht in Händen hätten. Daher sei Umsturz von oben und unten zu erstreben (Hört! hört! rechts). Das hat der Herr in einer öffent-lichen Versammlung gesagt. (Ruhe bei den Sozialdemokraten: Wer?) Das war Ihr Kandidat Herr Göhrle in Charlotten-burg; solche Dinge können in Deutschland in öffentlichen Versammlungen fortgesetzt gesagt werden. Die Herren geben sich selbst offen als Republikaner zu erkennen und erklären, sobald wir die Macht haben, werden wir die gesammte Staatsform umstürzen. Ihr Evangelist Marx hat erklärt, man solle nicht den gewalttätigen Umsturz planen, sondern die Umwandlung dadurch herbeizuführen suchen, daß man langsam die Gesellschaft untergräbt, indem man einen neuen unter dem Kern der alten herausbilde, und dann, wenn man sich stark genug fühle, den alten Kern zu sprengen und die neue Gesellschaft an die Stelle der alten treten zu lassen. Das ist Ihre Theorie, und wenn Sie jetzt scheinbar etwas vorsichtiger sind, so ist das keine Umkehr, sondern nur ein taktisches Mittel. Ich fürchte, indem ich sage: Wenn in einem Staate eine Partei entstehen kann, wie die Sozialdemokratie, wenn

Sich diese Partei vereinigen kann, wenn sie ihr Programm auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaft so offen betonen kann, dann können Sie nicht sagen, daß Sie in einem Staate leben, wo keine freien Einrichtungen bestehen, wo keiner seine Meinung frei sagen kann. (Beifall der Rechten, Widerspruch bei den Sozialen.)

Abg. Lieber (S.): Der Herr Abg. Webel hat zwei Wortstücke gegen meine Partei gerichtet, die auch Abg. v. Vollmar ausgesprochen hatte. Im allgemeinen hat der Abg. Webel die Zustände im Deutschen Reich in einem so rofigen Lichte gemalt, daß ich die Ausgewiesenen beinahe darnach beneide, daß sie in diesem Lande nicht zu leben brauchen. (Heiterkeit.) Nun, Herr Graf Polodonsky hat uns da eines besseren belehrt. Wir lassen uns ruhig von den Herren Webel und Gessen als Reichsische bezeichnen. Wir kennen ja Ihre Gespögenheiten.

Der Herr Abg. Webel hat von einem neuen Flotten-Gründungsplan gesprochen. Nach authentischen Mittheilungen seitens der Regierung ist davon gar keine Rede. Die letzte Flotten-Gründung stellt ja gerade den Abschluß einer Ära von Versuchen dar. Ich halte es für eine blanke Unmöglichkeit, daß derselbe Herr Staatssekretär, der uns in der Budgetkommission das betriegen hat, nunmehr mit einem neuen Flottenplan an uns herantritt.

Herr Webel hat von dem Anstand und der Ordinalliebe in sozialdemokratischen Versammlungen gesprochen. Das kann bei uns nur ein mitteldeutsches Lächeln hervorrufen. Wir alle haben an unserem Leibe längst das Gegenstück erfahren. Ich erinnere nur an die jüngsten Verhandlungen vor dem Landgericht in Weuthen. Ein sozialdemokratischer Agitator hat in Oberschlesien einem Zentrumsmanne einen Rosenkranz aus der Tasche gezogen und den versammelten Leuten erklärt: das sei der Rosenkranz, dessen sich der Abg. Webel täglich zu seinem Gebete bediene, (Allgemeine Heiterkeit), damit der liebe Gott das schlesische Volk aus seiner Noth errette. Das ist so eine kleine Probe von dem Anstand der Sozialdemokraten im Wahlkampf.

Der Herr Abg. Graf v. Rimbürg-Stürm hat eine Aenderung in der Reichsfinanz-Politik vorgeschlagen. Herr Schaysekretär, ich muß Ihnen offen sagen, wenn Sie kein Risiko machen wollen, so bleiben Sie mit dieser Reichsfinanzreform einwilligen ruhig im Schachmatt. Sie werden auf dem von und unterstützten Wege der Reichs-Schuldentilgung bedeutend besser fahren.

Herr v. Kardorff hat uns von einem neuen Vorgehen auf dem Gebiete der Sozialpolitik gewarnt. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß man der Sozialdemokratie nur dadurch wirksam entgegenzutreten kann, daß man den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft nachzukommen sucht. Als eines der wirksamsten Mittel betrachte ich gerade die Thätigkeit der Arbeiter in den Berufsvereinen. Hier ist der Ort, wo man durch praktische Anticipation den Einfluß der Sozialdemokraten paralytisiren kann.

Der Redner tritt jedoch der Behauptung des Herrn v. Kardorff entgegen, daß das platte Land mehr Rekruten stelle als die Industriebevölkerung und beruft sich dabei auf eine von Professor Brentano aufgestellte Statistik.

Herr v. Vollmar ist in seiner Rede trotz aller Warnungen seines Parteigenossen Auer unter die Propheten gegangen, auch Herr Webel hat dies gethan, obgleich gerade ihm Herr Auer kürzlich wegen seiner Prophezeiung vom allgemeinen Madradatich im Jahre 1888 den Tetz gelesen hat. (Heiterkeit.) Auf derselben Höhe wie diese stehen die Prophezeiungen der Herren Webel und v. Vollmar über die Entwicklung unserer Partei. Wir gedenken die Prophezeiungen von der nationalliberalen schiefen Bahn, auf der sich das Zentrum befinden soll, zu Schanden zu machen, und wir haben den guten Muth, den Herren Webel und v. Vollmar zuzurufen: Wenn jemand auf einer schiefen Bahn herabzurutschen in Gefahr ist, so sind Sie es!

Wir werden uns in unserer festen Absicht, an des Reiches Wohlfahrt und Ehre mitzuwirken, durch Ihre Anzuspungen nicht irre machen lassen.

Die Aeußerungen meines Freundes Freygen über die Protektorsfrage haben im Auslande mancherlei Mißdeutung erfahren müssen. Ja, ein italienisches Blatt hat gesagt, daß der Herr Abg. Freygen der ganzen katholischen Welt Genugthuung schuldig sei. Da muß ich erklären, daß der Herr Abg. Freygen diese seine Aeußerungen in vollem Einverständnis mit seinen politischen Freunden gethan hat. (Bravo rechts.) Wir sind ebenso deutsch, wie wir katholisch sind. (Bravo! rechts.) Weides sind wir voll und ganz. (Bravo! rechts.) Und gerade weil wir das sind, deshalb haben wir auch den Anspruch darauf, daß man uns im Inlande als das behandelt, was wir sind, als gute Deutsche. (Bravo! rechts.) und daß man uns das Vertrauen entgegenbringt, das wir verdienen. (Bravo! rechts.) Und daher will ich gleich den Hauptpunkt berühren, der uns Katholiken immer wieder von einer vollständigen Gleichberechtigung zurückhält. Die Monarchen sind sterblich, die Minister wechseln von Jahr zu Jahr, die Parlamenten wechseln sich; der einzige ruhende Punkt in der Erscheinung ist die Heiligkeit der Geheimnisse (Heiterkeit) und wenn sie sich dazu entschließen könnten, auch den Herrn Geheimrath einmal zur Ordnung zu rufen, dann wird die Stunde des Friedens für die deutschen Katholiken geschlagen haben. (Beifall der Rechten und im Centrum.)

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Reform-P.): Die Rede des Herrn v. Vollmar stach vortheilhaft ab gegen die Reden, die wir sonst von dieser Seite zu hören gewohnt sind. Besonders erfreulich war das Betonen der nationalen Gesinnung. Der Abg. Liebermann hat aber seinerzeit erklärt: der Begriff Vaterland sei ein überwindener Standpunkt. Ich würde mich freuen, wenn auch der Abg. Liebermann sich mittlerweile zu dem Standpunkt des Herrn v. Vollmar durchgemouset haben sollte; aber ich bezweifle das.

Auch in bezug auf die Verbannung jeder Gewaltthat steht der Herr Abg. von Vollmar in seiner Partei wohl fast vereinzelt da. Herr Webel gehört zu den Bewunderern der Kommune. Wir haben aber die Todesstrafe der Weiber und Priester gehört, die dem Moloch der Kommune zum Opfer gefallen sind. Eine Manuierung der Sozialdemokratie nach der Seite des Herrn v. Vollmar wäre zwar sehr wünschenswert, ist aber sehr unwahrscheinlich. Als ein vorzügliches Mittel gegen das Ueberwiegen der sozialdemokratischen Stimmen betrachte ich die Einführung einer allgemeinen Wahlpflicht. Diese würde es der Regierung ermöglichen, die jetzt unthätigen Reservisten heranzuziehen.

Dem Satze des Abg. v. Vollmar, daß das internationale Kapital der Hauptausbeuter ist, möchte ich zustimmen, denn das internationale Kapital befindet sich in den Händen des internationalen Judenthums.

Meine Freunde sind erfreut über den Gesandtschaftsbesuch zum Schutze der Arbeitswilligen. Auch der Militärvorlage werden wir zustimmen. Um uns gegen die amerikanische Konkurrenz wirksam zu schützen, muß das angeländete Fleischschau-Gesetz möglichst bald zur Verwirklichung gelangen. Unsere wirtschaftlichen Verhältnisse sind keineswegs so glänzend, wie sie von den Staatssekretären geschildert worden sind. Wenn Tausende verarmen, und ein Duzend das Kapital in seiner Hand konzentriert, so nenne ich das nicht Vermehrung des Nationalvermögens. Was die auswärtige Politik anlangt, so müssen wir beim Abschluß von Handelsverträgen die Interessen unserer von Amerika so stark bedrohten Landwirtschaft wahren. Den Grafen Thun hat Herr v. Bülow neulich zu rückfälligen behandelt. Unter Bismarck hätte Graf Thun eine solche Rede nicht zu halten gewagt. Meine Freunde können es bei dieser Gelegenheit nicht verpassen, ihren Freunden in Oesterreich ihre Sympathien auszudrücken. (Beifall bei den Antisemiten.)

Darauf wird die Diskussion geschlossen.

Abg. Webel (Soz.), daß ihm das Freizügigkeitsgesetz sehr wohl bekannt sei, Angehörige von einem Bundesstaat in den anderen zu verweilen. Er habe nur Beschwerden darüber geführt, daß der Bremerer Schulz nicht in Preußen aufgenommen worden sei.

Nächste Sitzung: Dienstag, 10. Januar 1899, 2 Uhr. (Rechnungssachen. — Interpellation von Wangenheim, betreffend die Fleischnoth.)

Präsident Graf Ballestrem wünscht dem Hause frohliche und gesegnete Feiertage. Schluß 6 Uhr.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

36. Sitzung vom Donnerstag, den 15. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Zu Beginn der Sitzung werden die vier neu gewählten Mitglieder Jden, Kluth, Körte und Schulze in der üblichen Weise eingeführt und auf die Städte-Ordnung verpflichtet. Ein Antrag des Stadtv. Karl Goldschmidt (I) ersucht den Magistrat um Auskunft darüber, warum die von der Gewerbe-Deputation beschlossene Bauperänderung auf dem städtischen Schulgrundstück in der Markstraße zur dringenden notwendigen Vermehrung der Räume für die städtische höhere Weberschule von der Schuldeputation abgelehnt worden ist. Der Antragsteller laßt der angeblich von letzterer vertretenen Auffassung, daß durch die geplante bauliche Veränderung der freie Raum für die Erholung der Schüler der Laubhummenschule zu sehr beschränkt würde, nicht beipflichten. Die Verlegung der mechanischen Stühle aus ihren bisherigen Räumen sei absolut nothwendig. Wenigstens müßte die Baudeputation schleunigt zur Prüfung der Frage schreiten, wie dem anderweit dem vorhandenen Raumangel abgeholfen werden könne.

Stadtschulrath Bertram giebt das Anwachsen des Raumbedürfnisses für den Unterricht in der Textilbranche zu. Speziell für die Kürberei und Appretur. Der Schuldeputation dürfe man aber keinen Vorwurf machen, wenn sie als erste Befürworter ihren Beistand zurückhalten. In kurzem werde der Magistrat über den Modus der Abhilfe herathen. Darauf wird ein von dem Interpellanten im Sinne seiner Schlußausführungen gestellter Antrag angenommen.

Die Vorschullehrer an den höheren Lehranstalten beabsichtigt der Magistrat mit den Gemeindefachlehrern gleichzustellen. Die bisherige Funktionszulage von 300 M. soll künftig pensionsberechtigter sein.

Die Vorlage gelangt, nachdem Stadtschulrath Krastena u sie kurz empfohlen, zur Annahme.

Gelegentlich der Beschlußfassung über die Herstellung eines Tunnels unter dem Steintiner Bahnhof von der Schwarzlopp nach der Feldstraße ist feinerzeit auch einstimmig beschlossen worden, wegen Anlage eines Stichtunnels nach den Vorkriegsplan der Steintiner Bahn und einer Haltestelle am Humboldtthain den Magistrat um Verhandlungen mit der Eisenbahndirektion zu ersuchen. Letztere hat sich ablehnend verhalten. Von den Stadtv. Raß und Dinse werden erneute Verhandlungen im Interesse jenes Stadttheils verlangt.

Stadtbaurath Krause hält diese nicht für ausfahrbar, da die Eisenbahn jetzt den Tunnelbau nicht ansühren wolle.

Es wird im Sinne der Anregungen der beiden Redner beschlossen.

Die kontraktliche Annahme von Schulärzten zunächst für 20-25 Gemeindefschulen soll nach einer Vorlage des Magistrats vom 1. April 1899 ab ein Versuch gemacht werden. Ueber Aufgaben und Stellung der Schulärzte ist von der Schuldeputation ein Entwurf aufgestellt, welchen der Magistrat mit einigen Modifikationen akzeptirt hat. Danach wird jeder Gemeindefschule ein Schularzt zugewiesen. Einem Arzte dürfen höchstens vier Schulen übertragen werden. Dem Schularzt liegt ob:

1. Die Prüfung der für den ersten Eintritt in die Schule angemeldeten Kinder auf ihre Schulfähigkeit.
2. Die Prüfung der für den Nebenunterricht vorgeschlagenen Kinder auf körperliche und physische Mängel, insbesondere auch auf die etwaigen Fehler an den Sinnesorganen, erforderlichenfalls unter Mithilfe von Spezialärzten.
3. Auf Ersuchen der Schulkommission bezw. des Direktors die Prüfung eines angeblich durch Krankheit im Schulbesuch verhinderten Kindes.
4. Die Abgabe eines mündlichen oder schriftlichen, von den zuständigen Organen der Schulverwaltung erforderlichen Gutachtens:
 - a) über vermutete oder beobachtete Fälle ansteckender Krankheiten, oder körperlicher Behinderungen von Schülern;
 - b) über vermutete oder beobachtete, die Gesundheit der Lehrer oder Schüler benachteiligende Einrichtungen des Schulhauses und seiner Geräte.

Der Schularzt ist verpflichtet, das Schulhaus einschließlich der Schullassen während oder außerhalb des Unterrichts nach vorheriger Anmeldung beim Direktor in angemessenen Zeiträumen zu besichtigen und die von ihm beobachteten hygienischen Mängel dem Direktor mitzutheilen.

Die in amtlicher Eigenschaft gemachten Beobachtungen darf er nur nach Genehmigung der Schuldeputation veröffentlichen. Die Schulärzte werden periodisch zu Beratungen berufen, welche von einem dazu vom Vorsitzenden der Schuldeputation bestimmten Mitgliede der Schuldeputation geleitet werden. Der Schularzt erhält für jede Schule ein Honorar von jährlich 500 M.

Von drei verschiedenen Seiten wird Ausschuhberatung beantragt. Stadtv. Wallach will auch, daß der Schularzt in der Nähe der Schule wohnen und weder Armen- noch Gewerbarzt sein soll.

Stadtv. Direktor Schwabe bemängelt die dürftige Vegetation und die Unbestimmtheit der Institutionen. Er sieht die plötzliche Nothwendigkeit der ganzen Einrichtung nicht ein, da, seit der Magistrat zum letzten Male sich ablehnend zu den betreffenden sozialdemokratischen Anträgen geäußert, in den thätigsten Verhältnissen keine Aenderung eingetreten sei. Es handle sich um tiefstehende Keimlinge. Ausschuhberatung sei unumgänglich.

Schulrath Bertram bestätigt, daß von Mischänden, die etwa zu dem Magistratsantrage geführt hätten, keine Rede sei. Man habe sich vielmehr in der Anschauung gerinigt, daß die Entwicklung des Volksschulwesens soweit gediehen sei, daß man auch nicht unbedingt nothwendige Institutionen versuchsweise ins Leben rufen könne.

Stadtv. Wallach schließt sich den Ausführungen Schwabes in allen Punkten an. Um keine neue Kategorie von Gemeindebeamten zu schaffen, habe er seinen Antrag gestellt, der dem Ausschusse mit zu überweisen sein werde.

Stadtv. Jacobey: Die Schularztfrage ist hier wiederholt erörtert worden; die ersten Verhandlungen darüber liegen bereits 6-8 Jahre zurück. Durch unsern Antrag vom vorigen Jahre ist die Frage wieder in den Vordergrund gerückt, und die Stadtverordneten-Versammlung beschloß am 16. Dezember v. J. unsern Antrag folgend, den Magistrat zu ersuchen, in Beratungen über die Schularztfrage einzutreten und der Versammlung Mittheilung zu machen. Das Ergebnis der Beratungen liegt nun in dem Magistratsantrag vor. Die Sache soll aber einstweilen nur einen provisorischen Charakter tragen, 20 bis 25 Schulen sollen vom 1. April 1899 ab versuchsweise mit der Einrichtung versehen werden. Das Provisorium des Magistrats bewegt sich, wie man sieht, in außerordentlich bescheidenen Grenzen. Bei der planmäßigen Berücksichtigung der einzelnen Schulkreise dürften bei dem kleinsten, dem ersten Schulkreis, aber mindestens zwei Schulen in betracht kommen, während bei dem neunten Schulkreis mit 28 Schulen im geringsten Falle 3 Schulen unter Aufsicht eines Schularztes gestellt werden müßten. Nach dieser Berechnung kämen alldem 35 bis 36 Schulen bei dem Versuch in betracht. Auch würde zu berücksichtigen sein, ob nicht vom 1. April 1899 ab alle neuen Schulen unter die Aufsicht von Schulärzten zu stellen sind. Auch wir sind aus diesen Gründen, die sich vorzugsweise auf das Provisorium in der Magistratsvorlage beziehen, für Ausschuhberatung.

Stadtv. Kreiling weist darauf hin, daß selbst Friedrichshagen und Rixdorf in dieser Frage schon weiter sind als Berlin. Ein so kleiner Versuch, wie er hier gemacht werde, werde keinen Erfolg verbürgen können. Die Schuldeputation sei auch weiter ge-

gangen, der Magistrat habe sich aber nicht entschließen können, ganz Arbeit zu machen.

Stadtv. Cassel fordert ebenfalls Ergänzung des Materials, aus welchem der Magistrat die Ueberzeugung von dem Vorhandensein eines Bedürfnisses in gedachter Richtung geschöpft habe. Die Kompetenzen der Schulärzte müßten jedenfalls ganz scharf umgrenzt werden, um Kollisionen zu vermeiden.

Die Vorlage geht darauf an einen Ausschuh von 15 Mitgliedern.

Eine weitere Vorlage des Magistrats betrifft die Stellung der städtischen Schuldienere. Dieselben zukünftig sollen als pensionsberechtigter Gemeindebeamte mit vierwöchentlicher Kündigung angestellt werden; den bereits im Dienste befindlichen sollen unter den gleichen Voraussetzungen die Beamtenrechte verliehen werden.

Stadtv. Preuß befragt die Stellung des Vorbehalts der vierwöchentlichen Kündigung. Man solle die Gleichstellung der Schuldienere an den Volls- und den höheren Schulen, die hier beabsichtigt sei, nicht durch eine solche Klausel wieder aufheben. Im disziplinarischen Interesse liege es, die event. nothwendige Entsetzung aus dem Amte auf dem Wege des ordentlichen Disziplinarverfahrens zu bewirken.

Stadtv. Spinola tritt für eine dreimonatliche Kündigung ein, welchem Antrag auch Bürgermeister Kirchner sich entgegenkommend gegenüberstellt, indem er gleichzeitig das Kündigungsrecht für den Magistrat gerade aus schuldisziplinarischen Gründen reklamirt.

Die Vorlage wird mit dem Antrage Spinola angenommen.

Das Projekt zum Neubau eines Kühlhauses auf dem erweiterten Central-Schlachthofe beschäftigt die Versammlung nunmehr seit mehr als fünfviertel Jahren. Insbesondere hat die Frage der Auswahl des zweckmäßigsten Kühlsystems langwierige Erörterungen und mehrere ausgedehnte Reisen der Ausschuhmitglieder behufs Besichtigung der entsprechenden kommunalen Anlagen in Hamburg, auf Nordern, in Bremen, Erfurt und Köln veranlaßt. Als Resultat der Ausschuhberatungen liegt der mit 10 gegen 5 Stimmen angenommene Antrag vor, die Anlage besonderer Kühl- und Gefrierräume für schwachförmiges Fleisch (um dieses behufs besserer Verwerthung länger aufbewahren zu können) zu genehmigen und dem System der indirekten Kühlung durch Solelösung den Vorzug zu geben. Ob Ammoniak oder Schwefelsäure als Kältemedium gewählt wird, soll der Entscheidung des Magistrats überlassen werden.

Stadtv. Rommen bestrittet der Versammlung die Kompetenz, über diese technische Frage zu entscheiden; der Magistrat habe hierin allein das letzte Wort. In diesem Sinne beantragt er, von dem zweiten Antrag des Ausschuhes Umgang zu nehmen. In der Konkurrenzfrage der verschiedenen Systeme und Firmen habe sich die Versammlung nicht zu mischen. Es würde durch die Annahme des Ausschuhantrages ein sehr bedenkliches Präjudiz geschaffen. (Widerspruch und Unruhe.)

Stadtv. Louis Sach steht nicht auf diesem Standpunkte. Der Ausschuh habe sich in schwerer, mühsamer Arbeit ein Urtheil gebildet, wenn es auch vielleicht theuer erkaufte ist.

Stadtv. Kalisch hält im Gegentheil zu Rommen die Sache für völlig spruchreif. Der Ausschuh schlage zwei Verfahren zur Auswahl vor, weil er sie beide für gleich gut halte.

Stadtv. Kreiling tritt für den Ausschuhantrag an.

Stadtv. Rommen beschwert sich, daß keiner der drei Vorredner auf die von ihm angeregte prinzipielle Frage eingegangen ist und empfiehlt nochmals die Annahme seines Antrages.

Der Ausschuhantrag wird angenommen; für den Antrag Rommen stimmen nur 6-8 Mitglieder.

Mit der Anlage einer neuen Straße in Abtheilung VIII des Bebauungsplans zur Verbindung der Siemens- und Waldener- und der Thurnstraße zwischen Bremer- und Endenerstraße im Zuge der Ottostraße hat sich der Ausschuh einverstanden erklärt und gleichzeitig eine Aenderung der Fluchlinien für den Theil zwischen Waldener- und Thurnstraße derart vorgeschlagen, daß dieser Theil etwas nach Osten hinangerrückt wird, wodurch er eine bessere Fluchlinie zur Ottostraße erhält und die Bauflächen des Grundstücks der katholischen Dominikanerkirche vergrößert werden.

Der Ausschuhantrag wird genehmigt, desgleichen die Vorlage wegen Vertheilung der Landbergerstraße von der Alexanderstraße bis zur Kleinen Frankfurter- bzw. Kurzstraße, ebenso die Vorlage wegen theilweiser Veränderung der Fluchlinien für die Verlängerung der Mantuffelstraße über die Spree bis zur Fruchtstraße.

Die Spannung, Bedienung, Unterhaltung und Aufbehaltung der städtischen Sprengwagen soll auch für die nächsten drei Jahre bis zum 31. März 1902 den bisherigen Unternehmern Drehm., Rand, Feddenhauer und Krause gegen eine Entschädigung von 7,75 M. pro Tag und Wagen überlassen werden. Für die Beschaffung von zehn neuen Sprengwagen und acht neuen Rehrmaschinen für 1899/1900 werden 12 600 M. gefordert.

Die Versammlung genehmigt ohne Diskussion die Magistratsanträge.

Das Projekt zum Neubau der Brücke über den Landwehkanal im Zuge der Grünauerstraße legt der Magistrat vor. Die Kosten für diesen Bau haben schon im laufenden Etat gestanden, das spezielle Projekt ist aber erst jetzt fertig geworden.

Stadtv. Singer: Ich möchte auch bei dieser Gelegenheit die Versammlung darauf aufmerksam machen, wie richtig es ist, strenge nach dem Grundsatz zu verfahren, im Etat keine Bewilligungen vorzunehmen, wenn nicht die Bauprojekte vorliegen. Im Anfang des Jahres wurde die Brücke in den Etat eingezeichnet, sie hat nicht gebaut werden können. Es hätte genügt, wenn die Versammlung bloß im Prinzip den Bau gebilligt, aber Geld erst bewilligt hätte, wenn ein definitives Projekt vorlag. Ich habe diesen Standpunkt oft hier vertreten und bekanntlich nicht ohne Erfolg. Leider hat die Versammlung in unnötiger Gutwilligkeit das bekannte „möglichst“ eingefügt, wodurch die Bindung des Magistrats in der Hauptsache wieder aufgehoben wird. Um einer geordneten Finanzwirtschaft willen müssen wir streng an diesen Grundsätzen festhalten.

Das Projekt wird genehmigt. Von der an den Reichskanzler gerichteten Petition des Magistrats um Erleichterung der Vieh- und Fleisch-einfuhr nimmt die Versammlung Kenntniß.

Die Vorlage wegen Annahme des zur Gründung eines Findelhauses bestimmten Julius Müller'schen Nachlasses wird genehmigt, desgl. diejenige wegen Zahlung des Berliner Kostpflagegeldes für Waisenkinder in den einzelnen Vororten.

Die speziellen Entwürfe zu einer Reihe von Schul-, Krankenhaus- und Bade-Anstalts-Bauten gehen an verschiedene Ausschuh.

(Schluß gegen 9 Uhr.)

Von den städtischen Gasanstalten wurden im Vierteljahr Juli-September 1898 26 915 öffentliche Gasflammen geheizt. Dazu kommen die von den öffentlichen Gasanstalten auf dem ehemaligen Schöneberger Gebiet für Rechnung der Stadt geheizten 1003 Gasflammen, so daß sich Ende September ein Bestand von 27 918 öffentliche Gasflammen ergibt. Petroleum-Laternen waren zu diesem Zeitpunkt 1073 Stück vorhanden. Die Gasproduktion betrug im Kalender-Vierteljahr Juli-September 1898 21 900 000 Kubikmeter, Juli-September 1897 20 901 000 Kubikmeter, für 1898 sind daher mehr produziert 999 000 Kubikmeter, mithin 4,78 pCt. Abgegeben wurden zum Preise von 16 Pf. für ein Kubikmeter zu Leuchtzwecken (auszuschließen des eigenen Verbrauchs) 10 918 283 Kubikmeter (im Vorjahre 10 892 282 Kubikmeter), a) zum Preise von 10 Pf. für ein Kubikmeter zu Koch- und gewerblichen Zwecken 4 674 497 Kubikmeter (3 657 051 Kubikmeter), b) zum Betriebe von Motoren 2 054 678 Kubikmeter (1 822 788 Kubikmeter) zusammen a und b 6 729 175 Kubikmeter, im ganzen 17 647 458 Kubikmeter.

Die Berliner Asphaltgesellschaften.

Das heißt deren Aktionäre und Theilhaber, gehören gleich ihren Kollegen von der Elektrizitätsgesellschaft zu den Glücklichen, für deren...

Nicht genug damit, haben jetzt zwei in betracht kommende Gesellschaften den Stundenlohn dieser Leute noch um 5 Pfennige gekürzt, so daß die armen Arbeiter bei dem...

Doch diese Firmen ihre Arbeiter auch im Winter eingemessen anständig bezahlen könnten, erfährt man daraus, daß zwei derselben, Aktiengesellschaften, ihren Aktionären im vorigen Jahre 8 bezw. 11 pCt. Dividende ausbezahlt haben...

Die Sau mit dem charakteristischen Kopf. Das Verl. Tagebl. berichtet über Kaiser Wilhelm II.: Der Kaiser hat sich — nach einer telegraphischen Meldung aus Sausalp — heute früh 9 Uhr...

Ademisches. Die Wahlen zum Direktorium der akademischen Lesehalle haben heute ihr Ende erreicht. Die Reformpartei hat noch einen vierten Kandidaten, stud. jur. A. Scheel, durchgebracht...

Das größte Versprechen der Welt besitzt Berlin mit 28 735 Theatern und 39 650 Sprechstellen. Im Reichspostgebiet folgen hinter Berlin zunächst Hamburg mit 6777 Theatern...

Aufgelöst hat sich dieser Tage die Rechtskonsulenten-Jungung in Berlin, die im Januar 1889 gegründet worden war.

Wie die Große Berliner Straßenbahn mittelst, ist die Mittwoch nachmittag eingetretene Verkehrsstörung infolge Verlegens der Maschine in der Zentrale Rathhausstraße entstanden.

Teilhaftig sah es gestern infolge der schlechten Witterung auf dem Weihnachtsmarkt aus. Viele Verkäufer machten ihre Buden den Tag über gar nicht auf.

Ueber eine bodenlos gemeine That wird berichtet: Am Montagpflag standen in der vorletzten Nacht eine Reihe von Droschken. Die Ausfuhr hatten sich des schlechten Wetters wegen in eine nahegelegene Wirthschaft begeben...

in einem ebenso traurigen Zustand. Der Schandbube, der die frevelhafte That begangen, ist leider nicht ermittelt worden.

Feuerwachen in den Großbazaren und Ausstellungen. Zahlreicher wie sonst sind in diesem Jahre die Ansuchen an Herrn Branddirektor Giersberg ergangen, in denen von Seiten der Inhaber von Großbazaren für die Sonntage vor dem Weihnachtsfeste...

Daß der Uberglaube in der Stadt der Intelligenz noch weite Kreise beherrscht, tritt auch äußerlich vielfach hervor. Im Norden der Stadt wurden dieser Tage von Schallindern Handzettel in die Häuser getragen, auf denen eine Frau in der Heindendörferstraße sich als Wahrsagerin empfahl.

Der oft erwähnte Sandsteinbogen im Treptower Park, der als einziger Ueberrest der Berliner Gewerbe-Ausstellung von 1890 erhalten geblieben war, ist jetzt endlich gesprengt worden. Die Firma, die ihn errichtet hatte, war in Konkurs gerathen und das Eigenthumrecht an dem Pfeiler auf den früheren Vertreter der Firma, Herrn P., übergegangen...

Eine Zwangsinsung ist zum 1. April 1899 für das Schornsteinfeger-Gewerbe errichtet worden.

Daß gegen eine Anzahl von Fahrkarten-Schaffnern der Stadt- und Ringbahn eingeleitete Untersuchungsverfahren wegen vorgekommener Durchstechereien zieht immer weitere Kreise. Neuerdings scheint man solchen Durchstechereien auch auf der Strecke des Rodrings zwischen Veusselstraße und Viehhof auf die Spur gekommen zu sein.

Ueber die Feuchtigkeit von Wohnungen in neubezogenen Häusern wird gegenwärtig sehr lebhaft Klage geführt. Den Grund dieser Erscheinung sucht man zum Theil darin, daß sowohl im vorigen Winter wie auch während des diesjährigen Frühjahrs und Sommers eine abnorme, vorwiegend feuchte Witterung herrschte.

Auf eigenartige Weise verunglückte gestern Mittag der Schiffer Timm aus Yerpenschleuse. Timm wollte im Urbanhafen anlegen und um den Kahn leicht an den bestimmten Platz zu bringen, legte er um die Wende der Ankerwinde ein Tau und befestigte das andere Ende desselben am Bollwerk.

Geldverluste scheinen den Rentner Hermann Schweizer aus der Blücherstraße 54 zum Selbstmord veranlaßt zu haben. Schweizer betrieb bis vor etwa vier Jahren eine Destillation, die ihm viel Geld einbrachte.

Durch einen Sturz aus dem Fenster hat sich gestern Morgen die 40 Jahre alte Kaufmannswitwe Renate Kolbrad, Ritterstr. 95, getödtet. Frau K., die seit 18 Jahren in demselben Hause wohnte, verlor vor zwei Jahren durch den Tod ihres Mannes...

Inglückfälle im Straßenverkehr. In der Köpnickstraße fand gestern Nachmittag ein Zusammenstoß zwischen einem Wagen der elektrischen Straßenbahn und einem Rollwagen statt, bei dem der Arbeitsschreiber Bruno Lehmann von dem Rollwagen auf den Dammbahnhof geschleudert und überfahren wurde.

Unangenehme Ueberraschungen führten vorgestern im Südwesten der Stadt zu einer nächtlichen Schlägerei. Ein Russer ging vorgestern Abend spielen. Seine Frau glaubte, er werde die ganze Nacht wegbleiben und lud zu ihrer Unterhaltung einen Schächtermeister als Hausfreund ein.

Der Ausschuhung der Acetylen-Industrie giebt sich auch dadurch zu erkennen, daß bereits ein „Kalender für Acetyleniker“ herausgegeben ist. Das vom Ingenieur Schäffer bearbeitete Büchlein

ist bei Leopold Toporff, Schöneberg-Berlin erschienen. Es will allen, die sich mit dem neuen Licht beschäftigen, ein Rathgeber sein und enthält in seinen Notizen und mathematischen Tabellen eine Fülle brauchbarer Stoffe.

Urania. Eine große Zahl Bilder aus „Deutsch-Ostafrika“ wird Herr Baron von Neden-Franzosen heute Abend in einem Vortrage in der Urania zur Vorführung bringen.

Daß Acetylen. In der letzten vom Geh. Ober-Regierungsrath Blind geleiteten Sitzung der Polytechnischen Gesellschaft gab zunächst Dr. Franz Chrolottenburg auf eine Anfrage einen Ausblick über die Zukunft des Acetylen hinsichtlich seiner Konkurrenzfähigkeit mit Gas und Petroleum für Beleuchtungszwecke.

Theater. Im Schiller-Theater wird die erste Aufführung von Verker Hauptmanns Traumbildung „Ganule's Himmelfahrt“ und Oskar Blumenthal's Lustspiel „Au Seid“ Mittwoch, den 21. d. M., stattfinden.

Feuerbericht. Die Verwältigung eines bösen Kellerbrandes, der Ruheplatzstraße 22 ausgebrochen war, nahm die Wehr Donnerstag früh über zwei Stunden in Anspruch. Der Inhalt eines im Keller eingerichteten Kolonialwaarenladens stand vollständig in Flammen.

Aus den Nachbarorten.

Johannisthal-Niederschönweide. Den Mitgliedern des Arbeiter-Bildungsvereins wird bekannt gegeben, daß die nächste Versammlung am Sonnabend bei P a s t i a n stattfindet.

Das wunderliche Nachfahrverbot, durch welches den Gemeinde-Schullehrern Schönbergs vom Kreis-Schulinspektor, Superintendent Vorberg, seinerzeit unterlag worden war, den Weg zur Schule und von dieser zurück nach Hause auf dem Fahrtrabe zurückzugehen, ist jetzt auf das Ansuchen der städtischen Schuldeputation hin von dem Kreis-Schulinspektor wieder aufgehoben worden.

In der Mühle'schen Mordsache wird jetzt eine Spur verfolgt, die sich an die dem Ermordeten gestohlene Peitsche knüpft. Man will ermittelt haben, daß diese Peitsche bei einem Fuhrmann in Niddorf wieder aufgefunden ist, der sie angeblich von einem Pigeuner gekauft hat.

Die merkwürdige Hunddiebstahls-Geschichte in Spandau, die, wie mitgeteilt, dazu führte, daß ein Hund wegen Hunderdiebstahls „verhaftet“ und daß sein Besitzer in den Verdacht gerieth, mit seinem Hunde gemeinschaftliche Sache gemacht zu haben, hat jetzt einen „tragischen“ Ausgang genommen.

In Potsdam ist der Uebelthäter, der, wie wir gestern mittheilten, bei der Mühle von Sanssouci ein junges Mädchen am letzten Montag Abend überfallen hat, nach einer Zeitungsmeldung Donnerstag früh ermittelt und verhaftet worden.

Versammlungen.

Die Korbmacher beschäftigten sich in einer Versammlung, die am 28. November tagte, mit der Broschüre des Lügen-Fischer. Der Referent, Korbmacher Vogt, wies in einem längeren Referat eine ganze Reihe unwahrer Behauptungen nach und charakterisirte auch sonst das moralische Verhalten dieses Lügenpatrons.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag: Nationalökonomie (Grundzüge der Wirtschaft) und Finanzpolitik, Gewerbe-Ordnung, Handelspolitik, Steuerfragen; Vortragender: Schriftsteller R. Schippel. Beginn der Vorlesungen pünktlich um 9 Uhr abends.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen, gegr. 1892. Jeden Freitag, abends 7 Uhr, Jahrlabend bei Mehrwald, Alte Jakobstr. 64/65. — Neue Mitglieder werden dabei aufgenommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

J. N. Poststr. 33. Im Jahre 1874 fiel der 15. Januar auf Donnerstag.

V. Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse für Frauen und Mädchen. Anmeldungen nimmt entgegen: G. Hebel, Berlin, Oranienstr. 180 III.

R. Mülheim. Der Artikel konnte wegen Raummangels nicht veröffentlicht werden.

Witterungsüberblick vom 15. Dezember 1898, morgens 8 Uhr.

Table with 8 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Wiesbaden, München, Wien, Garmisch, Barmen.

Wetter-Prognose für Freitag, den 16. Dezember 1898. Etwas kälter, theils heiter, theils wollig mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden.

Der Heilbronner Wahl-Krawall vor dem Schwurgericht.

Die Verhandlungen des fünften Tages endeten, wie wir gestern schon melden konnten, bekanntlich mit einer deutlichen Verurteilung Hegelmaier's.

Schon das Plaidoyer des Oberstaatsanwalts Löbel klang recht mäßig und kam an vielen Stellen eher einer Entschuldigung des Hegelmaier als einer Verdammung der Angeklagten nahe.

In den Plaidoyers der Verteidiger fiel auf, daß Herr Rechtsanwalt Breiling die merkwürdige Behauptung aufstellte, daß die Angeklagten von auswärtigen Führern aufgegriffen worden seien, was doch selbst der Oberstaatsanwalt hatte zugeben müssen, daß für die Annahme eines Komplotts z. leinerlei Beweis vorliege.

Herr Hegelmaier nun war im Lokal, wo seine Wähler versammelt waren und hat da beim Lokal seinen Sieg gefeiert. Er ist da in die Erregung gekommen, die sich jeden Siegers im Wahlkampf bemächtigen soll.

lustig zu erklären, weil die Behörden der Meinung seien, Hegelmaier sei ein „Parteiemann“, der sich mit wahrer Wuth auf seine Gegner stürze.

Oberstaatsanwalt Löbel brachte auf diese Ausführungen eine recht peinlich vernommene Erwiderung vor. Es ist wohl eine nicht unberechtigte Annahme, daß in Württemberg auch auf Seiten der Organe des Staates meist noch Gepflogenheiten geltend sind, die sich mit der heutigen Kultur einigermaßen in Einklang befinden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 16. Dezember. Opernhaus. Fideles. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Doktor Klaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Urania

Taubenstrasse 48/49. Im Theater: Die Urzeit des Menschen. Im Hörsaal: Herr Baron von Boden-Franzburg.

Tagl. Sternwarte.

Passage-Panopticum. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Von 6 bis 10 Uhr: Théâtre varié.

Castan's Panopticum. Die SIOUX-INDIANER sind da! Illustration of a Native American figure.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.) Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Deutschstr. 20-21: Sitzung der Ortsverwaltung.

Gr. Weihnachtsfeier, CONCERT

unter Mitwirkung des Gesangvereins „Sanges-Echo“ unter Leitung der Gesellschaft Strzelewicz. * * * Großer Ball. * * *

Oranien-Hallen

Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz. Inhaber: Hermann Scholze. empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.

„Jägerhaus“, Schönhauser Allee 103.

Empfehle den Genossen meinen neuveränderten Saal für Vereine sowie für Privatgesellschaften. Ein Vereinszimmer ist noch zu vergeben. Karl Köhn.

Olympia-Theater

Karlstr. (Circus Renz) Karlstr. Abends 8 Uhr: Zum 88. Male: Mene Tekel.

Mähr's Theater

Cranienstr. 21. Täglich: Spezialitäten- und Theater-Vorstellung. Amor!

Concerthaus.

Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen, Landwehrmanns Weihnachtsinsel Tulipatan.

J. Brünn,

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4. In meinem Weihnachts-Ausverkauf gelangen große Lagerbestände meiner

Teppiche Gardinen! Portièren! Steppdecken! Tischdecken! Ausverkauf!! zu sehr billigen Preisen zum 4308*

Georg Wagner Uhren, Goldwaaren 3160* Skalitzerstrasse No. 126 (nahe Cottbuser Thor).

Volks-Theater im Welt-Restaurant

Dresdener-Str. 97. Dir.: A. Kollig. Mit. Leiter: A. Runge. Täglich: Gr. Theater u. Spezialitäten-Roulette!

Moabiter Gesellschaftshaus

Alt-Moabit 80-81. Empfehle meinen neuen Saal, 1500 Pers. fass., zu Versammlungen u. Ball.

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage. Dichtung: Richard Wulker. Neu! Neu! Neu!

A. Frankl's Théâtre Variété

Köllnischer Fischmarkt 6. Neues Dezember-Programm. Spezialitäten-Vorstellung.

Central-Theater

Direction: José Forenzy. Die Geisha oder: Eine japanische Ehegeschichte.

Thalia-Theater

Dresdenerstr. 72/73. Gastspiel Helmerling. Der Eva-Äpfel.

Offend-Carl Weiß-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132. Dufel Jonas.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22. Sonntag, den 18. Dezember: Letzte Vorstellung vor Weihnachten.

Metropol-Theater

Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz. Zum 29. Male: Die Blumen-Mary.

Central-Theater

Direction: José Forenzy. Die Geisha oder: Eine japanische Ehegeschichte.

Thalia-Theater

Dresdenerstr. 72/73. Gastspiel Helmerling. Der Eva-Äpfel.

Offend-Carl Weiß-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132. Dufel Jonas.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22. Sonntag, den 18. Dezember: Letzte Vorstellung vor Weihnachten.

Metropol-Theater

Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz. Zum 29. Male: Die Blumen-Mary.

Circus Busch

Freitag, den 16. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Humorist. Vorstellung. PERSIEN.

Für 3 Mark

618 6,50 Prima Kammgarne, Winter-Paletotstoffe, Cheviots. (4278*) Große Reize sportlich.

Reichshallen.

Stettiner Sänger. (Miesel, Vietros, Britton, Ziebi, Krone, Böhl, Schürber und Schrader.)

Concerthaus.

Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen, Landwehrmanns Weihnachtsinsel Tulipatan.

Central-Theater

Direction: José Forenzy. Die Geisha oder: Eine japanische Ehegeschichte.

Thalia-Theater

Dresdenerstr. 72/73. Gastspiel Helmerling. Der Eva-Äpfel.

Offend-Carl Weiß-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132. Dufel Jonas.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22. Sonntag, den 18. Dezember: Letzte Vorstellung vor Weihnachten.

Metropol-Theater

Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz. Zum 29. Male: Die Blumen-Mary.

Import. Export. Cigarren Engros. Versand.

Die zahlreichen Nachbestellungen, die uns fortgesetzt aus dem Leserkreise dieser Zeitung zugehen, beweisen uns, dass unsere Bestrebungen, für mässige Preise gute Qualitäten zu liefern, volle Anerkennung gefunden haben. Wir empfehlen heute als besonders beliebt:

- 100 Stück Mk. 2,50. **Flor de Lopez**
- 100 Stück Mk. 3,00. **Marke Tip Top**
- 100 Stück Mk. 3,50. **Lá Belleza**
- 100 Stück Mk. 4,50. **Edelweiss**
- 100 Stück Mk. 5,-. **Club-Cigarre**

Besondere Spezialitäten.

Ausschuss No. 60 Mk. 2,50
Marke Tip Top 3,-
Suprema 3,50
Marke Pikfein 3,50
Cigarillos
 Ausführliche Preisliste versenden wir auf Wunsch.
 Versand nicht unter 100 Stück von einer Sorte gegen Nachnahme, von 300 Stück an portofrei.
 Bei 1000 Stück 5% Rabatt. Nicht Zusagendes nehmen wir auf unsere Kosten zurück.
Cigaretten zu 70 Pf. Mk. 1,-, 1,20, 1,50, 2,-, 2,40, 3,- per 100 Stück, mit oder ohne Mundstück, von 1000 Stück an franko.

Für Wiederverkäufer

bewährte Qualitäten zu Mk. 23,-, 25,-, 28,-, 30,-, 32,-, 35,-, 40,- etc. per Mille.
Rauscher & Fabisch, Engros-Lager Berlin NW. 7.
 Friedrichstrasse 94, Fabrikgebäude Portal 3, gegenüber Central-Hotel.

Uhren! Goldwaaren!
 Elegante Neuheiten in jeder Preislage.
 Opt. Artikel, Brillen auch nach ärztl. Vorschrift.
 Günst. für eigene Geschäfte. Reparatur-Werkstatt im Hause.
 Uhrmacher **Konrad Friese, Juwelier.**
 1. Geschäft: Mälckerstr. 4, direkt am Weddingplatz. 2. Geschäft: Fennstr. 61.
 Mein Lager in Musikinstrumenten befindet sich Mälckerstr. 4. Symphonien:
 Zwickel von 7 M. an. Herophons werden billig vertrieben.

Sopha Stoffe
 auch **Reise**
 in Nuss, Damast, Crepe, Phantasie, Gobelin und Wäsch sportlich! 61032*
Proben franko!
 in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lafèvre, Drausestr. Nr. 158.

Haben Sie schon Ihren Bedarf in Christbaumschmuck für Weihnachten bedacht?
 Wenn nicht, so versäumen Sie nicht, sich ein Köstliches mit 10 Kartons fein sortirt, als Fische, Leucht-kugeln, Ueberspannendes, Naturfrüchte, Vögel, Glocken, Perlen, Weihnachtsmann, Tannen- und Elsenzpen, eine schöne Baumspitze u. s. w. für nur **Mk. 5,30** bei franco Zufendung zu sichern.
 Auch gleich 6 Sortimentsköstlichen zu **Mk. 10,-** bei franco Zufendung.
 Zur Weiterempfehlung lege 1 Paket Lamettabaum u. 12 Lichterzettel bei.
Lauscha in Ztg. 81/5*
Karl Köhler, Schm. Wt.

Columbus-Silber
 ist der beste Ersatz für echtes Silber. Bleibt stets weiss; Haltbarkeit unverwundlich.
58 Gegenstände für nur M. 14
 und zwar:
 6 Speisem. mit Stahlkl.
 6 Gabeln a. einem Stück
 12 Speiselöffel,
 12 Kaffeelöffel,
 6 Dessertm. m. Stahlkl.
 2 Aufschnittgabeln,
 6 Dessertg. a. ein. Stck.
 1 Suppenschilder,
 1 Gabelöffel,
 6 Messerhänke oder
 2 Leuchter.
 (Im Etni 4,50 mehr.)
 Franko-Versand gegen Vorauszahlung o. Nachnahme nur durch
Max C. Radecke, Berlin, Kraussnickstr. 24.
 Für Nichtkonvenientes zahlen Geld zurück. 370L*

Oskar Raeder
 37, Oranienstr. 37.
 Stahlwaaren u. Werkzeuge bester Qualität, spez. für Buchbinder, Lederarbeiter, Sattler, Töpfer, Stuckateure u. Formier. Große Auswahl in Säeeren, Tisch- u. Tischmesser, Wirtschafts- u. Gegenständen und Schnittschieben. Reparatur-Werkstatt mit Kraftbetrieb. 2542*

Musikwerke
 mit Umrüst. Herophons, Pianopans, Sakonleiterfahen, Harmonikas, billige Preise. Musikwerke werden zu Festpreisen vertrieben. 1932*
Kleine Hamburgerstr. 17.

Verein der Zimmerer
 Berlin und Umgegend.
 Am Sonntag, den 18. Dezember, vormittags 10 Uhr, bei Cohn, Reuthtstr. 20:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vereinsangelegenheiten. — 2. Vortrag: Das neue Innungsgesetz. Referent: Genosse G. Kessler. — 3. Diskussion. — 4. Verschiedenes.
 Pünktliches und vollständiges Erscheinen der Mitglieder erwartet.
Der Vorstand.

Bauarbeiter Berlins V.
 Gruppe Röhspanner und Träger.
 Sonntag, den 18. Dezember, vorm. 10 1/2 Uhr, Suckowstr. 9:
Mitglieder-Versammlung.
 Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Vorstand. 29505

Tischler-Verein.
 Sonnabend, den 17. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:
General-Versammlung 100/10
 Tages-Ordnung:
 Wahl des gefassten Vorstandes für das Jahr 1899. Der Vorstand.

Verband der Sattler und Tapezierer.
 Sonnabend, den 17. Dezember, abends 9 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstrasse 27c:
Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zur Bezirkskonferenz. 2. Verschiedenes. (157/11)
Der Vorstand.

Berolina-Festsäle, Schönhauser Allee 28, Ecke Böttcherstr.
 Inhaber: Gustav Brochnow.
 Große und kleine Säle für Vereine und Versammlungen.
 Vereins-Zimmer. 2 Regeldarben noch zu vergeben. 429L*

Das Teppich-Engros-Haus
Hermann Bursch
 Königstr. 50 - I. Etage - (gegenüber dem Rathhause)
 verkauft bis **Weihnachten** auch einzelne Teppiche, Tischdecken, Gardinen, Portiären etc. zu aussergewöhnlich billigen Engros-Preisen.
 Dem geehrten Publikum wird dadurch die seltene Gelegenheit geboten, für wenig Geld die praktischsten und schönsten — den **dreifachen Werth** repräsentirenden — Weihnachts-Geschenke zu kaufen. 40/18*
 Gemalte und gestickte Gobelins in künstlerischer Ausführung zu Wanddekorationen von 1,50 M. an.
Sonntags geöffnet von 8-10 und 12-8 Uhr.

Cylinder-Hüte
 kauft man am billigsten direkt in der Fabrik.
Chapeaux clagues, weiche und feste Hüte zu billigen Preisen bei **Max Radtke, Blumenstr. 39,** Ecke Andreasstrasse (kein Laden). 442*

Die schönsten Schmucksachen, wie Ringe, Armbänder, Broches, Boutons, Knöpfe, Nadeln, Halsketten und Medaillons in massiv Gold, Golddouble u. Silber, mit Opal, Türkis u. anderen Edelsteinen, sowie Granat- und Corallenschmuck empfiehlt **Max Busse, Uhren- u. Gold-Brannenstrasse No. 175.** 2500*

Aus meiner Spezial-Abtheilung für **Herren-Garderobe** empfehle
 Winterpaletots 8,00, 10,00, 12,00, 15,00, 18,00, prima Waare, 20,00, 24,00, 30,00, 36,00, 40,00 u. s. w.
 Joppen 5,00, 6,00, 7,00, 8,00, 9,00, 12,00, 14,00.
 Anzüge 10,00, 15,00, 20,00, 25,00 bis 60 Wt.
 Nur elegant gestickte Sachen, beste Verarbeitung in den neuesten Stoffen und Farben. Einzelne Hosen, Westen, Jacken. Sehr billige, aber streng feste Preise.
Verkauf nur gegen Kasse.
 Meine **Maagabtheilung** mit grossem Stofflager enthält die neuesten Stoffe und wird jeder Auftrag unter Garantie ausgeführt.
Herrmann Schlesinger, 24/25 Päcklerstr. 39/40.

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme bei dem Dahinscheiden meines geliebten Vaters, 29605
 des Cigarrenmachers **Eduard Müllerstädt,** insbesondere dem Gesang „Deutsche Linde“ und dem Gesang „Glocke“ sagen wir unseren herzlichsten Dank.
 Gertrude Müllerstädt u. Kindern.
Orts-Krankenkasse der **Drechsler** u. verw. Gewerbe.
 Den Mitgliedern zur gef. Kenntnissnahme, dass an den Sonntagen Abenden vor den Festtagen das Kassenlokal geschlossen bleibt, dagegen ist an diesen Sonntagen das Kassenlokal bis 2 Uhr mittags geöffnet.
 29635. Der Vorstand.
P. Rückert, Vorsitzender.

Auktion
 von Kanarienhähnen durch den Verein „Canaria“ im Ausschusslokal Niederwallstr. 11 am Sonntag, den 17. Dezember, von 6 Uhr abends an.
 Betten, Steppb., Waffelb., Portiären, Gard., Wäsche, Remont. Uhren, Winterpaletots, Operngl. Teppiche verkauft spottbillig 140/6*
Pfandleiche Reanderstraße 6.

Vereine.
 Die Sonntage der Winter-Saison sind an Vereinen zu vergeben.
 Fritz Nagel, „Feldschützen“, Mälckerstr. 142.

Grüntram 29675
 m. Vorkauf, Holz u. Kohlengeschäft nebst Holzeinhandlung für a. verz. b. Schlitt, Wienerstr. 1/3, Zeitungsg. 25 Pf. idöne Weihnachts-Neapel im Saal frei ins Haus 2 M. Aug. Feine, Gartenbel., Halberstadt.
500 Gelegenheitskauf, so lange d. Vorrath reicht, spottbillig.
 Schönes Weihnachtsgeschenk. Schneiderei Engel, Mälckerstr. 26, part.

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik
 Gustav Böhig, Berlin, Prinzenstr. 46, verkauft gegen Nachnahme gegenwärtig Bettfedern d. 1. u. 2. Klasse, einjährige Halbdaunen d. 1. u. 2. Klasse, dreijährige Daunen d. 1. u. 2. Klasse, bester Qualität, so wie auch 2 bis 4 Pfund zum grossen Oberbett. Verpackung frei. Verh. u. Beschen gratis. Diese Anstaltung ist.

Gefällt Ihnen Ihre Cigarre nicht?
 Versuchen Sie, bitte, meine hochfeinen Spezialmarken! pr. 100 Stk. 2,50, 3,50, 4,-, 4,50, 5,- etc.
W. Horsmann, Berlin O., Kraussnickstr. 51, I. Etage.

Goldwaaren, Uhren, Silber, Alfenide.
 Reparaturen u. Reparaturen in eigener Werkstatt. **R. Haack, Gollnowstr. 32a,** partiere (kein Laden).

Wohl fühlt sich
 bei heisser Witterung, wer 4310*
Brunnenstrasse 110
 (neben dem Friedhof am Depot) bei **Ignatz Sello** bezieht anerkannt guten Rum 1/2 Fl. mit 90 Pf. an, vorzüglich. Glaswein-Gravati, 1/2 Fl. mit 1,10 M. an. Ciondorfer mit. Orig.-Flasche (1/2 Fl.) 80 Pf., Halb u. Halb, feinst. 90 Pf. der 1/2, Cognac-Paquet mit. alten Nordhäuser per Liter 50 Pf., höher Ungarwein, Orig.-Fl. (1/2 Fl.) mit. von 90 Pf. an, sowie feinst. Sorten Wein, Cognac u. s. w. Spirituosen auch im Einzelverkauf nur zu Engrospreisen. Billigste Bezugsquelle.
 Bitte genau auf Nr. 110, Brunnenstrasse Nr. 110 zu achten.

Arbeitsmarkt.
Achtung, Holzarbeiter!
 Bei der Firma **Fork, Kretschmar & Co.** **Barnimstr. 13,** (Magazin Kommiss. Brücke), haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug erhalten!
 108 Die Cröderverwaltung.
Achtung! Korbmacher! Achtung!
 Beim Korbmachermeister **Geurich Knorr, Frankfurter Chaussee 85,** haben sämtliche Tischler wegen Abgabe die Arbeit niedergelegt. (370/8) Zuzug ist fern zu halten.
 Die Cröderverwaltung.
Acht. Tischler, der auch vernünftig kann, verl. W. Krause & Co., Friedrichstrasse 110. 29665
Belegierin, Verilberer u. Farbiger, dauernder Beschäftigung, Gr. Frankfurterstr. 54. 29628
Acht. Schraubendreher für große Zahl verlangt **Hähle, Reuthtstr. 1.**

Nach nie dagewesen!
 Der billigste 3282*
Weihnachts-Ausverkauf in Spielwaaren
 ist bei **Paul Schubert, am Wedding-Platz,** Mälckerstrasse 179.